Unterrichtung

durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen
Versammlung des Europarates

Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom
3. Oktober bis 7. Oktober 2011 in Straßburg

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
		Abgeordnete Viola von Cramon-Taubadel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
		Abgeordneter Axel E. Fischer (CDU/CSU)
		Abgeordneter Erich G. Fritz (CDU/CSU)
		Abgeordnete Annette Groth (DIE LINKE.)
		Abgeordnete Anette Hübinger (CDU/CSU)
		Abgeordneter Andrej Hunko (DIE LINKE.)
		Abgeordnete Marlene Rupprecht (SPD)
		Abgeordnete Marina Schuster (FDP)
		Abgeordneter Bernd Siebert (CDU/CSU)
		Abgeordnete Karin Strenz (CDU/CSU)
		Abgeordneter Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU)
		Abgeordnete Katrin Werner (DIE LINKE.)

I. Teilnehmer

An der vierten Teilsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (ER PV) vom 3. bis 7. Oktober 2011 in Straßburg nahmen die folgenden Mitglieder der deutschen Delegation teil¹:

Abgeordneter **Christoph Strässer** (SPD), stellvertretender Leiter der Delegation

Abgeordnete **Doris Barnett** (SPD)

Abgeordnete **Marieluise Beck** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordnete **Sylvia Canel** (FDP)

¹ Mitglieder der deutschen Delegation in der ER PV werden im Folgenden als Abgeordnete beziehungsweise Abgeordneter, Mitglieder anderer Delegationen in der ER PV als Delegierte beziehungsweise Delegierter bezeichnet.

Ehrenmitglied

Herr **Eduard Lintner** (CDU/CSU)

II. Einführung

Dem Europarat als ältester gesamteuropäischer Organisation, die sich das Ziel gesetzt hat, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie zu schützen und zu fördern, gehören derzeit 47 Mitgliedstaaten an. Nach der Satzung sind Organe des Europarates das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung. Das Ministerkomitee, in dem die Außenminister der 47 Mitgliedsländer vertreten sind, ist das Organ des Europarates, das über die Arbeit der Organisation entscheidet. Die Parlamentarische Versammlung ist das beratende Organ des Europarates und wird auch als „demokratisches Gewissen Europas“ bezeichnet. Weitere Institutionen des Europarates sind insbesondere der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Menschenrechtskommissar des Europarates.

Die Parlamentarische Versammlung wählt unter anderem den Generalsekretär der Versammlung, den Menschen-

rechtskommissar, sowie die 47 Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Außerdem wählt sie den mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Generalsekretär des Europarates. Dieses Amt hat derzeit der frühere Parlamentspräsident von Norwegen, Thorbjørn Jagland, inne. Die 318 Mitglieder der Versammlung werden von den nationalen Parlamenten aus ihren eigenen Reihen entsandt. Die deutsche Delegation besteht aus 18 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und deren Stellvertreterinnen und Stellvertretern.

Auf der Grundlage von Berichten, die von den Mitgliedern der nationalen Delegationen in der ER PV erarbeitet und in den Ausschüssen beraten werden, diskutiert und verabschiedet die ER PV Entschlüsse oder Stellungnahmen, die an die Parlamente der Mitgliedstaaten gerichtet sind. Des Weiteren gibt die ER PV zu unterschiedlichen Politikfeldern Empfehlungen an das Ministerkomitee ab. Für die Annahme einer Empfehlung ist eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Die Mitglieder der ER PV gehören nicht nur ihren nationalen Delegationen an, sondern sind auch in politischen Gruppen organisiert. Derzeit gibt es in der ER PV die folgenden fünf politischen Gruppen: die Europäische Volkspartei (EPP/CD), die Gruppe der Europäischen Demokraten (EDG), die Sozialistische Gruppe (SOC), die Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer (ALDE) und die Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken (UEL).

Die Parlamente aus Israel, Kanada und Mexiko besitzen Beobachterstatus in der ER PV. Der Sondergaststatus des Parlaments von Belarus ist im Jahr 1997 ausgesetzt worden.

Als zusätzliches beratendes Organ des Europarates wurde 1994 der Kongress der Gemeinden und Regionen geschaffen. Er hat unter anderem die Aufgabe, die Teilhabe der Gemeinden und Regionen an den Aktivitäten des Europarates sicherzustellen.

III. Schwerpunkte der Beratungen

Im Mittelpunkt der vierten Teilsitzung der Versammlung in 2011 standen die Berichte zur nationalen Souveränität und Staatlichkeit im gegenwärtigen internationalen Recht und zum Missbrauch des Staatsgeheimnisses und der nationalen Sicherheit bei der parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle von Menschenrechtsverletzungen, der Antrag des Palästinensischen Nationalrates auf Anerkennung als „Partner für Demokratie“ bei der ER PV sowie die Debatte zur politischen Situation auf dem Balkan.

Zu den neuen Vizepräsidenten (von insgesamt 20) wurden die Delegierten **Susanna Huovinen** (Finnland – SOC), **João Bosco Mota Amaral** (Portugal – EPP/CD), **Joseph O'Reilly** (Irland – EPP/CD) und **Nursuna Memecan** (Türkei – ALDE) gewählt.

Die von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EPP/CD) beantragte Dringlichkeitsdebatte über „die Bedrohung des Rechtsstaates in der Ukraine“ wurde durch das Präsidium der Versammlung abgelehnt. Nach der Geschäftsordnung der ER PV kann eine Entscheidung des Präsidiums nur mit einer Zweidrittelmehrheit des Plenums

überstimmt werden. Diese wurde in der Abstimmung jedoch nicht erreicht.

Zum Tätigkeitsbericht des Präsidiums der Versammlung und des Ständigen Ausschusses erklärte Abgeordneter **Andrej Hunko**, die Versammlung müsse über Methoden zur Vermeidung doppelter Standards in Fragen der Menschenrechtspolitik, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie nachdenken. So sei der libysche Staatsführer Gaddafi bis März 2011 unterstützt und danach fallen gelassen worden. Er ging auf die Euro-Krise ein, die den Menschen große Sorge bereite. So hätten die Menschen Angst vor einem Ende der Demokratie. Er forderte, dass sich der Europarat mit dieser Krise beschäftigen müsse. Zur Wahl in der Türkei führte er aus, er sei Mitglied des Ad-hoc-Ausschusses für die Beobachtung der Parlamentswahlen gewesen, und als langer Beobachter der Entwicklungen in der Türkei müsse er feststellen, dass unterschiedliche Berichte über die Wahlen im Land und in den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei existierten, wo es zu vielen Problemen gekommen sei. Er begrüßte die gefundene Lösung aus der Krise, in der sich das türkische Parlament seit dem 12. Juli 2011 befunden habe. Die meisten Abgeordneten, die zunächst den Eid auf die türkische Verfassung mit dem Argument abgelehnt hätten, nach wie vor säßen gewählte Volksrepräsentanten in türkischen Gefängnissen, seien nun vereidigt. Große Probleme blieben jedoch weiterhin ungelöst, wie beispielsweise die massive Militärpräsenz in den kurdischen Gebieten.

Problematisch sei auch die einen Tag nach der Wahl erfolgte Aberkennung des Mandats der gewählten Abgeordneten Hatip Dicle aus Diyarbakir.

Die von der Versammlung angenommenen Entschlüsse und Empfehlungen sind in Kapitel IV in deutscher Übersetzung abgedruckt. Weitere Informationen zu dieser Teilsitzungswoche befinden sich in Englisch und Französisch unter assembly.coe.int

Nationale Souveränität und Staatlichkeit im gegenwärtigen internationalen Recht: bestehender Klärungsbedarf (Bericht Dok. 12689, EntschlieÙung 1832)

In der EntschlieÙung hält die Versammlung fest, dass das Fehlen eindeutiger Kriterien für die Staatlichkeit und rechtmäßige Sezession das Aufkommen zahlreicher secessionistischer Bewegungen begünstigt habe und so den Frieden, die Stabilität und die territoriale Integrität der bestehenden Staaten bedrohe. Die Begriffe der staatlichen Souveränität und der Staatlichkeit hätten sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. 2001 habe die Internationale Kommission zu Intervention und Staatssouveränität (ICISS) unter dem Dach der Vereinten Nationen und mit Unterstützung Kanadas eine Zusammenfassung der bisherigen Entwicklungen erarbeitet, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen übernommen worden sei. An die Stelle willkürlicher unilateraler Interventionen und bilateraler Garantien sei das multilaterale Vorgehen im Sinne der „Schutzverantwortung“ („*responsibility to protect*“) getreten. Militärinterventionen, wie die der Türkei 1974 auf Zypern, der NATO 1999 in der Föderativen Republik Jugoslawien und der Russischen Föderation 2008 in Geor-

gien seien mit der Beendigung schwerer Menschenrechtsverletzungen begründet worden. Diese Militärinterventionen hätten jedoch zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verursacht und zu keinen dauerhaften Lösungen geführt. Bilaterale Garantien wie im Hinblick auf die Unabhängigkeit Zyperns hätten Konflikte nicht verhindern können und seien, wie im Fall Zypern, als Vorwand für eine einseitige Militärintervention genutzt worden. Ferner vertritt die Versammlung die Auffassung, dass, auch wenn das internationale Recht einen Anspruch nationaler oder ethnischer Minderheiten auf Selbstbestimmung anerkennen würde, sich daraus kein automatisches Sezessionsrecht ergebe. Das Selbstbestimmungsrecht solle nach der Rahmenkonvention des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten durch den Schutz von Minderheitenrechten verwirklicht werden. Die Versammlung bittet alle Mitgliedstaaten, von einer Anerkennung oder von jeglicher Unterstützung von De-facto-Behörden in auf unrechtmäßige Sezession zurückgehenden Gebieten abzusehen, insbesondere wenn diese durch ausländische Militärinterventionen unterstützt wurde. Sie schlägt vor, im Rahmen einer Folgekonferenz der Internationalen Kommission zu Intervention und Staatssouveränität die Kriterien für Staatlichkeit auch die für das Entstehen neuer Staaten durch rechtmäßige Sezession sowie die Modalitäten des Schutzes der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität der Staaten untersuchen zu lassen.

Die Berichterstatterin des Rechtsausschusses, Abgeordnete **Marina Schuster**, führte aus, nach herrschender Meinung in der Völkerrechtslehre sei die Anerkennung eines neuen Staates durch andere Staaten rein deklaratorisch und werde in der Praxis sehr unterschiedlich gehandhabt. Daher untersuche der Bericht die Kriterien für die Anerkennung neuer Staaten durch die internationale Gemeinschaft. Des Weiteren werde die Frage behandelt, welche Prinzipien eingehalten werden müssten, um den Missbrauch der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Schutzverantwortung („*responsibility to protect*“) für andere Interessen zu verhindern. In der Wissenschaft herrsche Streit über die Kriterien des Begriffs des Selbstbestimmungsrechts der Völker, so dass eine Definition notwendig sei. Die Zeit der so genannten „absoluten Souveränität“ sei vorbei, da die Staaten freiwillig Souveränitätsrechte an eine übergeordnete Instanz, wie beispielsweise die der EU, abgegeben hätten. Ferner sei nach der Meinung von Professorin Helen Keller die staatliche Souveränität als „Souveränität unter dem Recht“ zu verstehen. Folglich seien Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention keine inneren Angelegenheiten. Berichterstatterin **Marina Schuster** erklärte, die Achtung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, die Garantien für ethnische Gruppierungen und Minderheiten sowie die Verpflichtung zur friedlichen Streitbeilegung seien Merkmale der Staatlichkeit. Nationale Souveränität dürfe nicht als Argument für ein Vorgehen gegen innerstaatliche Opposition oder zur Unterdrückung ethnischer, religiöser oder anderer Minderheiten dienen. Die Diskussion über die Anwendung des Prinzips der Schutzverantwortung sei noch nicht abgeschlossen und müsse fortgesetzt werden. Auch die Auseinandersetzung über die objektiven Kriterien für eine Anerkennung

von Staaten und die Art und Weise des Schutzes von nationaler Souveränität sowie territorialer Integrität müsse weitergeführt werden. Berichterstatterin **Marina Schuster** ging auf die Situation in Libyen ein und führte aus, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen habe die militärische Intervention zum Schutz der Zivilbevölkerung auf der Grundlage des Prinzips der Schutzverantwortung beschlossen. Als ultima ratio seien danach auch Luftschläge erlaubt. Die Ausgestaltung des Mandats sei jedoch insofern umstritten, als dass die Frage diskutiert werde, ob auch Maßnahmen, wie beispielsweise die Unterstützung der Rebellen und deren Bewaffnung erlaubt seien.

Diese Unsicherheit zeige, dass der völkerrechtliche Grundsatz der Schutzverantwortung nicht klar definiert sei. Zur Unterdrückung der syrischen Opposition durch das Assad-Regime erklärte sie, die internationale Gemeinschaft müsse sich die Frage stellen, ob sie auf der Grundlage der Schutzverantwortung zu härteren Sanktionen verpflichtet sei. Das Prinzip der Schutzverantwortung sei durch die Internationale Kommission zu Intervention und Staatssouveränität (ICISS) nach den Ereignissen in Ruanda und Srebrenica erarbeitet worden. Jedoch seien Fragen, die sich im Nachgang einer Schutzverantwortung stellten, noch nicht abschließend geklärt. Sie sprach sich für die Einberufung einer Nachfolgekonferenz zur ICISS aus und forderte, dass die Versammlung als politischer Motor des Europarates die Initiative für eine solche Konferenz ergreifen müsse, auf der Praktiker und Wissenschaftler über die Weiterentwicklung des Konzepts der Schutzverantwortung beraten und Lösungen erarbeiten könnten. Berichterstatterin **Marina Schuster** führte die vier Tatbestände Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen aus, auf die sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2005 geeinigt hätte. Der Grundsatz sei somit nicht in Frage zu stellen, jedoch sei die Auslegung des Grundsatzes zu klären. In der Debatte kritisierten die türkischen Delegierten **Haluk Koc** (Türkei – SOC) und **Saban Disli** (Türkei – EPP/CD) die ihrer Ansicht nach einseitige Darstellung des Zypernkonflikts und betonten, dass die 1974 erfolgte türkische Invasion viele Leben gerettet und einen Bürgerkrieg beendet hätte. Die Berichterstatterin **Marina Schuster** ging auf die Ausführungen von Professor Matthias Herdegen bei der Anhörung im Rechtsausschuss der ER PV ein, der die Gültigkeit des Garantievertrages für Zypern von 1960 in Zweifel gezogen habe. So könnte der Garantievertrag nach dem Grundsatz des Wegfalls der Geschäftsgrundlage oder wegen einer materiell rechtlichen Vertragsverletzung durch eine der Parteien in Form einer einseitig erfolgten militärischen Intervention hinfällig geworden sein. Die Intervention habe gegen das in Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen festgeschriebene Gewaltverbot verstoßen. Danach hätten alle Mitglieder in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen. Sie verwies auf die Resolution 541 des Sicher-

heitsrates der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1983, die den Versuch für ungültig erklärt habe, eine türkische Republik Nordzypern zu gründen. Ferner werde in der Resolution 550 aus dem Jahr 1984 an die Staaten appelliert, die türkische Republik Nordzypern nicht anzuerkennen. Abgeordneter **Andrej Hunko** würdigte die im Bericht vorgenommene kritische Auseinandersetzung mit der militärischen Intervention in Zypern 1974, der Intervention der NATO in Jugoslawien 1999, sowie der russischen Intervention in Georgien 2008. Für die Linksfraktion in der ER PV sei die kritische Betrachtung des Krieges gegen Jugoslawien 1999 ein konstitutives Element. Er begrüßte die in der Debatte aufgeworfenen Fragen des möglichen Missbrauchs oder Mandatsüberschreitung der Schutzverantwortung, wie beispielsweise im Fall Libyens, die leider im Bericht nicht ausgeführt würden. Militärinterventionen dürften nicht auf der Grundlage der Schutzverantwortung legitimiert werden. Berichterstatterin **Marina Schuster** verwies auf das Memorandum und führte aus, Schwerpunkt des Berichts sei die Klärung von Rechtsfragen, die sich im Nachgang einer Intervention stellten. Delegierter **Andreas Gross** (Schweiz – SOC) stellte fest, dass die rechtlichen Begriffe Ausdruck des Vergangenen seien. Anstelle einer Intervention von außen müsse es die Aufgabe des Europarates sein, den Menschen zu helfen, sich den Staat so zu organisieren, dass sie keinen Schutz von außen benötigten. Zur Frage des Selbstbestimmungsrechts hob er hervor, dass zu einer guten Ordnung eine dezentrale Struktur gehöre, die es erlaube, dass politische Entscheidungen nah bei den Menschen getroffen werden könnten. Delegierter **Vilmos Szabó** (Ungarn – SOC) ging auf die Bedeutung des Rechtsschutzes für nationale Minderheiten ein. Die vom Europarat definierten rechtlichen Standards, die bestimmte Garantien für ethnische Gruppen und Minderheiten und die Anerkennung der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen vorsähen, seien geeignet, rechtswidrige Sezessionen zu vermeiden. Er begrüßte den Vorschlag einer ICISS-Folgekonferenz. Ferner ging er auf das serbische Entschädigungsgesetz ein, das für die ungarische Minderheit in Serbien diskriminierend sei. Auf die Ausführungen des Delegierten **Davit Harutyunyan** (Armenien – EDG) zum Urteil des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag (IGH) hinsichtlich der Unabhängigkeitserklärung Kosovos führte Berichterstatterin **Marina Schuster** aus, dass das Problem darin bestünde, dass das Urteil sich nur mit der Unabhängigkeitserklärung als solche beschäftige. Das Gericht habe lediglich die Frage der Vereinbarkeit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung der provisorischen Selbstverwaltungsorgane des Kosovo mit dem Völkerrecht überprüft und die Frage wörtlich genommen und nur sie beantwortet. Daher habe das Gericht nur zu den Fragen Stellung genommen, ob Kosovo Staatsqualität aufweise, ob die Anerkennungserklärungen der anderen Staaten gültig gewesen seien und welche Rechtswirkung sie hätten. Das Urteil habe sich somit nur auf die Erklärung als solche bezogen und diene daher nur als eine Ergänzung. Wichtige Fragen blieben daher offen. Des Weiteren ging sie auf die vom Delegierten **Patrick Moriau** (Belgien – SOC) angesprochene zivile Krisenprävention ein und erklär-

te, diese müsse in der Außenpolitik ein sehr viel höheres Gewicht erhalten. Die Fähigkeit, Konflikte früher zu erkennen und auf friedlichem Wege zu entschädigen, stelle die Vereinten Nationen und die Mitgliedstaaten vor besonders große Herausforderungen. Meistens werde erst bei einer Eskalation der Gewalt reagiert.

Antrag des Palästinensischen Nationalrates auf Verleihung des Status „Partner für Demokratie“ durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates (Bericht Dok. 12711, Entschließung 1830)

In der Entschließung 1830 verleiht die Versammlung dem Palästinensischen Nationalrat (PNR) den von der Versammlung 2009 geschaffenen Status eines „Partners für Demokratie“. Der PNR ist damit nach dem Parlament von Marokko das zweite Parlament, dem dieser Partnerstatus verliehen wurde. Mit dem durch die Entschließung 1680 (2009) geschaffenen Status „Partner für Demokratie“ führte die Versammlung einen neuen Status für eine institutionelle Zusammenarbeit mit Parlamenten von Nicht-Mitgliedstaaten in benachbarten Regionen ein, die diesen Parlamenten helfen sollen, von den Erfahrungen der Versammlung beim Aufbau einer Demokratie zu profitieren und an der politischen Debatte über gemeinsame, die europäischen Grenzen überschreitende Herausforderungen teilzunehmen. Artikel 61 der Geschäftsordnung der Versammlung regelt die Voraussetzungen und Modalitäten für die Erteilung eines solchen Status, einschließlich der formellen politischen Verpflichtungen, die das betreffende Parlament eingehen muss.

In der Entschließung begrüßt die Versammlung die vom Palästinensischen Nationalrat übernommene Verpflichtung, tiefgreifende verfassungsmäßige, institutionelle, politische und rechtliche Reformen durchzuführen. Sie fordert die nationalen palästinensischen Behörden auf, den Sachverstand des Europarates in vollem Umfang zu nutzen und bei der Durchführung von Reformen Anregungen aus den Normen des Europarates zu ziehen. Des Weiteren begrüßt sie die Ankündigung einer Versöhnung zwischen den Verantwortlichen im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Für die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in den palästinensischen Gebieten fordert die Versammlung unter anderem einen raschen Abschluss der Verhandlungen zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit und die Festlegung von Terminen für die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen für alle Beteiligten. Die Durchführung dieser Wahlen in den gesamten palästinensischen Gebieten müssten im Einklang mit den einschlägigen internationalen Normen erfolgen. Ferner fordert die Versammlung die Einleitung klarer Schritte in Richtung auf die Erfüllung der Forderungen des Nahost-Quartetts, das den Gewaltverzicht, die Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel und die Einhaltung aller von den palästinensischen Vertretern in den letzten Jahren unterzeichneten Vereinbarungen beinhaltet. Ferner sei die Struktur des PNR zu reformieren, so dass dieser soweit wie möglich zu einem demokratisch gewählten Gremium werden könne. Des Weiteren sei die Abschaffung der im Strafgesetzbuch vorgesehenen Todes-

strafe, die Ablehnung der Anwendung terroristischer Gewalt und die Bekämpfung des Terrorismus, die Freilassung des Soldaten Gilad Shalit und die Einstellung des gesamten illegalen Waffenschmuggels im Gaza-Streifen und Westjordanland von Bedeutung. Die einschlägigen internationalen Instrumente im Bereich der Menschenrechte, was eine umfassende Zusammenarbeit mit den Sonderinstitutionen der Vereinten Nationen und die Umsetzung der Empfehlungen der Vereinten Nationen für eine allgemeine regelmäßige Überprüfung beinhaltet, seien einzuhalten und umzusetzen.

Die Entschließung nimmt dann Bezug auf ein Schreiben des Präsidenten des PNR vom 3. November 2010, in dem dieser im Namen des PNR umfangreiche menschenrechtliche, demokratische und rechtsstaatliche Verpflichtungen einget. Darunter fallen auch Fortschritte bei der Abschaffung der Todesstrafe und die Aufrechterhaltung des derzeit gültigen de facto Moratoriums sowie, dass der PNR im Rahmen des „Partner für Demokratie“-Status die Erfahrung und die Expertise der verschiedenen Gremien des Europarates für die eigene Entwicklung nutzen werde. Gleichzeitig betont die Entschließung, dass die Durchsetzung der Werte des Europarates in den palästinensischen Gebieten durch die israelische Besatzung behindert wird. Der PNR wird eingeladen, drei Delegierte und drei Stellvertreter für die Mitarbeit in der Versammlung zu benennen.

Der Berichterstatter für den Politischen Ausschuss, **Tiny Kox** (Niederlande – UEL), betonte die Zusage des PNR, sich zu den Werten des Europarates zu bekennen. Dazu zählten pluralistische Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Der Palästinensische Nationalrat habe sich ferner verpflichtet, das De-facto-Moratorium für die Todesstrafe aufrecht zu erhalten und unter anderem mit der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) und der Versammlung zusammenzuarbeiten, um die Voraussetzungen für die Abhaltung freier, fairer und transparenter Wahlen im Einklang mit den internationalen Standards durchzuführen. Er begrüßte die Ankündigung des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas und des Präsidenten des PNR Salim Al-Za'noon, die Strukturen des PNR zu modernisieren und zu demokratisieren. Der Berichterstatter ging auf die ausländische Besatzung und die Teilung des Landes ein. Ohne eine Lösung der Konflikte gäbe es keinen dauerhaften Frieden. Er hoffe, dass die Verhandlungen zwischen der israelischen Regierung und der palästinensischen Nationalbehörde rasch wieder aufgenommen würden. Der Berichterstatter erklärte, die Vertreter der israelischen Knesset hätten sich positiv zum Entschließungsentwurf geäußert. Er hoffe, dass die Beteiligung einer Delegation des PNR an der Arbeit der ER PV die Zusammenarbeit zwischen den parlamentarischen Delegationen von Israel und Palästina in der Versammlung fördern werde. Eine Partnerschaft für Demokratie beruhe auf Gegenseitigkeit, die Rechte gewähre und Verpflichtungen beinhalte.

In der Debatte erklärte der Vorsitzende des Rechtsausschusses, **Christos Pourgourides** (Zypern – EPP/CD), dass der PNR sowohl formal als auch inhaltlich die von

der Geschäftsordnung genannten Voraussetzungen für eine Partnerschaft für Demokratie erfülle. Die Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in Palästina sei ein fortlaufender Prozess, der noch viel Zeit benötige. Die Verleihung des Status Partnerschaft für Demokratie solle Fortschritte in diese Richtung anregen. Delegierter **Mike Hancock** (Vereinigtes Königreich – ALDE) betonte, dass der Status ein weit über Europa hinausgehendes Signal aussende, das auch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) erreichen solle, so dass dieser den Antrag Palästinas auf eine Mitgliedschaft in den VN positiv entscheide. Er führte aus, die Staatengemeinschaft habe sich bei der Gründung des Staates Israels nicht genügend um das Schicksal des palästinensischen Volkes gekümmert. Delegierter **James Clappison** (Vereinigtes Königreich – EDG) erklärte, es läge ein ehrgeiziges Programm vor, für dessen Umsetzung sich beide Seiten einsetzen müssten. Besonders die Ablehnung und Zurückweisung von Terrorismus sei bedeutsam. Ferner sei die Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit wichtig, da sie ein deutliches Signal senden würde. Abgeordnete **Annette Groth** forderte, dass sich die europäischen Regierungen für eine Anerkennung eines palästinensischen Staates einsetzen und sprach sich dafür aus, insbesondere auf die deutsche Regierung Druck in dieser Frage auszuüben. Nur durch die Anerkennung sei ein Frieden im Nahen Osten zu erreichen. Die sich über 60 Jahre hinziehenden Verhandlungen hätten zu mehr israelischen Siedlungen und Zerstörungen palästinensischer Wohngebiete durch Israel geführt. Israel müsse an seine Verantwortung erinnert werden, sich für den Frieden einzusetzen. Delegierter **Kimmo Sasi** (Finnland – EPP/CD) sprach sich für die Unterstützung des PNR unter anderem durch die Bereitstellung von Sachverstand und Expertenwissen durch die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) aus. Er forderte freie und faire Wahlen, die vom Europarat beobachtet werden sollten. Ferner forderte er die Gleichstellung von Mann und Frau, die Abschaffung der Todesstrafe und die Gewährleistung der Religionsfreiheit. Delegierter **Andreas Gross** (Schweiz – SOC) unterstrich, dass die von der Versammlung ausgehende Botschaft zwei Völker, „zwei Staaten und zwei Demokratien sein müsse“. Die Verleihung des Status der Partnerschaft für Demokratie sei ein Beitrag zum Aufbau und zur Stärkung von zwei Demokratien, die sich ihren jeweiligen Minderheiten gegenüber respektvoll verhalten müssten. Delegierter **Rudy Salles** (Frankreich – EPP/CD) hob hervor, dass die Verleihung des Status nicht zwangsläufig die Legitimität eines palästinensischen Staates beinhalte. Die Gespräche zwischen Israel und Palästina befänden sich in einer Sackgasse. Er erklärte, aufgrund der Weigerung, Israel als Staat anzuerkennen, gestalte sich der Dialog mit der Hamas schwierig. Auch ließe die Hamas nicht davon ab, Gewalt weiterhin auszuüben, so dass die Situation durch große Probleme gekennzeichnet sei. Delegierter **Doron Avital** (Israel) drückte im Namen der israelischen Knesset die Hoffnung aus, dass die Partnerschaft zum Wohlergehen und zu einer besseren Zukunft der palästinensischen Gesellschaft beitragen werde. Das

Bekenntnis zur Demokratie und den demokratischen Werten sei anspruchsvoll. Er freue sich, dass die palästinensische Gesellschaft den Willen zeige, diese Verpflichtungen einzugehen. Delegierte **Nursuna Memecan** (Türkei – ALDE) beglückwünschte den PNR zu seinem Mut und seinem Engagement für eine Verbesserung der Lebensqualität der Palästinenser durch die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Europarat und seinem Bekenntnis, für dessen Werte und Prinzipien einzutreten. Diese Zusammenarbeit werde Vertrauen fördern und dazu beitragen, die Würde der Palästinenser wieder herzustellen. Sie forderte Israel zur Beendigung der unmenschlichen Blockade im Gazastreifen auf. Obwohl die Vereinten Nationen schon vor 65 Jahren der Gründung von zwei Staaten zugestimmt hätten, sei eine Lösung noch immer nicht in Sicht. Die Türkei werde weiterhin zu Frieden und Stabilität in der Region des Nahen Ostens beitragen. Abgeordnete **Marieluise Beck** betonte, dass sich die Versammlung für eine Zwei-Staatenlösung einsetzen müsse. Hindernisse auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung seien die Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens. Konstruktive Signale kämen derzeit vom Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas und vom Ministerpräsidenten Salam Fajad. Leider unterstütze die Hamas diesen Weg nicht, weil diese das Existenzrecht Israel weiterhin bestreite. Sie betonte, die Fortführung des Siedlungsbaus durch Israel rufe auch bei denjenigen Unverständnis hervor, die sich an der Seite Israels fühlten und seine Sicherheitsinteressen anerkennen würden. Abgeordneter **Andrej Hunko** forderte in einem Änderungsantrag die Mitgliedstaaten des Europarates auf, sich für die UN-Mitgliedschaft Palästinas einzusetzen.

Stellungnahme des Präsidenten des Palästinensischen Nationalrates Salim Al-Za'noon

Der Präsident des Palästinensischen Nationalrates Salim Al-Za'noon dankte dem Europarat im Namen des palästinensischen Volkes für die Anerkennung als Partner für Demokratie. Die Verleihung sei ein historischer Moment, der zur Schaffung von Frieden und Stabilität in der Region beitragen werde. Er beschwor die Partnerschaft zwischen den europäischen Staaten und dem palästinensischen Volke auf der Grundlage gemeinsamer humanitärer und kultureller Werte. Die europäischen Staaten hätten die Palästinensische Nationalbehörde mit finanzieller und humanitärer Hilfe unterstützt und durch eine positive politische Einstellung gestärkt. Das palästinensische Volk sehne sich danach, ein freies und selbstbestimmtes Leben zu führen, ein Ende der Besetzung und die Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates zu erreichen. Für den Fortgang der Entwicklungen sei eine Lösung der Flüchtlingsfrage eine wesentliche Voraussetzung. Das Streben der Palästinenser nach Freiheit und nach einer Mitwirkung in den europäischen Institutionen mache deutlich, dass sich die Palästinenser zu demokratischen Prinzipien bekennen würden und sie übernehmen möchten. Die Verleihung dieses Status sei auf dem Weg zu einem unabhängigen Staat auf der Grundlage von Recht, Demokratie, Menschenrechten, Gleichheit von Mann und Frau, politi-

scher Freiheit und Meinungsfreiheit sehr wichtig. Die Präsidentschaftswahlen und die Wahlen zum Palästinensischen Nationalrat seien durch die Besetzung und innere Spaltungen bislang immer wieder verschoben worden. Er forderte die Freilassung der politischen Gefangenen, unter denen sich eine Reihe gewählter Funktionsträger befänden. Abschließend bekräftigte Präsident Za'noon erneut die Hoffnung, dass die verabschiedete Entschließung und der verliehene Status die Grundlage für noch aktivere Beziehungen zwischen Europa und Palästina seien und dazu beitragen könnten, den Weg für einen wirklichen souveränen palästinensischen Staat zu bereiten.

Der Missbrauch des Staatsgeheimnisses und der nationalen Sicherheit: Hindernisse für die parlamentarische und gerichtliche Kontrolle von Menschenrechtsverletzungen (Bericht Dok. 12714, Entschließung 1838, Empfehlung 1983)

In der Entschließung geht die Versammlung auf die grundsätzliche Bedeutung der gerichtlichen und parlamentarischen Kontrolle der Regierung und ihrer Akteure für einen Rechtsstaat und für die Demokratie ein, die insbesondere für die so genannten „besonderen Dienste“ gelte, deren Aktivitäten in der Regel geheim gehalten würden. Staatssicherheits- und Nachrichtendienste seien notwendig, müssten jedoch für ihre Handlungen Rechenschaft ablegen und dürften nicht zum „Staat im Staate“ werden. Das Fehlen der Rechenschaftspflicht führe zu einer gefährlichen Kultur der Straflosigkeit, die die wesentlichen Grundlagen demokratischer Institutionen untergrabe. Um bei der Bekämpfung des Terrorismus die parlamentarische oder gerichtliche Kontrolle zu umgehen, beriefen sich die Regierungen zunehmend auf „Staatsgeheimnisse“ oder auf die „nationale Sicherheit“. In manchen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten, würde der Begriff des Staatsgeheimnisses dazu benutzt, Akteuren der Exekutive Schutz vor gerichtlicher Verfolgung von Straftaten wie Entführung und Folter zu gewähren oder die Opfer daran zu hindern, Entschädigungsklagen einzureichen. Darüber hinaus hätten sich die Vereinigten Staaten geweigert, insbesondere mit den deutschen, litauischen und polnischen Justizbehörden bei den eingeleiteten strafrechtlichen Ermittlungen über nachgewiesene Entführungen, heimliche Inhaftierungen und unrechtmäßige Verbringungen von Häftlingen zusammenzuarbeiten. Die Versammlung erkennt an, dass Staaten wirksamen Schutz von der nationalen Sicherheit betreffenden Geheimnissen gewährleisten müssten. Sie ist aber der Auffassung, dass Informationen über die Verantwortung von staatlichen Akteuren, die schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen wie Mord, Verschwindenlassen, Folter oder Entführung begangen hätten, nicht als Geheimnis geschützt werden dürften. Unter dem Vorwand des „Staatsgeheimnisses“ dürften diese Informationen nicht der gerichtlichen oder parlamentarischen Kontrolle entzogen werden. Die Versammlung stellt fest, dass in vielen Mitgliedstaaten des Europarates eine parlamentarische Kontrolle der zivilen und militärischen Sicherheits- und Nachrichtendienste entweder nicht vorhanden oder völlig unzureichend sei. Ferner würden die zur Kontrolle der Aktivitäten der Geheimdienste eingesetzten ständigen oder Ad-hoc Ausschüsse in den Parlamenten durch unzureichende Informationen behindert. Die Versammlung be-

grüßt die wachsende Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten verschiedener Länder und schlägt vor, durch eine gleichwertige Zusammenarbeit entsprechender Kontrollgremien deren Arbeit zu überwachen. Nicht hinnehmbar sei, dass sich die in dem jeweiligen Land betroffenen Dienste bei grenzüberschreitenden Aktivitäten der Kontrolle entzögen, in dem sie sich auf die Notwendigkeit berufen könnten, die zukünftige Zusammenarbeit mit ihren ausländischen Partnern zu schützen. Die Versammlung begrüßt die Veröffentlichung zahlreicher diplomatischer Berichte, insbesondere über die Internetseite „Wiki Leaks“, die die Berichte der Versammlung von 2006 und 2007 über mutmaßliche Inhaftierungen und unrechtmäßigen Verbringungen von Häftlingen bestätigt hätten. Im Hinblick auf strafrechtliche Ermittlungen begrüßt die Versammlung unter anderem die in professioneller Weise von den zuständigen deutschen und italienischen Behörden durchgeführten Ermittlungen, die umfangreiche Erkenntnisse über die Entführungen von Khaled El-Masri und Abu Omar zutage gefördert hätten. Die Versammlung fordert die litauischen, polnischen, portugiesischen und spanischen Strafverfolgungsbehörden dazu auf, weiterhin zu versuchen, die Wahrheit über die mutmaßlichen geheimen Verschleppungen seitens der CIA herauszufinden und fordert die amerikanischen Behörden zur Zusammenarbeit auf. Hinsichtlich parlamentarischer Untersuchungen begrüßt die Versammlung die entschlossene Haltung vieler Mitglieder des zuständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages für die Untersuchung einer mutmaßlichen Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes an Maßnahmen der CIA. Die Versammlung kritisiert, dass das Ende der Legislaturperiode die Fortsetzung der Arbeit des Ausschusses des Deutschen Bundestages verhindert hätte, da der Ausschuss aufgelöst und nicht wiedereingesetzt worden sei. Die Versammlung fordert die Mitglied- und Beobachterstaaten des Europarates, die noch nicht über gleichwertige Gremien verfügen, auf, einen parlamentarischen Mechanismus zur Kontrolle der Geheimdienste zu schaffen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass dieser ausreichenden Zugang zu allen für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen bekäme, und sich an ein Verfahren halte, das legitime Geheimnisse schütze.

In ihrer Empfehlung fordert die Versammlung das Ministerkomitee auf, eine Empfehlung zum Begriff des Staatsgeheimnisses und dessen Gebrauch zu erarbeiten. Die nationale Gesetzgebung dürfe nicht darauf beruhen, dass rechtswidrige Handlungen von Vertretern des Staates oder direkt von ihnen beauftragten Personen mit der Berufung auf Staatsgeheimnisse und auf die nationale Sicherheit verschleiert werden dürften. Alle Mitgliedstaaten sollten vom Ministerkomitee aufgefordert werden, geeignete und effektive parlamentarische Mechanismen für die Kontrolle der Geheimdienste zu überprüfen und gegebenenfalls zu schaffen und dafür zu sorgen, dass sie die erforderlichen Befugnisse zur Beschaffung der für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Informationen erhielten.

Der Präsident der Versammlung **Mevlüt Cavusoglu** (Türkei – EDG) dankte dem aus der Versammlung ausscheidenden Berichterstatter Dick Marty für seine herausragenden Berichterstattungen. Durch diese Berichte habe Dick Marty die Versammlung des Europarates einer breiten

Öffentlichkeit bekannt gemacht. Der Bericht über geheime Gefängnisse der CIA hätte die Praxis der geheimen Verhaftungen und Festhaltungen durch die USA in Europa aufgedeckt. Marty habe ferner den Mut gehabt, gegen die von den Vereinten Nationen und der EU geführten „Schwarzen Listen“ mit Namen mutmaßlicher Terroristen vorzugehen. Des Weiteren habe er sich eingehend mit dem Nord-Kaukasus Konflikt befasst und die dortige Straflosigkeit und Menschenrechtsverletzungen öffentlich gemacht. In seinem Bericht über das Verschwindenlassen und den illegalen Handel mit Organen in Kosovo habe er kriminalistisches Geschick bewiesen. Mit seinen Berichten habe er Standards gesetzt, die der Versammlung als Vorbild dienten.

Der Berichterstatter für den Rechtsausschuss, **Dick Marty** (Schweiz – ALDE), ging auf die Bedeutung der Nachrichtendienste für die Sicherheit eines States ein, die kontrolliert werden und rechenschaftspflichtig sein müssten. Eine funktionierende Demokratie setze Transparenz voraus. Er warnte davor, dass der Missbrauch von Staatsgeheimnissen die Legitimation der Geheimdienste untergrabe. Die Klassifizierung einer Tatsache als Staatsgeheimnis dürfe Agenten nach Begehung einer Straftat nicht vor strafrechtlicher Verfolgung schützen. Berichterstatter **Dick Marty** ging auf Fälle ein, in denen Menschen durch ihren eigenen Staat illegal entführt, festgehalten und nach Guantanamo Bay überführt worden seien. In Polen sei der Gefangene al-Nashiri ohne rechtsstaatliches Verfahren nach Guantanamo Bay überstellt worden, wo ihm die Todesstrafe drohe. Vor solchen Fällen schwerster Menschenrechtsverletzungen dürfe die Versammlung nicht die Augen verschließen.

In der Debatte bedauerte Abgeordnete **Marieleise Beck** das Ausscheiden von Dick Marty aus der Versammlung und hob seine Beharrlichkeit hervor, die der Versammlung sehr fehlen werde. Sie erklärte, der 10. Jahrestag des 11. Septembers 2001 gebe Anlass, über ein Jahrzehnt nachzudenken, das sowohl von zahlreichen grausamen Terroranschlägen, als auch von dem weltweiten Kampf gegen den Terrorismus geprägt sei. Die Terroristen hätten es mit ihren Anschlägen in Madrid, London, New York, Djerba oder Moskau nicht nur auf die Ermordung Unschuldiger, sondern auch auf die Erschütterung der politischen Grundbegriffe abgesehen. Sie hätten auch die Freiheit, die Demokratien und rechtsstaatliche Prinzipien angegriffen. Die europäische Staatengemeinschaft dürfe deswegen jedoch nicht ihre Prinzipien verändern oder vergessen. Die Gewalt von Extremisten dürfe nicht toleriert werden. Bis heute stelle der 11. September 2001 ein großes Trauma für die westliche Welt dar, das Angst und Wut hervorgerufen hätte. Auch in Deutschland hätten die Anschläge vom 11. September dazu geführt, dass es entgegen seiner Ideale und Traditionen gehandelt habe. Viele mit rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbare Entscheidungen seien getroffen worden, deren rechtliche Konsequenzen bis heute zum Teil ungewiss seien. Die deutschen Antiterrorgesetze hätten teilweise die Bürgerrechte eingeschränkt. Zur Kontrolle des Spannungsfeldes von staatlicher Geheimhaltung und Rechtsstaatlichkeit seien

starke Parlamente sowie gute Verfassungsgerichte notwendig. Die letzten Jahre hätten gezeigt, dass im Sicherheitsbereich mehr Transparenz notwendig sei. Dazu zählten Auskunftsrechte der Betroffenen gegenüber Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden, sowie eine effiziente, richterliche Kontrolle zum Schutz der Privatsphäre. In diesem Zusammenhang müssten die Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in ihrer Arbeit unterstützt und gestärkt werden. Unerslässlich seien stärkere Kontrollmöglichkeiten des Parlaments gegenüber den Geheimdiensten, die schnell und vollständig unterrichtet werden müssten. Abgeordnete **Marieluise Beck** führte aus, für eine moderne Politik der inneren Sicherheit müssten die Grund- und Menschenrechte der Kompass sein, welcher echte Sicherheitslücken konsequent schließe. Eine grenzenlose Überwachung gefährde die Freiheit und hätte zur Folge, dass die Terroristen ihr Ziel erreicht hätten. Sie kritisierte die durch WikiLeaks unbeabsichtigte Veröffentlichung von Passwörtern in verschiedenen Ländern, die Whistleblower in Gefahr bringe. Diejenigen, die sich das Recht der Veröffentlichung nähmen, müssten die Verantwortung für den Schutz derjenigen übernehmen, deren Geheimnisse sie über das Internet weltweit veröffentlichten. Besonders in diktatorischen Regimen müssten Whistleblower geschützt werden. Auf den Vorwurf eingehend, besonders die USA hätten rechtsstaatliche Prinzipien verletzt, führte sie aus, dass dies insoweit richtig sei, als sich die alten Demokratien wegen ihres Vorbildcharakters der besonderen Herausforderung stellen müssten, rechtsstaatliche Prinzipien einzuhalten. Nur so könnten sie die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in Transformationsländern einfordern. Im weiteren Verlauf der Debatte gingen die Redner auf die Notwendigkeit von Staatsgeheimnissen im Kampf gegen den Terrorismus mit der Einschränkung ein, dass diese nicht im rechtsfreien Raum stünden und durch nationale Parlamente und Gerichte streng kontrolliert werden müssten. Einigkeit bestand darin, dass eine Kultur der Rechtlosigkeit die Demokratien gefährde. Selbst im Kampf gegen den Terror seien die Geheimdienste an Recht und Gesetz gebunden und ihr Handeln müsse kontrollierbar sein. Staatsgeheimnisse müssten die Ausnahme, nicht die Regel bilden. Bedauert wurde, dass in der Frage des Vorhandenseins geheimer CIA-Gefängnisse die Staaten nicht von sich aus kooperiert und Informationen zur Verfügung gestellt hätten, sondern dass die Aufdeckung nur mit Hilfe von Informanten, Whistleblower und hartnäckigen Journalisten gelungen sei. Delegierter **Kimmo Sasi** (Finnland – EPP/CD) begrüßte die Veröffentlichungen von diplomatischem Schriftverkehr durch WikiLeaks, die der Öffentlichkeit eine Menge wichtiger Informationen geliefert hätten. Die Veröffentlichung dürfe jedoch keine Menschen gefährden. Die Redner waren sich darin einig, dass die Veröffentlichungen der Namen von Quellen und Informanten durch WikiLeaks unverantwortlich seien. Delegierter **Yevgeiy Suslov** (Ukraine – EPP/CD) ging auf die Rechtslage in der Ukraine ein und erklärte, in seinem Land herrsche „Telefon-Justiz“, in der ein Anruf der Regierung den Ausgang eines Gerichtsverfahrens beeinflussen könne. Die ukrainischen Gefängnisse seien nicht nur mit poli-

tischen Häftlingen, sondern auch mit durchschnittlichen Menschen der Mittelklasse überfüllt, deren einziges Vergehen darin bestünde, dass sie ihr Eigentum nicht an die Regierung übergeben oder darin, dass sie nicht die Regierungspartei unterstützen wollten. Der Fall des ermordeten Journalisten Georgiy Gongadze sei jahrelang diskutiert worden, während das Urteil über Yulia Tymoshenko in nur zwei Monaten ergangen sei. Das gesamte ukrainische Gerichtswesen müsste reformiert werden. Delegierte **Olena Bondarenko** (Ukraine – EPP/CD) fügte hinzu, es sei sehr bedauerlich, dass die Versammlung keine Dringlichkeitsdebatte über die Lage der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine führe.

Dringlichkeitsdebatte: Die politische Lage auf dem Balkan (Bericht Dok. 1247, Entschließung 1839)

In der Entschließung drückt die Versammlung ihre Besorgnis über die jüngsten Vorkommnisse in Albanien, Kosovo und Bosnien und Herzegowina aus. So seien bei Zwischenfällen am Übergang zwischen Kosovo und Serbien im Herbst 2011 sechs Menschen um Leben gekommen. Des Weiteren hätte der politische Stillstand in Bosnien und Herzegowina zu einer Krise geführt. Die Versammlung fordert die staatlichen Behörden in Belgrad und Pristina auf, den von der EU moderierten Dialog über noch zu klärende Fragen, einschließlich der Situation im Norden Kosovo, im Geiste der Zusammenarbeit und der Versöhnung abzuschließen. Hinsichtlich der politischen Pattsituation in Bosnien und Herzegowina bedauert die Versammlung, dass es der bisherigen Regierung nicht gelungen sei, die notwendigen Reformen auf den Weg zu bringen. Dies habe zur Folge, dass das von der EU im Oktober 2010 beschlossene Stabilisierungs- und Assoziierungsübereinkommen nicht umgesetzt werden konnte. Die Versammlung begrüßt die politischen Fortschritte, die Albanien durch den formellen Abschluss der Lokalwahlen von 2011 erzielt habe. Die zwischen der Demokratischen und der Sozialistischen Partei erzielte Vereinbarung über die Reform des Wahlrechts sei ein Fortschritt. Sie fordert die beiden Parteien auf, an den bestehenden Mängeln des Wahlrechts zu arbeiten und vor allem die Wahlchancen für kleinere Parteien für einen Einzug in das Parlament zu erhöhen.

In der Debatte sprach sich Abgeordnete **Marieluise Beck** gegen eine weitere Reduzierung der stationierten EUFOR-Truppen aus, da die Lage in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien immer noch angespannt sei. Solange die Lage fragil sei und eine Krise jederzeit wieder ausbrechen könne, seien zur Wahrung der Stabilität die EUFOR-Truppen notwendig. Sie zitierte den politischen Analytiker Veton Surroi, der von „vier unvollendeten Staaten“ Serbien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Kosovo gesprochen habe. Serbien leide nach dem Verlust von Kosovo immer noch unter einem „Amputationsschmerz“. Auch die deutsche Bevölkerung hätte sich sehr schwer getan, die durch eigenes Verschulden und Aggression verlorenen Teile des Landes als Verlust anzuerkennen. Bosnien und Herzegowina sei unvollendet, da dort weiterhin mit dem Gedanken der ethnischen Trennung gespielt werde. Gerade Bosnien und Herzegowina weise jedoch eine Bevölkerung mit einer sehr hohen ethnischen Verschränkung auf,

so dass fast 40 Prozent der Familien multireligiös und multiethnisch gewesen seien. Vor Ausbruch des Krieges sei ihnen das nicht bewusst gewesen und erst durch den Krieg seien sie in eine ungewollte Identifikation hineingetrieben worden. Bis heute sei Bosnien und Herzegowina ein geteiltes Land, in dem unterschiedliche politische Kräfte mit unterschiedlichen Motiven dafür sorgten, dass es keine funktionsfähige Zentralregierung und keine Verfassung besitze. Ferner sei Mazedonien unvollendet, da es sich wegen seiner albanischen Minderheit Sorgen um seine Stabilität im Falle von möglichen Grenzverschiebungen mache. Kosovo bleibe instabil, da es in nachbarschaftlich immer noch ungeklärten Verhältnisse lebe und im Norden träten immer wieder Konflikte auf. Sie ging auf die Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1999 ein, in der die KFOR dazu aufgefordert worden sei, die Durchsetzung der Neutralität in dem Sinne zu gewährleisten, dass es keine serbischen Kontroll- und Verwaltungsstrukturen auf dem Boden des nördlichen Kosovo gäbe und EULEX unter dem Dach der United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) statusneutral agieren müsse. Der Norden Kosovos sei beherrscht von organisierter Kriminalität, ethnischer Politik und Grenzstreitigkeiten. Bürger- und Fraueninitiativen, die eine Überwindung des Nationalismus forderten, würden bedroht und unter Druck gesetzt, da nur ein vermeintlicher ethnischer Konflikt die Möglichkeit eröffne, organisierte Kriminalitätsstrukturen aufrecht zu erhalten.

Die Bekämpfung von „Darstellungen von Kindesmissbrauch“ mithilfe entschlossener, bereichsübergreifender und international abgestimmter Maßnahmen (Bericht Dok. 12720, Entschließung 1834, Empfehlung 1980)

Brutale und extreme Pornographie (Bericht Dok. 12719, Entschließung 1835, Empfehlung 1981)

In der Entschließung 1834 fordert die Versammlung entschlossene, bereichsübergreifende und international abgestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung aller Arten von Straftaten, die im Zusammenhang mit der Darstellung von Kindesmissbrauch stünden. Anlass für die Entschließung sei die hohe Zahl dieser Straftaten in der europäischen Gesellschaft sowie die Art und Weise, in der diese durch das Internet und andere Informations- und Kommunikationstechnologien gefördert würden. Das Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Übereinkommen, SEV Nr. 201) verkörpere neben dem Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie, dem Übereinkommen des Europarates über Computerkriminalität (Budapester Übereinkommen, SEV Nr. 185) und dem Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels (SEV Nr. 197) die vollständigsten und am weitesten fortgeschrittenen Normen in diesem Bereich.

In der Empfehlung 1980 fordert die Versammlung das Ministerkomitee auf, die Ratifizierung und Umsetzung des Lanzarote-Übereinkommens und des Budapester Überein-

kommens in allen Mitgliedstaaten zu fördern. Des Weiteren empfiehlt sie die Erarbeitung und Verabschiedung eines Zusatzprotokolls hinsichtlich der Darstellungen von Kindesmissbrauch und damit zusammenhängender Straftaten zum Lanzarote-Übereinkommen. Mit diesem Zusatzprotokoll sollen Straftaten, die im Zusammenhang mit der Darstellung von Kindesmissbrauch stünden, detaillierter erfasst und die einschlägigen Bestimmungen gestärkt werden.

In der Entschließung 1835 äußert die Versammlung ihre tiefe Besorgnis über den leichten Zugang der Öffentlichkeit zu brutaler und extremer Pornografie, in der zum Zweck der sexuellen Erregung Szenen der Erniedrigung, sexueller Gewalt, Folter, Mord, Nekrophilie oder Sodomie dargestellt würden. Sie fordert die Mitgliedstaaten auf, für die effektive Umsetzung vorhandener Gesetze zu sorgen, die die Produktion, die Verbreitung und den Vertrieb von Pornografie regulierten, und gegebenenfalls vorhandene Gesetze so zu ändern, dass geeignete Sanktionen für Gesetzesverstöße vorhanden seien.

In der Empfehlung 1981 fordert sie das Ministerkomitee auf, die zuständigen Gremien des Europarates aufzufordern, gemäß der Empfehlung Rec(2001)8 des Ministerkomitees über die Selbstregulierung von Internetinhalten (Selbstregulierung und Schutz der Nutzer vor illegalen oder schädlichen Inhalten bei neuen Kommunikations- und Informationsdiensten) eine vergleichende Untersuchung über die Gesetze und Bestimmungen durchzuführen, die in den Mitgliedstaaten die Strafbarkeit der Formen von brutaler und extremer Pornografie regelten. Auf dieser Grundlage solle das Ministerkomitee prüfen, ob es Handlungsspielräume für einen harmonisierten Ansatz gäbe, insbesondere in Bezug auf die Reaktion auf die Verbreitung von brutaler und extremer Pornografie im Internet.

In der verbundenen Debatte erklärte Abgeordnete **Marlene Rupprecht**, jedes Kind habe ein Recht auf ein Aufwachsen in Wohlbefinden und auf Schutz vor Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt. Diesen Schutz muss der Europarat als Hüter der Menschenrechte sicherstellen. Sie erklärte, mit der Pornografie werde mehr Geld als mit der Drogenkriminalität verdient. Die Finanzwirtschaft solle aufgefordert werden, Konten dann zu sperren, wenn mit Kreditkarten solche Produkte bezahlt würden. Die internationale Zusammenarbeit muss besonders bei Darstellungen im Internet gestärkt werden, da diese Straftaten sehr häufig im Ausland begangen würden. Es sei dafür zu sorgen, dass diese Produkte ein für alle Mal gelöscht würden und damit vom Markt verschwänden. Abgeordnete **Marina Schuster** führte aus, Kinderpornographie sei ein abscheuliches und grauenhaftes Verbrechen und forderte, dass die Anstrengungen im Kampf gegen Kinderpornographie deutlich erhöht werden müssten. Täter seien sowohl diejenigen, die solche Inhalte im Internet weiterverbreiteten, als auch die Konsumenten solcher Bilder. Daher sei der Einsatz unterschiedlicher Instrumente und qualifiziertes, ausgebildetes Personal wichtig. Um das Internet systematisch nach diesen Inhalten durchsuchen zu können, würden Ermittlungsbehörden, die mit den technischen Ressourcen und mit Fachwissen ausgestattet seien, benötigt. Des Weiteren müssten die Ermittlungsbehörden international bes-

ser vernetzt werden. Da es sich um organisierte Kriminalität handele, sei eine bessere, weltweite Koordinierung des Kampfs gegen Kinderpornografie besonders wichtig. Sie erklärte, es muss der Grundsatz „löschen statt sperren“ herrschen, da im Interesse der Opfer die Darstellungen konsequent aus dem Internet genommen werden müssten. Oft sei das Sperren nur eine Scheinlösung. Sie hob hervor, dass bei allen Maßnahmen die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gewahrt werden muss. Sie warnte vor Maßnahmen, die eine komplette Sperr-Infrastruktur vorsähen, da solche Sperrgesetze auch missbraucht werden könnten. Dies sei ein sehr schwieriger Abwägungsprozess.

Das Funktionieren der demokratischen Institutionen in Armenien (Bericht Dok. 12710, Entschließung 1837)

Die Entschließung 1837 des Monitoringausschusses geht auf ein Mandat der Versammlung nach dem Tod von zehn Menschen sowie der Verhaftung von 130 Demonstranten während der Präsidentschaftswahlen in Armenien im März 2008 zurück. Die Versammlung begrüßt die Generalamnestie vom 26. Mai 2011, in deren Folge alle damals Inhaftierten freigelassen wurden. Sie ist jedoch besorgt darüber, dass die Untersuchung über den Tod der zehn Demonstranten immer noch ohne Ergebnis sei und fordert, dass erneut Anstrengungen zur Aufklärung der Zuständigkeiten und Umstände, die ursächlich für die Todesfälle gewesen seien, unternommen werden sollten. Nur so könne eine vergleichbare Situation in Zukunft vermieden werden. Für die Glaubwürdigkeit der Untersuchung sei Transparenz wichtig, daher solle rasch ein Bericht mit entsprechenden Erkenntnissen veröffentlicht werden, der gegebenenfalls auch in der Form eines Zwischenberichts vorgelegt werden könne. Die Ereignisse hätten deutlich gemacht, dass umfassende Reformen im Polizeiwesen notwendig seien. Die Versammlung fordert u. a. eine zivile Kontrolle der Polizei, verbesserte Ausbildung und Kapazitäten im Umgang mit Demonstrationen, die Unterbindung von Gewalt und Missbrauch durch Polizeikräfte sowie die Einrichtung einer Beschwerdestelle.

Die Versammlung fordert die Regierungs- und Oppositionsparteien zu einem konstruktiven Dialog im Vorfeld der im kommenden Jahr anstehenden Parlamentswahlen auf. Das neue Wahlgesetz müsse angewendet werden, und die Empfehlungen der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) seien zu beachten. Ferner sollten alle politischen Kräfte Handlungen und Erklärungen unterlassen, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Wahlprozess erschüttern könnten. Um das Vertrauen der armenischen Bevölkerung in den Wahlprozess zu stärken, fordert die Versammlung die internationale Gemeinschaft zur Wahlbeobachtung auf. Ferner wird die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz kritisiert und insbesondere zur Bekämpfung von Korruption seien für Reformen im Justizwesen notwendig. Die Versammlung fordert die armenische Regierung dazu auf, die Bedingungen für die Herausbildung pluralistischer Medien, insbesondere im Televisionsbereich, zu schaffen, die die Grundlage der demokratischen Entwicklung des Landes bildeten. Der Zugang zu den Medien müsse erleichtert werden.

In der Debatte betonten die beiden Berichterstatter **John Prescott** (Großbritannien – SOC) und Abgeordneter **Axel E. Fischer**, dass mit der Generalamnestie die Vorgänge vom März 2008 nicht abschließend behandelt worden seien und die Versammlung ihre Überwachung des Landes, besonders mit Blick auf die Aufarbeitung der Todesfälle, fortsetzen müsse. Delegierter **Lord Tim Boswell** (Großbritannien – EDG) unterstrich, dass Reformen alleine nicht ausreichten, um eine Kultur der Demokratie und der Menschenrechte zu schaffen. Vielmehr seien ein Klima der Toleranz und des Dialogs, der Wille zur Bekämpfung der Korruption und ein Bekenntnis aller zu gemeinsamen Zielen notwendig. Delegierter **Egidijus Vareikis** (Litauen – EPP/CD) erklärte, dass die Untersuchung der Todesfälle eine wichtige Rolle für die Wiedergutmachung spiele. Delegierter **René Rouquet** (Frankreich – SOC) unterstrich die Bedeutung pluralistischer Medien für das Funktionieren demokratischer Institutionen. Unabhängige Medien könnten beim Kampf gegen Korruption helfen. Delegierte **Kerstin Lundgren** (Schweden – ALDE) erklärte, die Art der Einrichtung des Wahlgerichts könne ein Indikator dafür werden, ob der Wille zum Wechsel und für einen guten Wahlverlauf vorhanden sei. Der Vorsitzende der armenischen Delegation, Delegierter **Davit Harutyunyan** (Armenien – EDG) räumte Versäumnisse seines Landes ein. Ein ehrlicher und offener Dialog mit der Opposition sei mit dem Ziel eingeleitet worden, das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen. Delegierter **Zaruhi Postanjyan** (Armenien – EPP) erklärte, seit 1995 seien die Wahlen in Armenien gefälscht. Er kritisierte die Aufforderung der Berichterstatter, von Handlungen und Erklärungen abzusehen, die das Vertrauen in den Wahlprozess beeinträchtigen könnten. Er äußerte Zweifel darüber, ob der Europarat für Armenien ein Partner für den Wandel sei. Den freiheitssuchenden Menschen blieben nur Selbstorganisation, ziviler Ungehorsam und das Pochen auf die Bürger- und Menschenrechte. Delegierter **Aydin Abasov** (Armenien – SOC) erinnerte an den Anfang 2011 vorgestellten Bericht des Europäischen Komitees gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates über Armenien, in dem Probleme im Bereich religiöser Toleranz und Sozialrechte sowie Feindseligkeiten gegen Minderheiten aufgeführt seien. Gegenüber der muslimischen Bevölkerung herrsche große Intoleranz. Des Weiteren setze Armenien Empfehlungen des Europarates nicht um und müsse daher aufgefordert werden, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Auch die Redner aus Aserbaidschan bezweifelten den Willen des Nachbarlandes, die von der Versammlung vorgeschlagenen Reformen zu verwirklichen und beklagten, dass internationale Institutionen den Verfehlungen Armeniens gleichgültig gegenüberstünden.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den jungen Demokratien in der arabischen Welt (Bericht Dok. 12699, Entschließung 1831)

In der Entschließung fordert die Versammlung die Mitgliedstaaten des Europarats auf, die Demokratiebewegungen in der arabischen Welt zu unterstützen. Neben technischer Hilfe und Erfahrungsaustausch im Bereich der

Rechtsstaatlichkeit und des demokratischen Wahlprozesses sei auch die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Auch die anderen arabischen Länder sollten dazu einen Beitrag leisten. Den Transformationsstaaten wird angeboten, die Kooperationsinstrumente des Europarates, einschließlich des Europäischen Zentrums für weltweite Interdependenz und Solidarität (Nord-Süd-Zentrum) und der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) zu nutzen. Sie werden ferner aufgefordert, die Todesstrafe abzuschaffen beziehungsweise zumindest deren Vollstreckung auszusetzen.

In der Debatte wiesen zahlreiche Redner auf die unterschiedliche Lage in den verschiedenen arabischen Ländern hin. Während in einigen wenigen Ländern autoritäre Regime vom Volk entmachtet worden seien, beschränke sich die Erneuerung bei anderen auf Reformen ohne Machtwechsel. In vielen Ländern werde die Opposition weiterhin unterdrückt. Im Falle von Syrien scheue die Regierung nicht vor brutaler Gewalt zurück. Mehrere Redner unterstrichen die Risiken der aktuellen Lage, wie Fragmentierung und Polarisierung sowie eine zunehmende Distanz zu Europa. Ferner bestehe die Gefahr, dass religiöse Parteien sowie Kräfte des alten Regimes und das Militär die revolutionäre Situation ausnutzten. Hervorgehoben wurde die positive Rolle von Frauen in den Demokratiebewegungen. Eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts sei für die Stabilität der Region von grundsätzlicher Bedeutung. Die Abgeordneten **Andrej Hunko** und **Marlene Rupprecht** brachten zusammen mit anderen Mitgliedern der Versammlung einen Änderungsantrag ein, in dem sie die Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) auffordern, den palästinensischen Antrag auf Vollmitgliedschaft in den VN zu unterstützen. Abgeordnete **Marina Schuster** berichtete von Gesprächen mit politischen Parteien in Ägypten und den dort bisher mangelnden programmatischen Inhalten. Zwar würden die Einführung von Demokratie und die Achtung der Menschenrechte unterstützt, jedoch läge kein Konzept zu ihrer Sicherstellung vor. Hinsichtlich der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Probleme fehlten konkrete Politikansätze. Sie warnte davor, dass die Menschen die Vorteile der Demokratie in Frage stellten, wenn politische und soziale Verbesserungen ausblieben. Delegierte **Lise Christoffersen** (Norwegen – SOC) wies auf den Mangel an Organisation in den jungen Demokratien hin. Es fehlten die Strukturen, um die Führung des Landes zu übernehmen. Sie betonte die Gefahr, dass ohne unabhängiges Justizwesen die neu erkämpften Rechte eine Illusion blieben. Pessimistisch äußerte sich Delegierter **Michael Hancock** (Großbritannien – ALDE), der den arabischen Frühling in einem „Winter des Zorns“ enden sieht.

Die Bedeutung des Vertrages von Lissabon für den Europarat (Bericht Dok. 12713, Entschließung 1863, Empfehlung 1982)

Mit der Entschließung 1863 betont die Versammlung die neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union mit dem Europarat, die sich aus dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon ergäben. Dazu

zähle vor allem die im Vertrag festgeschriebene Absicht der EU, der Europäischen Menschenrechtskonvention beizutreten (Artikel 6 (2)). Diese seit Jahrzehnten diskutierte und nun eröffnete Option sei ein wichtiger Schritt zu einem einheitlichen europäischen Rechtsraum, insbesondere im Bereich des Menschenrechtsschutzes. Die Versammlung fordert in ihrer Empfehlung 1982 das Ministerkomitee auf, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um einen raschen Abschluss des Beitrittsabkommens zu erreichen. Die Versammlung fordert das Ministerkomitee ferner auf, bei der EU für den Beitritt zu weiteren Konventionen und Überwachungsmechanismen des Europarates zu werben. Die Mitglieder der Versammlung legten Wert auf eine Stärkung der Partnerschaft zwischen beiden Organisationen und empfehlen frühzeitige Absprachen zur Sicherung der Kohärenz der von beiden Institutionen festgelegten Regeln und Standards. Die Versammlung lädt das Ministerkomitee dazu ein, sich erneut der Frage des Beitritts der EU zur Satzung des Europarates, das heißt einer Mitgliedschaft der EU im Europarat, zu widmen.

In der Debatte wiesen verschiedene Redner darauf hin, dass weiterhin politische Unterstützung notwendig sei, um nach der Schaffung der vertraglichen Grundlage das Ziel des Beitritts der EU zur Menschenrechtskonvention zu erreichen.

Die Aktivitäten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2010 – 2011 (Bericht Dok. 12683, Entschließung 1833)

In der Entschließung wird die OECD dazu aufgefordert, angemessene politische Hilfestellung bei der Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln und zur Vermeidung einer hohen, langfristigen Arbeitslosigkeit beizutragen. Die Versammlung begrüßt die Innovationspolitik der OECD und die Strategie des grünen Wachstums. Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzbeschaffung könnten durch eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und durch effizientere Energienutzung verbessert werden.

Berichterstatter **Birutė Vėsaitė** (Litauen – SOC) betonte, dass der 50. Geburtstag der OECD in einer Zeit der Turbulenzen der Weltwirtschaft stattfinde. Habe es zu Beginn des Jahres noch glänzende und vielversprechende Aussichten für die Weltwirtschaft gegeben, hätten sich die Aussichten während des Sommers beträchtlich verschlechtert. Nach der Einschätzung der OECD aus dem Jahre 2010, soll das weltweite Bruttosozialprodukt um 4,6 Prozent ansteigen und in den Jahren 2011 und 2012 einen weiteren Anstieg verzeichnen. Dieser relative Dynamismus sei größtenteils dem Wachstum großer Nicht-OECD-Volkswirtschaften, insbesondere China, Indien und Brasilien, geschuldet. Im Gegensatz dazu habe die Volkswirtschaft der OECD-Staaten Einbrüche hinnehmen müssen, die durch die hohe Verschuldung der USA und durch die schwerwiegenden Bankenprobleme im Euroraum verursacht worden seien. Daher sei die Weltwirtschaft insgesamt in eine neue schwierige Phase eingetreten. Wie die neue Präsidentin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, festge-

stellt habe, lägen die Hauptprobleme in der Verschuldung einzelner Staaten, Banken und Privathaushalte, ganz besonders bei den weiterentwickelten Volkswirtschaften. Das Zentrum der wirtschaftlichen Tätigkeit verlagere sich von den Vereinigten Staaten, Europa und Japan zu neuen Volkswirtschaften, wie Brasilien, Indien und China. Dieser Prozess werde von der OECD als eine Verlagerung von Wohlstand bezeichnet. Das aktuell wichtigste Problem bestehe darin, das richtige Gleichgewicht zwischen fiskalischer Konsolidierung und unterstützenden Maßnahmen für Wiederaufschwung und Arbeitsplatzbeschaffung zu finden.

Die größte Bedrohung für die europäischen Volkswirtschaften stelle eine sich fortentwickelnde Stagnation dar, die langfristig negative strukturelle Konsequenzen nach sich ziehe. Zur Vermeidung zukünftiger Krisen seien striktere Gesetze für die Überwachung der Finanzinstitutionen und zur Regulierung der Finanzmärkte und Kapitalströme erforderlich. Zur Einführung einer Steuer auf finanzielle Transaktionen habe die EU eine Initiative angekündigt. Der Berichtstatter ging auf die jüngsten Schätzungen der OECD ein, nach denen sich die weltweiten Ungleichgewichte im Handel und im Finanzsektor in absehbarer Zeit noch verschärfen könnten. Die OECD könne mit ihrer Arbeit dazu beitragen, politische Instrumente zu finden, um die weltweiten wirtschaftlichen Ungleichgewichte in den Griff zu bekommen. Die Verschwendung von Ressourcen, Umweltzerstörung, Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt seien Faktoren, die insgesamt dazu beitragen würden zukünftiges Wachstum zu gefährden.

Für den Sozialausschuss erklärte Delegierte **Marietta Karamanli** (Frankreich – SOC), die aktuelle, weltweite Finanzkrise sei nicht mit früheren Krisen zu vergleichen. Ungleichheit habe zu einer Krise privater Verschuldung geführt, welche wiederum eine Krise der öffentlichen Verschuldung herbei geführt habe. Insbesondere in den Vereinigten Staaten liege die Hauptlast der Krise weiterhin bei den ärmeren Bevölkerungsschichten, während Reiche noch reicher geworden seien. Banken, die in der Tat als Brücke zwischen arm und reich agieren sollten, hätten durch Spekulationen und komplizierte Finanzinstrumente zu dem Zusammenbruch einiger Finanzinstitute beigetragen, sodass staatliches Eingreifen notwendig geworden sei. Schwache Staaten hätten sich deshalb mehr und mehr verschuldet, und das Argument, dass diese Staaten ihre Wirtschaftslage durch strikte Sparmaßnahmen verbessern könnten, habe sich als falsch erwiesen. Sie ging auf den Bericht der OECD ein, wonach bereits 20 Millionen Arbeitsplätze in den OECD-Staaten in Folge der Krise verloren gegangen seien. Bei einem eingeschränkten Wachstum könnten weitere 20 Millionen Menschen ihre Arbeit verlieren. Für den Ausschuss für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen erklärte die Delegierte **Sandra Osborne** (Vereinigtes Königreich – SOC), der Bericht der OECD über die internationale Migration im Jahre 2011 stelle ein unerlässliches Instrument für die Analyse der internationalen Wanderbewegungen in einer Zeit des wirtschaftlichen Umbruchs in vielen OECD-Staaten dar. Migration könne die Stabilität einer Gesellschaft, die Beziehungen zwischen den Staaten und das Tempo des wirtschaftlichen Aufschwungs er-

heblich beeinflussen. Ein genaues Bild über die derzeitige Lage in den einzelnen Staaten sei daher wichtig. Europa sei ein Einwanderungskontinent. Migration liege im europäischen Interesse. Es müsse sichergestellt werden, dass die Verschärfung von Grenzkontrollen und die Weigerung, Möglichkeiten einer legalen Einwanderung oder der Familienzusammenführung zu schaffen, nicht zu einer Zunahme der irregulären Migration und zu öffentlichen Ressentiments gegenüber Fremden führten.

Abgeordneter **Erich Georg Fritz** (Deutschland – EPP/CD) erklärte, dass ein besseres Leben für viele Menschen in einer Welt mit 7 Milliarden Menschen Freiheit und Verantwortung brauche. Er betonte, dass die Bürger von den Nationalstaaten wie von den internationalen Organisationen erwarteten, dass diese Probleme nicht nur analysierten und beschrieben, sondern auch konsensfähige und durchsetzbare Vorschläge für deren Lösung entwickelten. Es sei ganz offensichtlich, dass ohne weitere Fortschritte bei der Gestaltung der Finanzmärkte und ihrer Kontrolle die Priorität demokratischer Politik über die Finanzmärkte nicht widerhergestellt werden könne.

Für den Ausschuss für Kultur, Wissenschaft und Bildung betonte Delegierter **Michael Falzon** (Malta – SOC), dass er der Meinung des OECD-Direktors für Bildung zustimme, dass „Bildung letztlich das Gegenmittel für die Krise“ sei. Ohne weitere und verstärkte Investitionen in Bildung werde die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts keinen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung erleben. Alle Anstrengungen müssten daher auf verstärkte Bildungsmaßnahmen konzentriert werden. Lebenslanges Lernen sei für die Zukunft unerlässlich. Wie Untersuchungen der OECD belegten, gäben die meisten Staaten – mit Ausnahme der nordischen Länder – nicht genügend Anreize für Bildung, womit seiner Meinung nach eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung kreativer Fähigkeiten vertan werde, welche dazu genutzt werden könnten, rasche Veränderungen bei der Beschäftigungslage und dem sozialen Umfeld vorausschauend und effizient anzugehen.

Für den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und kommunale und regionale Angelegenheiten führte Delegierter **Dimitrios Papadimoulis** (Griechenland – UEL) aus, dass es in den vergangenen Jahren im Wesentlichen bei Lippenbekenntnissen geblieben sei, wenn es um politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltzerstörung und des Klimawandels gegangen sei. Es sei jedoch möglich, sowohl die Wirtschafts- als auch die Umweltkrise gleichzeitig zu lösen. Er wies darauf hin, dass viele Menschen in der Welt keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser zu einem angemessenen Preis hätten und dass deshalb viele an Unterernährung und Krankheiten litten, die in der Vergangenheit bereits als ausgerottet gegolten hätten.

Ansprache des Generalsekretärs der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Angel Gurría

Generalsekretär **Angel Gurría** betonte einleitend, dass die Weltwirtschaft derzeit eine äußerst schwierige Phase

durchschreite. Das Wachstum verlaufe nur zögernd und sei niedriger, als man es noch zum Ende des vergangenen Jahres angenommen hätte. Ein weiteres Problem sei die Arbeitslosigkeit. Während die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in den OECD-Staaten bei 10 Prozent liege, liege die Jugendarbeitslosigkeit im Schnitt bei 20 Prozent, in einigen Staaten sogar bei 30 bis 40 Prozent. Unzählige drängende Probleme seien darüber hinaus zu lösen. Der wirtschaftliche Aufschwung müsse erhalten bleiben, gleichzeitig das Defizit reduziert und die Schuldenlast und die Arbeitslosigkeit verringert werden. Höhere Produktivität und stärkere Wettbewerbsfähigkeit in einer Welt des gnadenlosen Wettbewerbs seien weitere Faktoren, die es zu beachten gelte. Die Situation verlange einen ausgeglichenen Ansatz, eine Menge Weisheit und ein hohes Maß an Zusammenarbeit. Große Erwartungen lasteten auf den Politikern, auf den internationalen Organisationen und den Foren der Zusammenarbeit, wie zum Beispiel der G20.

Der Generalsekretär bot der Versammlung und den Vorsitzenden der verschiedenen Ausschüsse und Unterausschüsse eine noch engere Zusammenarbeit an. Er schlug die gegenseitige Teilnahme an Ausschusssitzungen der beiden Organisationen und Gespräche über Themen wie Gesundheit, Bildung, grünes Wachstum, Fiskalpolitik und andere Bereiche vor.

Der Generalsekretär ging auch auf die oft an die OECD gestellte Frage ein, warum die OECD nicht schon im Vorfeld auf die bevorstehende Krise hingewiesen und keine Maßnahmen zu deren Verhinderung eingeleitet habe. Seine Antwort hierauf sei, dass es grundlegende Fehler beim Aufbau des internationalen Systems gegeben habe, weil die einzelnen Institutionen jeweils nur einen Bereich im Blick gehabt hätten. Es gebe keine Institution, in der themenübergreifend und in großem Überblick über sämtliche Problembereiche Ansätze, geschweige denn Lösungen, erarbeitet würden. Auch für die OECD gelte der Grundsatz, dass man noch immer mehr und Besseres hätte tun können. Um zukünftig gerüstet zu sein, brauche man auch hierzu jede nur mögliche politische Unterstützung.

Delegierter **Márton Braun** (Ungarn – EPP/CD) betonte, dass in der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise die von der OECD erhobenen, umfassenden und analysierten Daten für viele Länder von großem Nutzen seien. Delegierter **Charles Kennedy** (Vereinigtes Königreich – ALDE) hob die Bedeutung Europas als Einwanderungs-

land hervor und unterstrich, dass Europas Blick in die Zukunft weitsichtiger und mutiger sein müsse und es falsch wäre, in den Protektionismus zurück zu fallen, weil dies u. a. zu Fremdenfeindlichkeit führen könne.

Delegierter **Umemura** (Japan) dankte der Staatengemeinschaft und den Mitgliedstaaten des Europarates und der OECD für die Hilfe und den Beistand für sein Land nach dem schweren Erdbeben. Auch Japan zeige sich besorgt über die weltweite Finanzkrise. Die OECD müsse in Zukunft ihren Blick auf bessere politische Maßnahmen und mehr Lebensqualität für die Menschen richten. Der *Better-Life-Index* zeige, dass auch die japanische Bevölkerung bei der Befragung nach der generellen Zufriedenheit mit ihrem Leben noch unter dem Durchschnitt der Befragten liege. Dies sei Ansporn für sein Land, mehr für seine Bürger zu tun. Delegierter **Konstantinos Vrettos** (Griechenland – SOC) kritisierte, dass nach der Krise von 2008 Banken und Institutionen staatliche Hilfen erhalten hätten, die letztlich von den Steuerzahlern zu tragen gewesen seien. Die der Krise zugrunde liegenden Probleme seien jedoch nicht gelöst worden. Griechenland habe nicht an Selbstkritik gespart und seinen Bürgern große Opfer abverlangt. Die Krise biete die Chance, wichtige Reformen zu starten.

Der Generalsekretär der OECD, **Angel Gurría**, führte aus, dass Einwanderung zur Lösung bestimmter Probleme beitragen könne. Er gab jedoch zu bedenken, dass in von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Ländern mit Auswirkungen auf die Akzeptanz von Einwandern zu rechnen sei. Wichtig sei die Integration der Migranten aber im Hinblick auf die zunehmende Überalterung der Gesellschaft und abnehmende Bevölkerungszahlen. Der Fokus könne nicht allein auf uneingeschränktes Wachstum gerichtet sein. Die alles entscheidende Frage sei, wie die Balance zwischen Aufschwung, Strukturreformen, Defizitproblemen und Vertrauen in der Bevölkerung zu bewerkstelligen sei.

Die Politik sei an schnellen Erfolgen interessiert, für manche Lösungen müsse jedoch mehr Zeit eingeplant werden. Dies zeige das Zehnjahresprogramm der US-Regierung, mit dem die USA Priorität auf die Schaffung von Anreizen und die Reduzierung des Haushaltsdefizits legten.

Joachim Hörster, MdB

Leiter der Delegation

Christoph Strässer, MdB

Stellvertretender Leiter
der Delegation

IV. Entschließen und Empfehlungen

Entschließen 1829 (2011)	Die pränatale Geschlechterauswahl	15
Empfehlung 1979 (2011)		16
Entschließen 1830 (2011)	Antrag des Palästinensischen Nationalrats auf Gewährung des "Partner für Demokratie" - Status bei der Parlamentarischen Versammlung	17
Entschließen 1831 (2011)	Die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den jungen Demokratien in der arabischen Welt	20
Entschließen 1832 (2011)	Nationale Souveränität und Staatlichkeit im gegenwärtigen internationalen Recht: bestehender Klärungsbedarf	24
Entschließen 1833 (2011)	Die Aktivitäten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2010-2011	25
Entschließen 1834 (2011)	Die Bekämpfung von "Darstellungen von Kindesmissbrauch" mithilfe entschlossener, bereichsübergreifender und international abgestimmter Maßnahmen	31
Empfehlung 1980 (2011)		33
Entschließen 1835 (2011)	Brutale und extreme Pornographie	34
Empfehlung 1981 (2011)		36
Entschließen 1836 (2011)	Die Auswirkungen des Vertrages von Lissabon auf den Europarat	36
Empfehlung 1982 (2011)		41
Entschließen 1837 (2011)	Das Funktionieren der demokratischen Institutionen in Armenien	42
Entschließen 1838 (2011)	Der Missbrauch des Staatsgeheimnisses und der nationalen Sicherheit: Hindernisse für die parlamentarische und gerichtliche Kontrolle von Menschenrechtsverletzungen	45
Empfehlung 1983 (2011)		48
Entschließen 1839 (2011)	Die politische Lage auf dem Balkan	49
Entschließen 1840 (2011)	Menschenrechte und die Bekämpfung des Terrorismus	50
Entschließen 1841 (2011)	Die Änderung verschiedener Bestimmungen der Geschäftsordnung der Parlamentarischen Versammlung – Umsetzung von Entschließen 1822 (2011) über die Reform der Parlamentarischen Versammlung	52
Entschließen 1842 (2011)	Die Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Parlamentarischen Versammlung – Umsetzung von Entschließen 1822 (2011) betr. die Reform der Parlamentarischen Versammlung	55
Entschließen 1843 (2011)	Die Achtung des Persönlichkeitsbereichs und der Schutz personenbezogener Daten im Internet und in den Online-Medien	62
Empfehlung 1984 (2011)		66

Entschließung 1829 (2011)¹
betr. die pränatale Geschlechterauswahl

1. Die Bevorzugung männlicher Nachkommen und die Diskriminierung der Frau sind in der Welt so weit verbreitet, dass sich Millionen Frauen - spontan oder unter Druck - entscheiden, Töchter nicht zur Welt zu bringen, da sie als Last für ihre Familien betrachtet werden und nach Ansicht der Familien nicht in der Lage sind, die Abstammungslinie fortzusetzen.
2. Die Auswahl des Geschlechts ist in einigen asiatischen Ländern, in denen die selektive Abtreibung weiblicher Föten zusammen mit der Tötung weiblicher Neugeborener seit Jahrzehnten betrieben wird, ein großes Problem. Die pränatale Geschlechterauswahl zeigt sich daran, dass sich das natürliche Geschlechterverhältnis von 105 Jungen auf 100 Mädchen verschiebt ("verschobenes Geschlechterverhältnis"), wenn die Zahl der Kinder in einer Familie steigt oder es rechtliche oder wirtschaftliche Beschränkungen hinsichtlich der Größe der Familie gibt.
3. Vieles deutet darauf hin, dass die pränatale Geschlechterauswahl nicht auf Asien beschränkt ist. In den letzten Jahren war auch in einigen Mitgliedstaaten des Europarates eine Abkehr vom natürlichen Geschlechterverhältnis bei der Geburt zu beobachten. Das Ganze hat in Albanien, Armenien und Aserbaidschan besorgniserregende Ausmaße angenommen, wo das Verhältnis von Jungen zu Mädchen bei 112 zu 100 liegt, und ebenso in Georgien, wo das Geschlechterverhältnis bei der Geburt 111 zu 100 beträgt.
4. Die Parlamentarische Versammlung verurteilt die Praxis der pränatalen Geschlechterauswahl als ein Phänomen, das in einer Kultur der Ungleichheit der Geschlechter begründet liegt und ein Klima der Gewalt gegen Frauen begünstigt, was den vom Europarat vertretenen Werten zuwiderläuft.
5. Unter Hinweis auf das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (SEV Nr. 210) ist die Versammlung der Auffassung, dass der von der Gesellschaft und von Familien ausgeübte Druck auf Frauen, aufgrund des Geschlechts des Embryos bzw. des Fötus ihre Schwangerschaft abzubrechen, als eine Form der psychischen Gewalt anzusehen ist und die Praxis der erzwungenen Abtreibungen kriminalisiert werden muss.
6. Die Versammlung warnt die Mitgliedstaaten des Europarates vor den sozialen Folgen der pränatalen Geschlechterauswahl, d.h. einem Ungleichgewicht in der Bevölkerung, das voraussichtlich Männern Schwierigkeiten bereitet, einen Partner zu finden, und zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsprostitution, Menschenhandel zum Zweck der Zwangsheirat oder sexuellen Ausbeutung führt und zum Anstieg der Kriminalität und sozialen Unruhen beiträgt.
7. Im Einklang mit dem Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin (SEV Nr. 154) ist die Versammlung der Auffassung, dass die pränatale Geschlechterauswahl im Zusammenhang mit reproduktionsmedizinischen Technologien wie der Präimplantationsdiagnostik auf Fälle beschränkt werden sollte, in denen gravierende Erbkrankheiten, die mit einem bestimmten Geschlecht in Zusammenhang stehen, vermieden werden sollen.
8. In Anbetracht vorstehender Erwägungen fordert die Versammlung die Mitgliedstaaten auf,
 - 8.1. Daten über das Geschlechterverhältnis bei der Geburt zu sammeln, seine Entwicklung zu beobachten und unverzüglich zu handeln, um gegen mögliche Ungleichgewichte vorzugehen;
 - 8.2. Studien über das Geschlechterverhältnis bei der Geburt in bestimmten Gemeinschaften zu fördern;
 - 8.3. Daten über die Auswahl des Geschlechts im Zusammenhang mit reproduktionsmedizinischen Technologien zu sammeln;
 - 8.4. wissenschaftliche Untersuchungen über die Ursachen der pränatalen Geschlechterauswahl und deren Folgen für die Gesellschaft zu fördern;
 - 8.5. nationale Ethikgremien aufzufordern, einen Leitfaden für Mitarbeiter im medizinischen Bereich zu erarbeiten und einzuführen, der die pränatale Geschlechterauswahl bei allen Technologien ver-

¹ Versammlungsdebatte am 3. Oktober 2011 (29. Sitzung) (siehe Dok. 12715, Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Berichterstatterin: Frau Stump; sowie Dok. 12727, Stellungnahme des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie, Berichtstatter: Her Xuclà i Costa). Von der Versammlung am 3. Oktober 2011 (29. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1979 (2011).

- hindert, sofern diese nicht zur Verhütung schwerwiegender geschlechtsspezifischer genetischer Erkrankungen gerechtfertigt ist;
- 8.6. allen maßgeblichen staatlichen Behörden zu empfehlen, Leitlinien für das in diesem Bereich tätige medizinische Personal herauszugeben, damit, wenn gemäß den bestehenden Rechtsvorschriften Informationen über das Geschlecht des Fötus erteilt werden, diese Informationen unabhängig vom Geschlecht des Fötus auf positive Weise vermittelt werden;
- 8.7. Gesetze zu erlassen, die die pränatale Geschlechterauswahl im Zusammenhang mit reproduktionsmedizinischen Technologien und legaler Abtreibung verbietet, sofern dies nicht zwecks Vermeidung schwerwiegender Erbkrankheiten gerechtfertigt ist;
- 8.8. dem Europarat im Januar 2015 erneut über die Wirkung der in diesem Absatz genannten Maßnahmen zu berichten.
9. Darüber hinaus fordert die Versammlung die Behörden Albanien, Armeniens, Aserbaidschans und Georgiens auf,
- 9.1. die Ursachen und Gründe für ein verschobenes Geschlechterverhältnis bei der Geburt zu untersuchen;
- 9.2. sich verstärkt zu bemühen, den Status von Frauen in der Gesellschaft zu verbessern und für die effektive Umsetzung von Gesetzen und politischen Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung zu sorgen;
- 9.3. für die Erfassung verlässlicher Daten über das Geschlechterverhältnis bei der Geburt zu sorgen, darunter auch in verschiedenen geographischen Regionen innerhalb eines Landes, und deren Entwicklung zu verfolgen;
- 9.4. die Durchführung von Aufklärungsinitiativen und -kampagnen in der Öffentlichkeit über die pränatale Geschlechterauswahl und deren schädliche Folgen zu organisieren bzw. zu unterstützen und dabei die einschlägigen internationalen Organisationen und den Europarat einzubinden;
- 9.5. die Wirkung von Kampagnen, Gesetzen und Politiken und vor allem die Umsetzung der Gleichstellungsgesetze und –politiken zu überwachen und zu analysieren;
- 9.6. in Bezug auf die pränatale Geschlechterauswahl und ihre schädlichen Folgen Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter im medizinischen Bereich zu organisieren und zu unterstützen.
10. Die Versammlung fordert den Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsprogramme (UNFPA), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf, ihre Aktivitäten im Bereich der Bekämpfung der pränatalen Geschlechterauswahl zu verstärken.
11. Sie empfiehlt darüber hinaus dem Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau, sich mit der pränatalen Geschlechterauswahl zu befassen, und zwar allgemein als Phänomen, das aus der Diskriminierung der Frau hervorgeht und diese verstärkt, und speziell mit Blick auf die Überprüfung der Lage in Albanien, Armenien, Aserbaidschan und Georgien.

Empfehlung 1979 (2011)²
betr. die pränatale Geschlechterauswahl

1. Unter Verweis auf ihre Entschließung 1829 (2011) betr. die pränatale Geschlechterauswahl weist die Parlamentarische Versammlung das Ministerkomitee auf diese Praxis hin, die es in etlichen Mitgliedstaaten gibt, insbesondere in Albanien, Armenien, Aserbaidschan und Georgien, wie anhand des verschobenen Geschlechterverhältnisses bei der Geburt deutlich wird.
2. Die pränatale Geschlechterauswahl stellt die wichtigsten vom Europarat vertretenen Werte wie Gleichberechtigung und die Würde des Menschen, Nichtdiskriminierung und den Schutz der Würde des Einzelnen und seiner Grundrechte im Hinblick auf biologische und medizinische Anwendungen in Frage. Sie berührt darüber

² Versammlungsdebatte am 3. Oktober 2011 (29. Sitzung) (siehe Dok. 12715, Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Berichterstatterin: Frau Stump; sowie Dok. 12727, Stellungnahme des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie, Berichterstatter: Herr Xuclà i Costa). Von der Versammlung am 3. Oktober 2011 (29. Sitzung) verabschiedeter Text.

hinaus die Kernaufgaben des Europarates, z.B. die Förderung und den Schutz der Menschenrechte, die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt.

3. Die Versammlung fordert den Ministerrat daher auf,
 - 3.1. die Expertengruppe für Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (GREVIO) und den Ausschuss der Vertragsparteien des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt unmittelbar nach deren Einsetzung auf die Frage der pränatalen Geschlechterauswahl und die ihr zugrunde liegenden Ursachen und deren Zusammenhang mit der Gewalt gegen Frauen hinzuweisen;
 - 3.2. den Lenkungsausschuss für Bioethik anzuweisen, eine vergleichende Studie über die pränatale Geschlechterauswahl durchzuführen und die Erarbeitung eines Leitfadens und bewährter Verfahren bezüglich der pränatalen Geschlechterauswahl im Zusammenhang mit Artikel 14 des Europäischen Übereinkommens über Menschenrechte und Biomedizin (SEV Nr. 164) zu prüfen;
 - 3.3. sich verstärkt für die Unterzeichnung, Ratifizierung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (SEV Nr. 210) und des Europäischen Übereinkommens über Menschenrechte und Biomedizin einzusetzen.
4. Im Hinblick auf die vier Mitgliedstaaten des Europarates, in denen die größte Verschiebung des Geschlechterverhältnisses zu verzeichnen ist - Albanien, Armenien, Aserbaidschan und Georgien -fordert die Versammlung das Ministerkomitee auf,
 - 4.1. die Frage der pränatalen Geschlechterauswahl im Rahmen der Hilfs- und Kooperationsprogramme mit diesen Ländern zu berücksichtigen, insbesondere in den Bereichen Bildung und Jugend und im Dialog mit der Zivilgesellschaft;
 - 4.2. die zuständigen Ausschüsse und Strukturen, die im Bereich der Gleichstellung von Männern und Frauen tätig sind, zu bitten, Aufklärungskampagnen über den gleichen Wert von Mädchen und Jungen in diesen Ländern durchzuführen oder zu diesen Kampagnen beizutragen.

Entschließung 1830 (2011)³

betr. den Antrag des Palästinensischen Nationalrats auf Gewährung des "Partner für Demokratie" - Status bei der Parlamentarischen Versammlung

1. Mit der Verabschiedung von Entschließung 1680 (2009) über die Schaffung eines "Partner für Demokratie"-Status in der Parlamentarischen Versammlung beschloss die Parlamentarische Versammlung, einen neuen Status für die institutionelle Zusammenarbeit mit den Parlamenten von Nicht-Mitgliedstaaten in benachbarten Regionen einzuführen, die von den Erfahrungen der Versammlung beim Demokratieaufbau profitieren und sich an der politischen Debatte über gemeinsame Herausforderungen, die die europäischen Grenzen überschreiten, beteiligen möchten. Ein neuer Artikel 60 in der Geschäftsordnung der Versammlung, der die Voraussetzungen und Methoden für die Gewährung dieses Status und die formalen politischen Verpflichtungen festlegt, die das betreffende Parlament eingehen muss, trat im Januar 2010 in Kraft.
2. Die Versammlung ist der Auffassung, dass sie durch den ausdrücklichen Hinweis in Entschließung 1680 (2009) auf die Berechtigung des Palästinensischen Legislativrats, den "Partner für Demokratie"-Status zu beantragen, indirekt erklärt hat, dass dieser Status unabhängig von der Anerkennung eines palästinensischen Staates ist.
3. Der Präsident des Palästinensischen Nationalrats hatte bereits im September 2009 das Interesse an der Gewährung dieses Status bekundet und reichte nach der im Oktober 2010 erfolgten Entscheidung der Versammlung über die Zulässigkeit dieses Antrags am 3. November 2010 den offiziellen Antrag des Palästinensischen Nationalrats auf Gewährung des "Partner für Demokratie"-Status bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ein.

³ Versammlungsdebatte am 4. Oktober 2011 (30. Sitzung) (siehe Dok. 12711, Bericht des Politischen Ausschusses, Berichterstatter: Herr Kox, Dok. 12738, Stellungnahme des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatterin: Frau Türköne, sowie Dok. 12736, Berichterstatterin: Frau Hägg. Von der Versammlung am 4. Oktober 2011 (30. Sitzung) verabschiedeter Text.

4. Die Versammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Präsident des Palästinensischen Nationalrats in seinem Schreiben im Einklang mit den in Artikel 60.2 der Geschäftsordnung dargelegten Anforderungen bekräftigt hat, dass "der Palästinensische Nationalrat für die gleichen Werte eintritt wie der Europarat, d.h. eine pluralistische und geschlechtergerechte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten", und sich verpflichtet hat,

4.1. "[seine] Bemühungen um die Sensibilisierung der staatlichen Behörden und der wichtigsten Akteure in Politik und Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Notwendigkeit, Fortschritte bei der Diskussion über Fragen im Zusammenhang mit der Abschaffung der Todesstrafe zu erzielen, fortzusetzen sowie die zuständigen Behörden weiterhin aufzufordern, das seit 2005 geltende De-facto-Moratorium für die Anwendung der Todesstrafe beizubehalten";

4.2. "im Rahmen [seiner] institutionellen und gesetzgebenden Tätigkeit die Erfahrungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sowie die Fachkenntnisse der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) in vollem Umfang zu nutzen und dabei zu berücksichtigen, dass die Palästinensische Autonomiebehörde den Beobachterstatus bei der Venedig-Kommission besitzt";

4.3. "[seine] Bemühungen um die Schaffung günstiger Bedingungen für die Durchführung freier, fairer und transparenter Wahlen im Einklang mit den einschlägigen internationalen Normen fortzusetzen";

4.4. "eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern am öffentlichen Leben und in der Politik zu fördern";

4.5. "die zuständigen Behörden der Palästinensischen Autonomiebehörde aufzufordern, den einschlägigen Übereinkommen und Teilübereinkommen des Europarates, die Nicht-Mitgliedstaaten zur Unterzeichnung und Ratifizierung offen stehen, beizutreten, insbesondere den Übereinkommen und Teilübereinkommen, in denen es um Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie geht";

4.6. "die Versammlung regelmäßig über die Fortschritte bei der Umsetzung der Grundsätze des Europarates auf dem Laufenden zu halten".

5. Die Versammlung ist daher der Auffassung, dass der Antrag des Palästinensischen Nationalrats die in ihrer Geschäftsordnung dargelegten formalen Bedingungen erfüllt.

6. Die Versammlung erkennt an, dass die palästinensische Gesellschaft auf allen Ebenen, d.h. auf Ebene der politischen Parteien, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Frauenrechtsorganisationen, Universitäten, religiösen Gemeinschaften und anderen Ebenen, hohe Erwartungen dahingehend hegt, dass der Palästinensische Nationalrat "Partner für Demokratie" bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wird. Der Erwerb dieses Status wird als wichtiger Anreiz für die Weiterentwicklung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte in den palästinensischen Gebieten betrachtet.

7. Die Versammlung erinnert daran, dass die Präsidentschaftswahlen von 2005 und die Parlamentswahlen von 2006 in den palästinensischen Gebieten von der Versammlung beobachtet und als frei und fair angesehen wurden. Die Versammlung nimmt darüber hinaus zur Kenntnis, dass vor Juni 2012 erneut Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchgeführt werden sollen.

8. Die Versammlung stellt fest, dass in den Teilen der palästinensischen Gebiete, die im Zuständigkeitsbereich der Palästinensischen Autonomiebehörde liegen, Fortschritte im Hinblick auf die Entwicklung einer unabhängigen Justiz und die wirksame Bekämpfung der Korruption und zugunsten der öffentlichen Transparenz erzielt werden.

9. Der Weiterentwicklung der wichtigsten vom Europarat vertretenen Werte in den palästinensischen Gebieten steht im Wesentlichen die Tatsache entgegen, dass der größte Teil dieser Gebiete nach wie vor von Israel militärisch besetzt ist. Jegliche Fortschritte bei der Herbeiführung einer friedlichen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts würden den palästinensischen Gebieten viele neue Chancen für die Entwicklung und Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte eröffnen.

10. Zu einem Zeitpunkt, an dem die Menschen in vielen arabischen Ländern und Mittelmeerländern den eindeutigen Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, politische und soziale Grundrechte in Anspruch zu nehmen, ist es nach Auffassung der Versammlung wichtig, dass die Palästinenser mithilfe ihrer sich herausbildenden politischen Institutionen entschlossen den Weg des demokratischen Wandels weitergehen.

11. Die Versammlung begrüßt die Verpflichtung seitens des Palästinensischen Nationalrats, tiefgreifende verfassungsmäßige, institutionelle, politische und rechtliche Reformen durchzuführen, und fordert die nationalen Behörden auf, den Sachverstand des Europarates in vollem Umfang zu nutzen und sich bei der Durchführung dieser Reformen an die Normen des Europarates zu halten und diese zu fördern. Sie begrüßt darüber hinaus die Ankündigung einer Versöhnung zwischen den Verantwortlichen im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Sie ist der Auffassung, dass der "Partner für Demokratie"-Status einen geeigneten Rahmen für eine stärkere Einbindung des Palästinensischen Nationalrats in den Reformprozess bietet.

12. Vor diesem Hintergrund ist die Versammlung der Ansicht, dass die folgenden besonderen Fragen für die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in den palästinensischen Gebieten von entscheidender Bedeutung sind:

12.1. Rascher Abschluss der Verhandlungen zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit und Festlegung von für alle Beteiligten akzeptablen Terminen für die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen;

12.2. Durchführung dieser Wahlen im Einklang mit den einschlägigen internationalen Normen in den gesamten palästinensischen Gebieten;

12.3. Einleitung klarer und wichtiger Schritte in Richtung auf die drei Forderungen des Nahost-Quartetts: Gewaltverzicht, Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel und Einhaltung aller von den palästinensischen Vertretern in den letzten Jahren unterzeichneten Vereinbarungen;

12.4. Reform der Struktur des Palästinensischen Nationalrats, damit dieser soweit wie möglich zu einem demokratisch gewählten Gremium wird;

12.5. aktive Unterstützung der Gleichstellung von Frauen und Männern im politischen und öffentlichen Leben, Bekämpfung aller Formen geschlechtsspezifischer Diskriminierung (vor dem Gesetz und in der Praxis), Gewährleistung der effektiven Gleichstellung von Männern und Frauen unter anderem in Bezug auf Eheschließung, Scheidung, Polygamie und Erbrecht und gegebenenfalls Einleitung von Gesetzesreformen, Bekämpfung aller Formen von geschlechtsbedingter Gewalt;

12.6. Abschaffung der im Strafgesetzbuch vorgesehenen Todesstrafe, was über das De-facto-Moratorium bezüglich der Vollstreckung der Todesstrafe hinausgeht, das seit 2005 zumindest im Westjordanland gilt;

12.7. ausdrückliche Ablehnung der Anwendung terroristischer Gewalt und deren aktive Bekämpfung durch Maßnahmen, bei denen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gewahrt werden;

12.8. Freilassung des Soldaten Gilad Shalit;

12.9. Einstellung des gesamten illegalen Waffenschmuggels in den Gaza-Streifen und das Westjordanland;

12.10. Einhaltung und effektive Umsetzung der einschlägigen internationalen Instrumente auf dem Gebiet der Menschenrechte, was eine umfassende Zusammenarbeit mit den Sondermechanismen der Vereinten Nationen und die Umsetzung der Empfehlungen der Vereinten Nationen für eine allgemeine regelmäßige Überprüfung beinhaltet;

12.11. Garantie der Freiheit und des Pluralismus der Medien;

12.12. Abschaffung und Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung von Menschen, die ihrer Freiheit beraubt sind, und Bekämpfung der Straflosigkeit bei Straftaten im Zusammenhang mit Folter und Misshandlungen;

12.13. Verbesserung der Haftbedingungen im Einklang mit den auf Gefängnisaufenthalte bezogenen Normen und Standards der Vereinten Nationen; die Bedingungen, unter denen der israelische Soldat Gilad Shalit seit 2006 gefangen gehalten wird, sind in besonderem Maße inakzeptabel;

12.14. Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und allen Formen von Diskriminierung;

12.15. Bekämpfung von Korruption;

12.16. Stärkung der Demokratie auf kommunaler und regionaler Ebene;

12.17. Gewährleistung der umfassenden Achtung der Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit, einschließlich des Rechts, die Religion zu wechseln;

12.18. Garantie und Förderung der Vereinigungsfreiheit und der friedlichen Versammlung.

13. Die Versammlung geht davon aus, dass die Palästinensische Autonomiebehörde im Einklang mit dem in dem Schreiben des Präsidenten des Palästinensischen Nationalrats vom 3. November 2010 enthaltenen Bekenntnis in Bälde den einschlägigen Übereinkommen und Teilübereinkommen des Europarates beitrifft, insbesondere den Übereinkommen und Teilübereinkommen, in denen es um Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie geht.

14. Die Versammlung fordert den Palästinensischen Nationalrat auf, im Einklang mit den einschlägigen Entschlüssen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und, wie in den einschlägigen Entschlüssen der Versammlung hervorgehoben, noch mehr zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts beizutragen.

15. Darüber hinaus fordert die Versammlung die Palästinenser auf, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten anzustreben.

16. Im Hinblick darauf, dass der Palästinensische Nationalrat erneut seine Entschlossenheit bekräftigt hat, sich für die vollständige Umsetzung der politischen Verpflichtungen einzusetzen, die in Artikel 60.2 der Geschäftsordnung enthalten sind und in dem Schreiben seines Präsidenten vom 3. November 2010 eingegangen wurden, beschließt die Versammlung,

16.1. dem Palästinensischen Nationalrat unmittelbar nach Verabschiedung der vorliegenden Entschlüsselung den "Partner für Demokratie"-Status zu gewähren;

16.2. den Palästinensischen Nationalrat aufzufordern, aus seinen demokratisch gewählten Mitgliedern eine "Partner für Demokratie"-Delegation auszuwählen, die aus drei Vertretern und drei Stellvertretern besteht und sich gemäß den Bestimmungen des Artikels 60.4 der Geschäftsordnung der Versammlung zusammensetzt.

17. Die Versammlung ist der Ansicht, dass Fortschritte beim Voranbringen der Reformen das vordringliche Ziel der Partnerschaft für Demokratie sind und den Bewertungsmaßstab für eine Beurteilung der Effizienz dieser Partnerschaft darstellen sollten.

18. Sie beschließt dementsprechend, spätestens zwei Jahre nach Verabschiedung der vorliegenden Entschlüsselung die jeweiligen Fortschritte bei der Umsetzung der vom Palästinensischen Nationalrat eingegangenen politischen Verpflichtungen sowie beim Voranbringen der in Punkt 12 oben genannten besonderen Themen zu überprüfen.

19. Die Versammlung betont die Bedeutung freier und fairer Wahlen als Eckpfeiler einer echten Demokratie. Sie geht daher davon aus, dass sie zu den Parlamentswahlen als Teil der allgemeinen Wahlen in den palästinensischen Gebieten, die vor Juni 2012 stattfinden sollen, als Beobachter eingeladen wird.

20. Die Versammlung ist zuversichtlich, dass die Gewährung des "Partner für Demokratie"-Status an den Palästinensischen Nationalrat zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Palästinensern und dem Europarat beiträgt und den baldigen Beitritt Palästinas zu den Übereinkommen des Europarates fördert. Sie fordert daher den Generalsekretär des Europarates auf, gegebenenfalls in Abstimmung mit der Europäischen Union den Sachverstand der Organisation sowie der Venedig-Kommission zu mobilisieren, um zur vollständigen Umsetzung der demokratischen Reformen in den palästinensischen Gebieten beizutragen.

Entschlüsselung 1831 (2011)⁴

betr. die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den jungen Demokratien in der arabischen Welt

1. Die Parlamentarische Versammlung verfolgt mit großem Interesse und großer Anteilnahme die Entwicklung des so genannten "arabischen Frühlings", d.h. der Protestbewegungen des Volkes, die sich seit Anfang des Jahres in der gesamten arabischen Welt ausgebreitet und in der Region bereits zu den dramatischsten Umwälzungen seit den 50er Jahren geführt haben. Die Versammlung verweist auch auf ihre Entschlüsselungen 1791 (2011) und 1819 (2011) betr. die Lage in Tunesien und begrüßt insbesondere die ermutigenden Entwicklungen in Tunesien und Ägypten und unterstützt voll und ganz den demokratischen Übergangsprozess in diesen Ländern.

2. Die Versammlung bewahrt Mohammed Bouazizi, dessen verzweifelter Akt des Protestes die Revolten einleitete, die sich derzeit in der arabischen Welt ereignen, und den Opfern der Unterdrückung, die ihr Leben im

⁴ Versammlungsdebatte am 4. Oktober 2011 (31. Sitzung) (siehe Dok. 12699, Bericht des Politischen Ausschusses, Berichterstatter: Herr Gardetto). Von der Versammlung am 4. Oktober 2011 (31. Sitzung) verabschiedeter Text.

Kampf für die Demokratie verloren haben, ein ehrendes Andenken. Sie bringt ihr Bedauern ob des Verlustes zahlreicher Menschenleben und ihr Mitgefühl für die Angehörigen der getöteten und verletzten Menschen zum Ausdruck.

3. Die Versammlung begrüßt den Erfolg der demokratischen Kräfte in Libyen. Sie unterstützt die Resolution 2009 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die darauf abzielt, die Übergangsregierung in Libyen zu unterstützen, und ist bereit, der Regierung zu helfen, wenn diese es wünscht. Sie ruft den Nationalen Übergangsrat dazu auf, sein Äußerstes zu tun, um Menschenrechtsverstöße durch die von ihm kontrollierten Truppen zu verhindern und diejenigen, die für angebliche Verstöße verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen.

4. Die Versammlung ist besonders beunruhigt über die Lage in Syrien, wo die Regierung ihre Bevölkerung brutal unterdrückt, was Tausenden von Menschen das Leben gekostet hat. Sie verurteilt entschlossen die Anwendung von Gewalt gegenüber der Bevölkerung und fordert nachdrücklich die sofortige Einstellung der Gewalthandlungen. Sie fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates auf, entschlossene und wirksame Sanktionen gegenüber denjenigen zu verhängen, die zur Gewalt gegen das Volk beitragen oder beigetragen haben. Für Verbrechen gegen die Menschlichkeit darf es keine Straflosigkeit geben - unabhängig davon, wer diese Verbrechen begangen hat. Die Versammlung fordert daher die internationale Gemeinschaft und gegebenenfalls auch den Internationalen Strafgerichtshof auf, dafür zu sorgen, dass all diese Straftaten untersucht und bestraft werden.

5. Die Versammlung fordert die Freilassung aller Menschen, die aufgrund ihrer Unterstützung des demokratischen Wandels inhaftiert sind. Sie fordert darüber hinaus die De-facto-Behörden und De-jure-Behörden der Länder, in denen sich Unruhen ereignen, nachdrücklich auf, die Abreise von Ausländern, die das Land verlassen möchten, zu erleichtern. Sie fordert sie auf, medizinischen Hilfstams und Vertretern humanitärer Organisationen den freien Zugang zu den Konfrontationsgebieten zu gewähren.

6. Die Versammlung bedauert die schrecklichen Todesfälle unter den Flüchtlingen im Mittelmeer und fordert alle Mitgliedstaaten auf, in dieser humanitären Notlage zusätzliche Hilfen bereitzustellen und ihre Verpflichtungen nach den Genfer Abkommen zu erfüllen.

7. Die Versammlung bedauert darüber hinaus, dass die Länder der arabischen Welt die wichtigen Ölrressourcen nicht genutzt haben, um im Geiste der Solidarität für die Umsetzung sozialer Fortschritte im Inland oder in ihren Nachbarländern zu sorgen. Sie erkennt indessen an, dass ein Teil der Verantwortung für die Versäumnisse der Vergangenheit Europa zukommt, das im Umgang mit der arabischen Welt kurzfristigen Stabilitätserwägungen gegenüber der langfristigen Entwicklung im Einklang mit den vom Europarat vertretenen Werten ein zu hohes Gewicht beigemessen hat.

8. Heute muss Europa einen Beitrag zum friedlichen Übergang zur Demokratie und zur Achtung der Menschenrechte in den betreffenden arabischen Ländern leisten, von denen einige ihre unmittelbaren Nachbarn sind, mit Demut und gegenseitigem Respekt, und die Entstehung militärischer oder theokratischer Regime oder das Abgleiten in das Chaos nach einer längeren Phase fehlender Autorität verhindern. Es ist insbesondere entscheidend,

- 8.1. in den betreffenden Ländern den Dialog mit den demokratischen Kräften zu führen;
- 8.2. die Achtung der öffentlichen Freiheiten, darunter der Religionsfreiheit und des Rechts, seine Glaubensüberzeugung zu ändern, zu fördern und allen Religionen die offene Ausübung des Glaubens zu ermöglichen;
- 8.3. Punkt 15 der Empfehlung 1957 (2011) über Gewalt gegen Christen im Nahen Osten umzusetzen;
- 8.4. das nationale Recht, auch das Familienrecht, zu überprüfen und gegebenenfalls zu reformieren, so dass es mit dem Völkerrecht für Gleichstellung im Einklang steht, um zu garantieren, dass Frauen gleiche Rechte und Möglichkeiten haben, und dafür zu sorgen, dass Frauen in der Lage sind, diese Rechte zu nutzen sowie umfassend und gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen, insbesondere an den demokratischen Übergangsprozessen, bei der Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts sowie der Gründung von Unternehmen;
- 8.5. den betreffenden Ländern bei der Entwicklung der regionalen und lokalen Demokratie zu helfen;

- 8.6. die Auffassungen der repräsentativen Elemente der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen, einen Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Kräften zu entwickeln, die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu fördern, und sie zu stärken.
9. Die Versammlung ist der Auffassung, dass die Stabilität der arabischen Welt, die die Demokratie anstrebt, gestärkt werden könnte, wenn man eine Lösung für die wichtigsten Konflikte findet, die es nach wie vor in der Region gibt; sie fordert insbesondere die Israelis und Palästinenser auf, die Chance, die sich durch die arabischen Revolutionen bietet, zu nutzen und auf der Grundlage der Grundsätze, die sie bereits in ihrer EntschlieÙung 1700 (2010) über die Lage im Nahen Osten dargelegt hat, Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen.
10. Die Versammlung ruft bei dieser Gelegenheit die Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen – insbesondere Frankreich, Russland, das Vereinigte Königreich, Bosnien-Herzegowina, Deutschland und Portugal, die alle Mitgliedstaaten des Europarates sind – dazu auf, den offiziellen palästinensischen Antrag auf Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen zu unterstützen.
11. Die arabischen Länder in der Nachbarschaft Europas können von den Erfahrungen des Europarats im Hinblick auf den Übergang zur Demokratie und insbesondere von dem kürzlich bei der Parlamentarischen Versammlung für die Parlamente dieser Länder geschaffenen "Partner für Demokratie"-Status profitieren. In diesem Zusammenhang verweist die Versammlung auf ihre EntschlieÙung 1818 (2011), mit der sie am 21. Juni 2011 dem marokkanischen Parlament diesen Status gewährt hat, und erwartet, dass sie gemäß den Bestimmungen dieser EntschlieÙung in vollem Umfang für die Beobachtung der am 25. November 2011 in Marokko stattfindenden Parlamentswahlen akkreditiert wird. Sie nimmt ebenfalls zur Kenntnis, dass dem Palästinensischen Nationalrat am 4. Oktober 2011 der „Partner für Demokratie“-Status gewährt wurde.
12. Die Versammlung beschließt, die politischen Entwicklungen in allen arabischen Ländern in der Nachbarschaft Europas weiterhin sorgfältig zu beobachten und ihre Zusammenarbeit mit den Parlamenten der Länder, die sich im demokratischen Prozess befinden, zu verstärken. Insbesondere ist sie bereit, Parlamentarier, die die erfolgreichen Demokratiebewegungen der südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers vertreten, sich am Forum für die Zukunft der Demokratie zu beteiligen, dessen nächste Sitzung im Oktober 2011 in Zypern stattfindet.
13. Die Versammlung ruft die Regierungen Tunesiens und Ägyptens auf, vor und während der anstehenden Wahlen in ihren Ländern ein Klima des Vertrauens zu schaffen, damit die Bevölkerung wählen geht, und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass diese Wahlen frei und fair sind, um den neuen Institutionen eine angemessene Legitimität zu geben.
14. Sie fordert die Regierungen der arabischen Länder in der Nachbarschaft Europas, die sich im demokratischen Prozess befinden, auf, ihre Zusammenarbeit mit dem Europarat zu vertiefen und zu erweitern und insbesondere
- 14.1. die Normen der Übereinkommen des Europarates im Bereich der Menschenrechte als Leitbild zu nehmen und den Beitritt zu den Rechtsinstrumenten des Europarates, der auch Nichtmitgliedern offen steht, und zu erweiterten Teilübereinkommen zu prüfen, insbesondere zum Europäischen Zentrum für weltweite Interdependenz und Solidarität (Nord-Süd-Zentrum) und zur Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission);
- 14.2. den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen ihren Parlamenten und der Versammlung zu fördern, vor allem vor dem Hintergrund des kürzlich geschaffenen "Partner für Demokratie"-Status;
- 14.3. die Todesstrafe abzuschaffen und in der Zwischenzeit ein Hinrichtungsmoratorium zu verhängen oder beizubehalten.
15. Die Versammlung begrüÙt die Politik des Europarates gegenüber seinen unmittelbaren Nachbarn, deren Ziel die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Ländern und Regionen in der Nachbarschaft Europas ist und die vom Generalsekretär des Europarates vorgeschlagen wurde und fordert den Generalsekretär auf,
- 15.1. Kontakte mit den Regierungen der arabischen Länder in der Nachbarschaft Europas zu knüpfen, die sich im demokratischen Prozess befinden, und Maßnahmen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu prüfen;
- 15.2. zu prüfen, inwieweit die Vertreter der Jugend in diesen Ländern in die Aktivitäten des Europarates im Jugendbereich eingebunden werden können;

- 15.3. zu prüfen, inwieweit Vertreter dieser Länder in die Sommeruniversität für Demokratie und das Straßburger Internationale Forum für Demokratie, deren Einsetzung von der Versammlung angeregt wurde, einbezogen werden können, insbesondere durch die Förderung von Initiativen wie den "Schulen für politische Studien";
- 15.4. seine Maßnahmen mit denen der Mitgliedstaaten des Europarates und der Europäischen Union abzustimmen.
16. Die Versammlung fordert die Entwicklungsbank des Europarates auf, die Möglichkeiten der Bereitstellung von Hilfen für die jungen Demokratien in der arabischen Welt in der Nachbarschaft Europas und die Zivilgesellschaft in den betroffenen Ländern erschöpfend und auf der Grundlage bestimmter Regelungen zu prüfen.
17. Die Versammlung fordert die wichtigsten internationalen Partner der südlichen Mittelmeeranrainer, die sich im Prozess der Demokratisierung befinden, die Europäische Union und die Union für den Mittelmeerraum, internationale Organisationen mit einem Finanzierungsauftrag und die Mitgliedstaaten des Europarates nachdrücklich auf, deren wirtschaftliche Erholung zu unterstützen. Sie fordert insbesondere die arabischen Länder, die über erhebliche finanzielle Ressourcen verfügen, auf, einen entsprechenden Beitrag zu leisten.
18. Es ist sehr wichtig, der begrüßenswerten Initiative der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zur Förderung und Unterstützung von Investitionen in den Ländern der arabischen Welt, die sich auf dem Weg zur Demokratie befinden, zu folgen und ihnen den Zugang zu den europäischen Märkten - insbesondere Agrarmärkten, Handel und neu gegründeten Unternehmen - sowie die Schaffung von Infrastrukturen und Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Aus diesem Blickwinkel und unter Berücksichtigung der euro-mediterranen Assoziierungsabkommen mit den Maghreb- und Mashreq-Ländern ist es wichtig, die Bereitstellung von Geldern zu fordern, die speziell für Investitionen in den arabischen Ländern in der Nachbarschaft Europas, die sich in Richtung Demokratie entwickeln, bestimmt sind.
19. Es ist ebenfalls unerlässlich, die De-facto-Solidarität zwischen beiden Seiten des Mittelmeers herzustellen und den Bedürfnissen junger Menschen im südlichen Mittelmeerraum im Hinblick auf Kommunikation mit der Außenwelt und der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft nachzukommen durch
- 19.1. die Erleichterung einer größeren Zahl von Austausch zwischen den jungen Menschen des nördlichen und des südlichen Mittelmeerraums sowie der Mobilität durch die Erteilung von Visa und die Erleichterung der Sammlung von Erfahrungen durch Studenten, die ihre Fähigkeiten bewiesen haben werden;
- 19.2. die gewinnbringende Nutzung der Diaspora-Netzwerke der Länder der südlichen Mittelmeerküste, die im Ausland erfolgreich gewesen waren, und die Möglichkeit, dass junge Menschen aus dem Süden bei ihnen um Hilfe ersuchen können;
- 19.3. Möglichkeiten für junge Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum, von den europäischen Institutionen und ihren Programmen zu profitieren und Unterstützung bei der Realisierung von Projekten;
- 19.4. den Aufbau von Beziehungen zwischen Hochschulen und zwischen NGOs auf beiden Seiten des Mittelmeers;
- 19.5. die Entwicklung von Unternehmernetzwerken;
- 19.6. die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Erleichterung des Zugangs zu Informationen, insbesondere durch die Öffnung des Zugangs zum Internet und die Gelegenheit für Journalisten und Blogger, gehört zu werden.
20. Der wirtschaftliche Aufschwung und die Expansion der betroffenen Länder und folglich ihr Übergang zur Demokratie sind nur dann nachhaltig, wenn es entschlossene Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption auf allen gesellschaftlichen Ebenen, zum Bürokratieabbau, die Energien unterdrückt, und zur Beendigung des Gewährens von Vorteilen aufgrund der Stammes- oder Religionszugehörigkeit gibt.
21. Europa muss erkennen, dass das Schließen der Entwicklungslücke zwischen den Ländern nördlich und südlich des Mittelmeers im Interesse der Europäer selbst und natürlich im Interesse der Völker des Südens Vorrang haben sollte, wobei Ziel sein sollte, den Männern und Frauen des Südens den Verbleib in ihren Ländern, sofern sie dies wünschen, die Aufnahme einer Beschäftigung vor Ort und die Inanspruchnahme von Grundfreiheiten und eine gute Lebensqualität zu ermöglichen.
22. Die Versammlung möchte mit allen Betroffenen die Frage erörtern, ob es wünschenswert ist, einen Gipfel der Staats- und Regierungschefs der europäischen Demokratien und der Länder des südlichen Mittelmeer-

raums einzuberufen, um die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den jungen Demokratien in den arabischen Ländern in der Nachbarschaft Europas zu diskutieren.

Entschließung 1832 (2011)⁵

betr. die nationale Souveränität und Staatlichkeit im gegenwärtigen internationalen Recht: bestehender Klärungsbedarf

1. Die Parlamentarische Versammlung weist darauf hin, dass eine Reihe territorialer Gebilde in Mitgliedsstaaten des Europarats eine Anerkennung als unabhängige Staaten anstreben.
2. Sie merkt an, dass die Kriterien der Staatlichkeit im heutigen internationalen Recht weiterhin strittig sind.
3. Das Fehlen eindeutiger Kriterien für Staatlichkeit einerseits und Verstöße gegen die Minderheiten- und Menschenrechte sowie das Fehlen von Demokratie und Beteiligung andererseits haben das Aufkommen zahlreicher secessionistischer Bewegungen begünstigt und bedrohen auf diese Weise – auch in Europa – den Frieden, die Stabilität und die territoriale Integrität der bestehenden Staaten.
4. Die Versammlung hält fest, dass die Begriffe der staatlichen Souveränität und der Staatlichkeit sich in den letzten Jahren weiterentwickelt haben. Entscheidende Entwicklungen wurden 2001 von einer hochrangigen Internationalen Kommission zu Intervention und Staatssouveränität (ICISS) unter der Ägide der Vereinten Nationen und mit Unterstützung Kanadas zusammengefasst. Die Ergebnisse wurden anschließend von der Generalversammlung der Vereinten Nationen übernommen.
5. Anstelle willkürlicher unilateraler Interventionen und bilateraler Garantien kommt es, wie von der ICISS befürwortet, zu einem multilateralen Vorgehen im Sinne der „Schutzverantwortung“:
 - 5.1. Militärinterventionen wie die der Türkei 1974 auf Zypern, der Nordatlantik-Vertragsorganisation (NATO) 1999 in der Föderativen Republik Jugoslawien und der Russischen Föderation 2008 in Georgien wurden zwar – ob nun zu Recht oder zu Unrecht – mit der Notwendigkeit begründet, schweren Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten, haben jedoch ihrerseits Anlass zu zahlreichen Verstößen gegen die Menschenrechte gegeben und für die grundlegenden Probleme keinerlei dauerhafte Lösungen erbracht;
 - 5.2. Bilaterale Garantien wie in Verbindung mit der Unabhängigkeit Zyperns haben Konflikte nicht zu verhindern vermocht. Vielmehr wurden sie im Falle Zyperns als Vorwand für eine einseitige Militärintervention genutzt, die im Konflikt mit Artikel 2 (4) der Charta der Vereinten Nationen und einer zwingenden Völkerrechtsnorm über das Verbot der Gewaltanwendung steht.
6. Die europäische Integration und Zusammenarbeit haben insbesondere in folgenden Bereichen zur freiwilligen Übertragung bestimmter Aspekte der nationalen Souveränität geführt:
 - 6.1. Die Rechte und Freiheiten des Einzelnen werden durch den Überwachungsmechanismus der Europäischen Menschenrechtskonvention (SEV Nr. 5) geschützt; die Vertragsstaaten der Konvention haben die Verpflichtung übernommen, die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen, wobei Überlegungen zur nationalen Souveränität nachrangige Bedeutung zukommt;
 - 6.2. die europäische Integration, insbesondere die Einführung des Euro als offizielle Währung des Euroraums, hat die Übertragung an die Europäische Union einer Reihe von Sektoren zur Folge gehabt, die traditionell unter nationaler Souveränität standen, insbesondere bei den Wirtschafts- und Währungspolitiken, und beeinflusst in wachsendem Maße steuer- und sozialpolitische Entscheidungen. Die zunehmende wirtschaftliche Integration wirkt sich selbst auf Länder ähnlich aus, die keine Mitglieder des Euroraums oder der Europäischen Union sind.
7. Die Versammlung ist deshalb der Auffassung, dass, auch wenn das internationale Recht einen Anspruch nationaler oder ethnischer Minderheiten oder in einigen Fällen sogar nationaler Mehrheiten auf Selbstbestimmung anerkennen würde, sich daraus kein automatisches Sezessionsrecht ergäbe. Das Selbstbestimmungsrecht

⁵ Versammlungsdebatte am 4. Oktober 2011 (31. Sitzung) (siehe Dok. 12689, Bericht des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatterin: Frau Schuster). Von der Versammlung am 4. Oktober 2011 (31. Sitzung) verabschiedeter Text.

sollte in erster Linie durch den Schutz von Minderheitenrechten verwirklicht werden, wie er in der Rahmenkonvention des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten (SEV Nr. 157) und in Entschließung 1334 (2003) der Versammlung betr. positive Erfahrungen autonomer Regionen als Quelle der Inspiration für die Konfliktlösung in Europa sowie in anderen relevanten Instrumenten des Völkerrechts vorgesehen ist.

8. Deshalb ergreift die Versammlung folgende Schritte:

8.1 sie bekräftigt ihre Bitte an die Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, die Unterzeichnung, Ratifizierung und Umsetzung der Rahmenkonvention möglichst bald nachzuholen und die in Entschließung 1334 (2003) dargelegten grundlegenden Prinzipien so bald wie möglich zu achten;

8.2. sie wird fortfahren, den Ursprung und die Tendenzen der Selbstbestimmungsbewegungen zu analysieren, indem sie die ausgeprägtesten Faktoren, insbesondere Fälle wachsender Spannungen unter Minderheiten und ethnischen Gruppen angeht, und sie wird die nationalen Parlamente weiterhin dabei unterstützen, diese Forderungen nach Selbstbestimmung durch Dialog und Versöhnung anzugehen, um die Anwendung von Gewalt und Abspaltung zu verhindern;

8.3. sie bittet alle Mitgliedstaaten, von einer Anerkennung oder jeglichen Unterstützung der De-facto-Behörden in auf eine unrechtmäßige Sezession zurückgehenden Gebieten abzusehen, insbesondere wenn diese durch ausländische Militärinterventionen unterstützt wurde;

8.4. sie stellt fest, dass Konflikte ausschließlich mit friedlichen Mitteln auf der Grundlage des Völkerrechts gelöst werden sollten;

8.5. sie schlägt vor, die Kriterien für Staatlichkeit, auch die für das Entstehen neuer Staaten durch rechtmäßige Sezession, sowie die Modalitäten des Schutzes der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität der Staaten im Rahmen einer Folgekonferenz der Internationalen Kommission zu Intervention und Staatsouveränität gründlich untersuchen zu lassen.

Entschließung 1833 (2011)⁶

betr. die Aktivitäten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2010-2011

1. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates kommt jährlich in einem erweiterten Forum mit den Delegationen der außereuropäischen Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dem Europäischen Parlament zusammen, um die Aktivitäten der OECD zu erörtern. Die Erweiterte Parlamentarische Versammlung hat die Aktivitäten der OECD in den Jahren 2010-2011 vor dem Hintergrund des jüngsten Jahresberichts der OECD, des vom Ausschuss für Wirtschaft und Entwicklung der Versammlung vorgelegten Berichts und der Beiträge weiterer Ausschüsse der Versammlung für Gesundheit und Soziales, Umwelt, Landwirtschaft, Wanderbewegungen, Bildung und Wissenschaft überprüft.

Die OECD im 50. Jahr ihres Bestehens

2. Die Erweiterte Versammlung begrüßt den 50. Jahrestag der Gründung der OECD. In den letzten fünfzig Jahren hat die OECD ein einzigartiges Forum geschaffen, in dem die Regierungen zusammenkommen können, um politische Erfahrungen auszutauschen, bewährte Verfahren zu ermitteln, Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden und bei der Bewältigung globaler Herausforderungen zusammenzuarbeiten. Der 50. Jahrestag ereignet sich für die OECD zu einem sehr bedeutsamen Zeitpunkt - und für die Weltwirtschaft in einer merkwürdig turbulenten Phase -, an dem die Organisation ihre Kernmitgliedschaft und ihre allgemeine Zielgruppe erweitert und neue Strategien für die Schaffung eines stabilen langfristigen Wachstums in einer immer komplexer und immer stärker miteinander verwobenen Welt entwickelt. In diesem Zusammenhang begrüßt die Erweiterte Versammlung auch den wertvollen Beitrag der OECD zu der sich entwickelnden globalen Architektur einschließlich der G20. Die aktive Beteiligung der OECE an der Arbeit der G20-Staaten, von denen einige nicht

⁶ Versamlungsdebatte am 5. Oktober 2011 (32. Sitzung) (siehe Dok. 12683, Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung, Berichterstatterin: Frau Vesaite; Dok. 12731, Beitrag des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familien, Sprecherin: Frau Karamanli; Dok. 12729, Beitrag des Ausschusses für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen, Sprecherin: Frau Osborne; Dok. 12739, Beitrag des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Bildung, Sprecher: Herr Falzon; sowie Dok. 12745, Beitrag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und kommunale und regionale Angelegenheiten; Sprecher: Herr Papadimoulis). Von der Versammlung am 5. Oktober 2011 (32. Sitzung) verabschiedeter Text.

Mitglieder der OECD sind, unterstreicht den Wandel ihrer Rolle und ihre zunehmend globale Dimension. Die Erweiterte Versammlung fordert die OECD auf, die internationale Zusammenarbeit auszubauen, um sich mit den Bretton-Woods-Institutionen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank) sowie der Welthandelsorganisation (WTO) und der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) mit den gemeinsamen Anliegen zu befassen. Die Erweiterte Versammlung begrüßt das Vision Statement der OECD aus Anlass ihres 50. Jahrestags, das ihre erneuerte Identität, Orientierung und Aktivitäten darlegt.

3. Die Erweiterte Versammlung begrüßt den fortgesetzten Erweiterungsprozess der OECD, der sich im Beitritt von vier neuen Mitgliedern im vergangenen Jahr widerspiegelte: Chile, Slowenien, Israel und Estland. Sie begrüßt ebenfalls die im Hinblick auf die Vollmitgliedschaft der Russischen Föderation erzielten Fortschritte sowie das verstärkte Engagement im Hinblick auf Brasilien, China, Indien, Indonesien und Südafrika und die Bemühungen der Organisation, variable und flexible Beziehungen mit bestimmten Ländern und Institutionen zu pflegen, um ein globales politisches Netz aufzubauen. Die Erweiterte Versammlung bekräftigt ihre Auffassung, dass die uneingeschränkte Achtung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit einschließlich des Völkerrechts ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung sein sollte, ob ein Bewerberland zum Beitritt aufgefordert werden sollte.

4. Die Erweiterte Versammlung begrüßt die Auffassung der OECD in Bezug auf ihre Beziehung zu den Parlamentariern als einen entscheidenden Bestandteil ihrer Aufgabe, den politischen Entscheidungsträgern bei der Umsetzung von Reformen zu helfen. Sie nimmt zur Kenntnis, dass die OECD die Breite und Tiefe ihrer parlamentarischen Kontakte ausweitet, so dass diese nicht nur die langjährigen Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Parlamentarischen Versammlung der NATO umfassen, sondern auch eine strategische Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament und den parlamentarischen Seminaren der OECD auf hochrangiger Ebene, die zweimal pro Jahr stattfinden. Sie unterstützt auch die Anstrengungen zur Sondierung der Entwicklung eines parlamentarischen Netzwerks der OECD, das die parlamentarische Beteiligung an der Arbeit der OECD verbessern könnte.

Die Weltwirtschaft

5. Die Erweiterte Versammlung begrüßt die Einschätzung der OECD, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2010 weltweit um 4,6 % gestiegen ist und sich das Wachstum Prognosen zufolge 2011 um 4,2 % und 2012 um 4,6 % fortsetzen wird. Das weltweite Handelsvolumen hat nunmehr seinen vor der Rezession erreichten Höchststand überschritten und wird in diesem Jahr und im nächsten Jahr voraussichtlich um über 8 % wachsen. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass diese Dynamik in überwiegendem Maße von den größeren Volkswirtschaften der Länder, die nicht der OECD angehören, und vor allem von China, Indien und Brasilien vorangetrieben wird. Die wirtschaftliche Erholung scheint in den wichtigsten Industrieländern beinahe zu einem Stillstand gekommen zu sein, und das sinkende Vertrauen der Haushalte und Unternehmen wirkt sich sowohl auf den Welthandel als auch die Beschäftigung aus. Somit setzen sich die weltweiten Verschiebungen in Bezug auf Wachstum, Wohlstand und Einflussmöglichkeiten fort, da eine gravierende Folge der Krise war, dass das Gewicht der großen Industrieländer in der Weltwirtschaft noch schneller zurückgegangen ist.

6. Die Erweiterte Versammlung ist besorgt darüber, dass die Erholung in den meisten Volkswirtschaften der OECD-Länder mit einer Vielzahl von Unwägbarkeiten und Risiken einhergeht. Diese Risiken beinhalten unter anderem Bedenken über die nachhaltige Staatsverschuldung in einigen OECD-Ländern sowie die fortwährend angespannte Finanzlage in der Eurozone, in der das Problem der Staatsverschuldung nach wie vor gravierend ist. Auch sind diese Gefahren für die Konjunkturaussichten auf steigende Rohstoffpreise, eine mögliche Überhitzung der Wirtschaft in den Schwellenländern mit steigenden Immobilienpreisen und den Höchststand des Umfangs an Konsumentenkrediten und Bankengewinnen zurückzuführen. Die Erweiterte Versammlung ist sich bewusst, dass die Weltwirtschaft keineswegs zum Tagesgeschäft übergeht. Nach einer beispiellosen Krise muss nun eine große Herausforderung bewältigt werden, um stabiles, gesundes und faires weltweites Wachstum herzustellen.

7. Die Erweiterte Versammlung stellt mit Besorgnis fest, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise in vielen Mitgliedstaaten des Europarates und in anderen OECD-Mitgliedstaaten das schwere Erbe eines bescheidenen Wachstums, schwacher öffentlicher Finanzen und dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit hinterlassen hat. Neue Wirtschaftsstrategien sind vonnöten, um die aus dieser misslichen Lage resultierenden Probleme zu bekämpfen. Hohe Arbeitslosigkeit darf nicht als "neue Normalität" hingenommen werden. Die Erweiterte Versammlung betrachtet die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sogar als eine der zentralen Herausforderungen, denen sich die Volkswirtschaften der OECD-Länder heute gegenübersehen.

8. Die Erweiterte Versammlung stellt fest, dass die Wirtschaftskrise - und die Nahrungsmittelkrise - alle Menschen betreffen, dass ihre Auswirkungen auf die Armen jedoch besonders stark sind. Zwar war einerseits die Volatilität der Rohstoffpreise, insbesondere für Energien und Metalle, durchgängiges Merkmal des jüngsten weltweiten Wirtschaftswachstums, andererseits ist aber die ausgeprägte Instabilität der Preise für Nahrungsmittel – insbesondere grundlegende Nahrungsmittel – in den letzten Jahren zu einer immer wichtigeren Frage für die meisten fragilen Volkswirtschaften geworden. Die Erweiterte Versammlung teilt die Ansicht der OECD, dass die beste Art und Weise, dies zu verhindern, in besserer Planung, stärkerem Informationsfluss über verfügbare Bestände, der Beseitigung von Beschränkungen und in der Einführung zeitnaher und effektiver Hilfsprogramme liegt, um eine gewisse Stabilität zu erhalten und den Missbrauch des Rohstoffhandelssystems durch Spekulanten zum Schaden der am stärksten benachteiligten Verbraucher der Welt zu verhindern.

9. Die Erweiterte Versammlung ist überzeugt, dass die wichtigste Herausforderung derzeit darin besteht, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen politischen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und Maßnahmen zur Unterstützung einer beschäftigungsintensiven Erholung mit menschenwürdiger Arbeit und angemessenem Lebensstandard zu finden. Die Erweiterte Versammlung fordert daher die OECD auf, ihre Arbeit fortzusetzen und geeignete politische Ratschläge zu entwickeln, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Verfestigung einer hohen Dauerarbeitslosigkeit zu vermeiden. Die größte Gefahr für unsere Volkswirtschaften ist eine fortwährende Phase des geringen Wachstums bzw. der fortlaufenden Stagnation, was langfristige negative strukturelle Folgen nach sich zieht. Die Erweiterte Versammlung fordert daher die OECD auf, im Zusammenhang mit ihren Vorschlägen für zukünftige politische Optionen in diesem sehr wichtigen Bereich kreativer und aktiver vorzugehen.

10. Die Erweiterte Versammlung ist der Auffassung, dass ein wichtiger Punkt im Zusammenhang mit dem notwendigen "Paradigmenwechsel" die Bekämpfung des Ungleichgewichts ist. Auch vor der Finanzkrise gab es bereits gesellschaftliche Ungleichgewichte, aber dies hat sich infolge der Rezession verschärft. Darunter fallen Diskriminierung, Einkommensunterschiede und ein unausgewogenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern. Die Löhne als Teil der weltweiten Produktion sind auf den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten gefallen, während die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch ist, was das Wiedererstarken der Verbrauchernachfrage möglicherweise gefährdet. Wachsende gesellschaftliche Ungleichgewichte sind ein erhebliches Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung. Darüber hinaus sollten langfristig gesehen Maßnahmen zur Sicherung von Wirtschaftswachstum und Stabilität und Maßnahmen zum Schutz und zur Begleitung der am meisten gefährdeten Gruppen nicht im Widerspruch zueinander stehen. Sparpakete, die Ungleichgewichte verschärfen, verlagern die Probleme lediglich in die Zukunft und sorgen in manchen Bereichen sogar dafür, dass deren Lösung zu einem späteren Zeitpunkt noch teurer wird. Die Erweiterte Versammlung fordert die OECD auf, politische Gegenmaßnahmen zur direkten Bekämpfung dieser gesellschaftlichen Probleme zu entwickeln und somit zur Wiederherstellung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Regierungen nach der Krise beizutragen.

11. Nach Ansicht der Erweiterten Versammlung ist es daher entscheidend, die verschiedenen politischen Instrumente der OECD, die die Folgen der Krise in verschiedenen Bereichen bewältigen sollen, vor allem die Maßnahmen zur Verbesserung der Steuertransparenz und die Notwendigkeit des Abgleichs der Regulierung des Finanzsektors und der Anreize, in die Praxis umzusetzen, um eine effektivere Kontrolle und ein effektiveres Risikomanagement sowie eine bessere Unternehmensführung zu ermöglichen. Sie ruft die OECD daher dazu auf, die Möglichkeiten für die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer zu prüfen. Die Erweiterte Versammlung ist der Auffassung, dass die internationale Zusammenarbeit besonders wichtig ist, um weltweit einen stärkeren und einheitlicheren Überwachungs- und Regulierungsrahmen für den Finanzsektor zu schaffen, der der Realwirtschaft dient, nachhaltige Unternehmen und ehrliche Arbeit fördert und Ersparnisse und Renten besser schützt. Die Verhütung zukünftiger Krisen erfordert schärfere Gesetze für die Geschäfte der Finanzinstitutionen und die Regulierung der Finanzmärkte und Kapitalströme, um deren Transparenz und Effektivität zu erhöhen. Dies sollte auch für die Rating-Agenturen gelten, bei denen gravierende Interessenskonflikte zutage getreten sind.

12. Die Erweiterte Versammlung stellt mit Besorgnis fest, dass sich neuen OECD-Schätzungen zufolge globale Ungleichgewichte in naher Zukunft voraussichtlich verschärfen werden. Sie fordert daher die Regierungen auf, das Problem wirtschaftlicher Ungleichgewichte und struktureller Einschränkungen, die in der Krise deutlich wurden, durch koordinierte Reformen der nationalen Politik zu bekämpfen. Diese Ungleichgewichte sowohl beim Handel als auch im Finanzbereich bergen die Gefahr einer protektionistischen Reaktion, was für die Konjunkturbelebung verheerende Konsequenzen hätte. Diese politische Herausforderung, die impliziert, nicht etwa globale Ungleichgewichte abzuschaffen, sondern sie auf einem Niveau zu halten, das sowohl nachhal-

tig als auch für eine effiziente Ressourcenzuweisung auf der Welt förderlich ist, erfordert eine gemeinsame Reaktion. Die Erweiterte Versammlung ist der Auffassung, dass die OECD eine wichtige Rolle bei der Erarbeitung politischer Ratschläge für die erfolgreiche Bewältigung und Eindämmung globaler wirtschaftlicher Ungleichgewichte spielen könnte.

13. Die Erweiterte Versammlung begrüßt die Schlussfolgerungen der Sitzung des OECD-Rates am 25. und 26. Mai 2011 einschließlich der aktualisierten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die den Geltungsbereich dieses führenden internationalen Instruments für Unternehmensverantwortung in den Bereichen Menschenrechte und Lieferketten ausdehnten und seine einzigartigen Umsetzungsverfahren erheblich verstärkten. Die Schlussfolgerungen der OECD sind für alle offenen Marktwirtschaften wichtig und stellen die Umsetzung von Strukturreformen, die Haushaltskonsolidierung und die Notwendigkeit ihres verstärkten Eintretens für die Grundsätze des Anstands, der Integrität und der Transparenz in den Vordergrund. Diese politischen Maßnahmen und Strategien sind entscheidend, um dafür zu sorgen, dass sich der Konjunkturaufschwung verfestigt und in ein ökologisch nachhaltiges und sozial ausgewogenes Wachstum mündet.

14. Die Erweiterte Versammlung begrüßt die innovativen politischen Maßnahmen der OECD und die Strategie für ein grünes Wachstum, die im Rahmen einer Sitzung des OECD-Rates im Mai 2011 eingeführt wurde. Sie ist überzeugt, dass die Instrumente und Indikatoren für ein grünes Wachstum zur Ausweitung des Wirtschaftswachstums und Schaffung von Arbeitsplätzen durch die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, eine effizientere Energienutzung und die angemessene Evaluierung von Ökosystemdienstleistungen beitragen können. Eine Umkehr in Richtung eines grünen Wachstums ist auch entscheidend für die Verhütung der weiteren Zerstörung des natürlichen Kapitals, z.B. der zunehmenden Knappheit an Wasser und anderen Ressourcen, größerer Umweltverschmutzung, des Klimawandels und des Verlusts der Artenvielfalt, die allesamt einem stabilen zukünftigen Wachstum entgegenstehen. Die Erweiterte Versammlung fordert die OECD auf, ihre politischen Ratschläge an die Länder, "sozial zu werden", weiterzuentwickeln und ihnen auch die Instrumente zur Verfügung zu stellen, die die wirtschaftlichen Chancen von Frauen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Unternehmertum erhöhen. Die Erweiterte Versammlung teilt die Auffassung, dass Innovation, unterstützt durch strenge Regelungen für die Rechte des geistigen Eigentums, von entscheidender Bedeutung für die Fähigkeit der Länder ist, Wirtschaftswachstum zu erzielen, grüne Arbeitsplätze zu schaffen und die Umwelt zu schützen.

15. Die Erweiterte Versammlung würdigt insbesondere die Anstrengungen der OECD zur Förderung des grünen Wachstums durch ihre Grüne Wachstumsstrategie, die gezielt darauf ausgerichtet ist, auf dem schnell wachsenden Interesse des Privatsektors an einer Entwicklung mit geringen CO₂-Emissionen und erneuerbaren Energien aufzubauen. Die OECD ist der Ansicht, dass durch die gemeinsame Beurteilung der Wirtschafts- und Umweltpolitiken eine praktische und wirksame Plattform mit dem Ziel, eine Wirtschaft mit niedrigen CO₂-Emissionen zu erreichen, die mit Wachstum vereinbar ist. Gleichzeitig erinnert die Erweiterte Versammlung daran, dass derartige Initiativen zur Einhaltung und weiteren Verpflichtung der Staaten im Hinblick auf die internationalen Umweltauflagen beitragen sollten.

16. Die Erweiterte Versammlung begrüßt darüber hinaus die Entwicklung eines neuen interaktiven Tools namens "Better Life Index" seitens der OECD, das einen Maßstab für das Wohlergehen in den OECD-Ländern vorgeben soll und einen vergleichenden Leitfaden dafür bietet, wie gut die Länder in den elf Kriterien abschneiden (z.B. Bildung, Wohnung, Einkommen, Sicherheit und Gesundheit), die von der OECD als für die Lebensqualität entscheidend betrachtet werden. Der Better Life Index stellt in der Tat das notwendige Wechselspiel zwischen diesen verschiedenen Schlüsselfaktoren unter Beweis, die gemeinsam nachhaltigere Gesellschaften schaffen. Die Erweiterte Versammlung hofft, dass die OECD ihre Arbeit für eine bessere Messung des Wohlergehens der Gesellschaft fortsetzt und dass das neue Instrument dazu beiträgt, bei der Gestaltung wirtschaftspolitischer Maßnahmen ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen sowie Umweltfragen durch die von der OECD entwickelten Instrumente zur Erzielung Grünen Wachstums („Tools for Delivering on Green Growth“) einzubeziehen.

Internationale Entwicklung

17. Die Erweiterte Versammlung ist besorgt, dass die Weltbevölkerung 2011 zum ersten Mal in ihrer Geschichte die 7-Milliarden-Grenze übersteigen wird. Ein ungezügelter Bevölkerungsanstieg in vielen Entwicklungsländern wird die Gewinne der wirtschaftlichen Entwicklung wahrscheinlich zunichte machen. Die Erweiterte Versammlung ruft daher die Geberländer auf, sehr viel stärker in Familienplanungspolitiken zu investieren; andernfalls wird ein Großteil der in den letzten Jahrzehnten erzielten Fortschritte bei der Armutsbekämpfung, dem Klimawandel und der Konfliktverhütung im Afrika südlich der Sahara und in den Entwicklungsländern verlorengehen.

18. Die Erweiterte Versammlung begrüßt den neuen umfassenden Entwicklungsansatz in der gesamten OECD, der sich in einer neuen OECD-Entwicklungsstrategie, die derzeit erarbeitet wird, widerspiegeln wird. Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Entwicklungsmaßnahme im Jahr 2010 offiziell auf die G20-Agenda gesetzt wurde und auf dem Gipfel von Seoul ein „Entwicklungskonsens für gemeinsames Wachstum“ ("Development Consensus for Shared Growth") verabschiedet wurde. Die Erweiterte Versammlung begrüßt den wichtigen Beitrag, den die OECD zur Erarbeitung des Konsens von Seoul in sechs von neun Tätigkeitsbereichen, darunter die Förderung von robusteren und effektiveren Steuersystemen, Schritte zur Reduzierung der Korruption, bessere Arbeits- und Regulierungspraktiken und Verfahren zur Abschwächung der großen Schwankungen bei den Preisen für Grundnahrungsmittel geleistet hat.

19. Die Erweiterte Versammlung schließt sich in vollem Umfang den Schlussfolgerungen des OECD-Rates an, denen zufolge die OECD den Schwerpunkt ihrer Entwicklungsstrategie auf folgende Bereiche legen sollte: innovative und nachhaltige Wachstumsquellen, Mobilisierung inländischer Entwicklungsressourcen, unter anderem durch Förderung eines günstigen Investitionsklimas, gute Staatsführung und Bemessung des Entwicklungsfortschritts. Korruption, fehlende Transparenz und schlecht funktionierende Steuersysteme sind große Hindernisse für ein langfristiges Wachstum in vielen Entwicklungsländern. Daher ist das Steuer- und Entwicklungsprogramm der OECD, das Ländern bei der Entwicklung effektiverer Steuersysteme und Bekämpfung der Offshore-Steuerhinterziehung unterstützt, von großer Bedeutung. Die Erweiterte Versammlung hofft darüber hinaus, dass dieser neue Ansatz der OECD dazu beitragen kann, die Architektur der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu gestalten, die aus dem Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit im November 2011 in Busan, Südkorea hervorgehen sollte. Außerdem unterstreicht die Erweiterte Versammlung unter Berücksichtigung des Erweiterungsprozesses der OECD sowie ihres zunehmend weltweiten Schwerpunkts die Relevanz des internationalen Entwicklungsansatzes der OECD, der die Erfahrungen der Süd-Süd-Zusammenarbeit und der dreiseitigen Zusammenarbeit als Instrumente fördert, die einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele leisten.

20. In diesem Zusammenhang betont die Erweiterte Versammlung darüber hinaus die Notwendigkeit des erfolgreichen Abschlusses der Handelsverhandlungen im Rahmen der Doha-Runde, nicht zuletzt im Geiste der Solidarität mit den am wenigsten entwickelten Ländern. Sie bekräftigt die Bedeutung des multilateralen Handelssystems und die Tatsache, dass dieses starke, faire und auf Regeln beruhende System eine entscheidende Quelle für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Sie teilt die großen Bedenken der OECD in Bezug auf die Schwierigkeiten, vor denen die Verhandlungen über die Entwicklungsagenda von Doha stehen, und fordert alle Beteiligten auf, ihr Engagement zur Bekämpfung von wirtschaftlichem Nationalismus und Protektionismus zu verstärken, und sie bekräftigt erneut die 2001 von allen Mitgliedstaaten der WTO eingegangene Verpflichtung in dem Sinne, dass die Entwicklungsagenda von Doha anstrebt, eine gerechtere Teilung der vom multilateralen Handelssystem erzeugten Möglichkeiten und Wohlfahrtsgewinne unter allen Völkern und Ländern zu erzielen.

21. Die Erweiterte Versammlung nimmt ebenfalls die Bedeutung von Investitionen als einem wichtigen Motor zur Förderung der Handelsströme und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zur Kenntnis. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang die jüngste Aktualisierung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die ein neues Kapitel über Menschenrechte enthalten, und ermutigt die Organisation, die Leitsätze nicht nur in die OECD-Länder, sondern auch den Akteuren in den Volkswirtschaften von Staaten, die der OECD nicht angehören, zu senden.

Sozial- und Gesundheitspolitik

22. Die Erweiterte Versammlung bittet um ein stärkeres Engagement der OECD auf dem Gebiet der Sozialpolitik und ruft die OECD insbesondere dazu auf,

22.1. die positiven und negativen Auswirkungen einer Vermögensteuer als ein Mittel zur Förderung sozialer Gerechtigkeit zu untersuchen, um Ungleichheiten zu verringern und Effizienz und wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten, und der Einführung einer gerechten Besteuerung aller Gewinne mit dem Ziel einer gerechteren Verteilung des Wohlstands zum Gegenstand besondere Beachtung zu schenken;

22.2. den Mitgliedstaaten zu raten, ehrgeizige Politiken zur Armutsbekämpfung zu beschließen, insbesondere durch den Bau von Sozialwohnungen und den Zugang zu wesentlichen Gütern (Wasser, Energie etc.);

22.3. in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation alle Mitgliedstaaten in ihrem Bemühen zu unterstützen, eine kohärente Politik für Verhandlungen über Arbeitsfragen zu entwickeln,

unter Berücksichtigung der Tatsache, dass bessere Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für eine gerechtere Bezahlung derzeit von Tarifverhandlungsverfahren abhängen, an denen Arbeitgeber und Gewerkschaften, manchmal auf internationaler Ebene, beteiligt sind;

22.4. Gesundheitspolitiken zu fördern, die das Recht Aller auf eine angemessene Gesundheitsfürsorge von hoher Qualität zu vernünftigen Preisen für alle Bevölkerungsschichten sicherstellen;

22.5. alle Mitgliedstaaten aufzurufen, die sozialen Rechte insbesondere in Krisenzeiten zu wahren;

22.6. alle Mitgliedstaaten aufzurufen, den jungen Menschen Zugang zu Bildung, Ausbildung und Beschäftigung zu gewährleisten.

Umwelt und Landwirtschaft

23. Die Erweiterte Versammlung begrüßt die Zusammenarbeit zwischen ihrem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und kommunale und regionale Angelegenheiten und der OECD im Rahmen der Vorbereitung des 6. Weltwasserforums in Marseille im Jahre 2012 und freut sich auf die Teilnahme der OECD an der übergreifenden Konferenz über Klimawandel und Menschenrechte, die im Herbst 2012 beim Europarat veranstaltet wird.

24. Die Erweiterte Versammlung begrüßt die langjährige Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OECD, auch bei der Erforschung und Bewältigung der Herausforderungen der Finanzkrise für die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften. Sie stellt mit Befriedigung fest, dass der Generalsekretär der OECD, Angel Gurría, eingeladen wurde, eine aktive Rolle bei der 17. Tagung des Europarates der Konferenz der europäischen Minister für kommunale und regionale Gebietskörperschaften, die vom 3. bis 5. November 2011 in Kiew, Ukraine, stattfinden wird, zu übernehmen.

Migration und Bevölkerung

25. Die Erweiterte Versammlung bringt ihre Besorgnis angesichts der Auswirkungen der fortdauernden Wirtschafts- und Beschäftigungskrise auf die internationale Migration zum Ausdruck. Sie begrüßt die laufende Analyse der OECD über die sowohl kurz- als auch langfristigen Auswirkungen der Wirtschaftslage auf die Herkunfts- und Zielländer sowie die Tatsache, dass sie die Regierungen im Hinblick auf spezielle politische Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderung berät. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang insbesondere die jüngste Veröffentlichung des International Migration Outlook (Internationaler Migrationsausblick) 2011.

26. Die Erweiterte Versammlung erkennt an, dass Europa ein Einwanderungskontinent ist – und es ist in seinem Interesse, ein solcher zu sein. Es sollte sorgfältig sichergestellt werden, dass die Verschärfung der Grenzkontrollen und die Verweigerung von Möglichkeiten für die legale Einreise oder Familienzusammenführung nicht die irreguläre Migration und die öffentlichen Ressentiments gegenüber Ausländern verstärken. Dies könnte zu Fremdenfeindlichkeit führen und die Saat für soziale Konflikte sowie Spannungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen legen.

27. Die Erweiterte Versammlung ist überzeugt, dass die derzeitige Wirtschaftskrise zu einer guten Chance für die Schaffung von Grundlagen für nachhaltiges Management der menschlichen Mobilität in der Zukunft werden könnte. Die derzeitigen potenziellen Gefahren könnten durch rechtzeitige präventive Maßnahmen minimiert werden. Sie ruft die Mitgliedstaaten daher auf, flexible Einwanderungspolitiken zu beschließen, die den derzeitigen und den antizipierten Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechen, populistische, inlandsbezogene Politiken zu vermeiden und proaktive Arbeitsmarktmaßnahmen, insbesondere durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, einzuführen.

Bildung und Wissenschaft

28. Die Erweiterte Versammlung nimmt mit Interesse die neuen Ergebnisse der jüngsten Pisa-Studien (Programm für Internationale Schulleistungsstudien) zur Kenntnis, insbesondere die Analyse der positiven Reaktionen benachteiligter Studenten, wenn diese dazu ermutigt wurden, sich an PISA-Tests und -Training zu beteiligen, sowie die Angaben, die zeigten, dass die Wiederholung von Klassen und die Versetzung schwacher Schüler häufig negative Auswirkungen auf das gesamte Bildungsniveau hat.

29. Die Erweiterte Versammlung begrüßt die neue Fähigkeitsstrategie, die im Mai 2011 auf der Tagung auf Ministerebene der OECD verabschiedet wurde und die die Notwendigkeit betont, ein lebenslanges Lernen als Voraussetzung für lebenslange Beschäftigungsfähigkeit zu fördern. Sie teilt auch die allgemeine Richtung des OECD-Ansatzes für ein „Lernen im 21. Jahrhundert“ und betont die wachsende Notwendigkeit kreativer und kritischer Ansätze für Problemlösungen und Entscheidungsfindung, für neue Arbeitsformen, einschließlich Kommunikation und Kooperation, sowie neue Instrumente, wie z.B. die Fähigkeit, das Potenzial neuer Technologien zu nutzen oder ihre Gefahren abzuwenden. Die Erweiterte Versammlung stimmt völlig überein, dass es

notwendig ist, mehr Anreize für disziplinübergreifende Bildung zu bieten und die Fähigkeit und die Motivation zu entwickeln, Wissen zu bestimmen, zu verstehen, zu interpretieren, zu schaffen und zu kommunizieren.

30. Angesichts der gemeinsamen und koordinierten Erstellung der OECD-Richtlinien über Datenschutz und grenzüberschreitende Ströme personenbezogener Daten sowie des Übereinkommens des Europarates zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (SEV Nr. 108) ersucht die Erweiterte Versammlung beide Organisationen, ihre enge Zusammenarbeit fortzusetzen, um die Kohärenz und Konvergenz der jeweiligen Rahmen beizubehalten. Die OECD wird insbesondere gebeten, zur Beteiligung ihrer nichteuropäischen Mitgliedstaaten an der Modernisierung des Übereinkommens Nr. 108 aufzurufen und den Beitritt zu diesem Rechtsinstrument zu fördern. Die Erweiterte Versammlung ruft auch zur weiteren gemeinsamen Entwicklung des Weltweiten Netzwerks zur Durchsetzung der Privatsphäre auf.

Entschließung 1834 (2011)⁷

betr. die Bekämpfung von "Darstellungen von Kindesmissbrauch" mithilfe entschlossener, bereichsübergreifender und international abgestimmter Maßnahmen

1. Bei "Darstellungen von Kindesmissbrauch" bzw. "Kinderpornografie" handelt es sich nicht nur um Bilder. Beide Begriffe beziehen sich auf eine Reihe von Straftaten, die von der Kontaktabbahnung, der Korruption oder dem Handel mit Kindern (unter 18 Jahren) für sexuelle Zwecke bis zur Verbreitung, Sammlung und Betrachtung von Bildern des begangenen Missbrauchs über verschiedene Formen des sexuellen Missbrauchs von Kindern reicht, der manchmal sogar zu ihrem Tod führt.

2. Die Parlamentarische Versammlung ist äußerst beunruhigt über die hohe Zahl dieser Straftaten in unserer Gesellschaft und die Art und Weise, in der diese durch das Internet und andere Informations- und Kommunikationstechnologien gefördert werden, was in Bezug auf Darstellungen von Kindesmissbrauch ihre "dunkle Seite" enthüllt. Sie erinnert daran, dass es aufgrund der Anonymität des Internet äußerst schwierig ist, Straftäter zu entdecken und wirksam zu verfolgen und Opfer zu identifizieren und ihnen zu helfen. Die Versammlung fordert daher entschlossene, bereichsübergreifende und international abgestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung aller Arten von Straftaten, die im Zusammenhang mit der Darstellung von Kindesmissbrauch stehen.

3. Ungeachtet der Tatsache, dass die meisten Darstellungen in einer "virtuellen Welt" zu finden sind, darf man niemals vergessen, dass hinter jeder Darstellung von Kindesmissbrauch mindestens ein Kind steht, das im wirklichen Leben sexuell missbraucht wurde.

4. Darstellungen von Kindesmissbrauch sind möglicherweise nicht nur das Resultat und die Verbildlichung von Missbrauch, sondern können auch zu weiteren Straftaten verführen und damit zum "Multiplikator" des sexuellen Missbrauchs und der Ausbeutung von Kindern werden. Daher sollte bereits das "einfache" Betrachten der Darstellung von Kindesmissbrauch in allen Mitgliedstaaten des Europarates kriminalisiert werden.

5. Das Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Übereinkommen, SEV Nr. 201) verkörpert gemeinsam mit dem Übereinkommen über Computerkriminalität (Budapester Übereinkommen, SEV Nr. 185) zurzeit die vollständigsten und am weitesten fortgeschrittenen Normen in diesem Bereich. Diese Übereinkommen werden in Bälde von der Richtlinie der Europäischen Union über die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornografie ergänzt, die bis Ende 2011 vom Europäischen Parlament und vom Rat verabschiedet werden soll. Diese Texte bilden eine stabile rechtliche Grundlage, müssen aber um bestimmte Aspekte verstärkt werden, zum Beispiel die Kriminalisierung des vorsätzlichen Betrachtens von Darstellungen von Kindesmissbrauch (soweit es das Lanzarote-Übereinkommen betrifft) und die Verpflichtung zur Sperrung von Internetseiten, wenn deren Entfernung nicht möglich ist, was zum Leidwesen der Parlamentarischen Versammlung nicht in den Richtlinienentwurf der Europäischen Union eingeflossen ist.

6. Viele Mitgliedstaaten haben sich dieses Themas angenommen und zu diesem Zweck harte Gesetze und politische Maßnahmen entwickelt. Ein verstärkter europaweiter Austausch von Informationen und bewährten Verfahren sollte daher eine effizientere Bekämpfung der Darstellung von Kindesmissbrauch ermöglichen. Um die Komplexität des Themas angemessen abzubilden, sollten die Begriffe der "Darstellung von Kindesmiss-

⁷ Versammlungsdebatte am 5. Oktober 2011 (32. und 33. Sitzung) (siehe Dok. 12720, Bericht des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie, Berichterstatter: Herr Conde Bajén). Von der Versammlung am 5. Oktober 2011 (33. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1980 (2011).

brauch" oder "Kindesmissbrauchsmaterial" langfristig den Begriff "Kinderpornografie" in allen Rechtstexten und politischen Debatten ablösen.

7. Vor dem Hintergrund der erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft sollte das Engagement der Internet-Dienstleister und des Finanzsektors zukünftig weiter gefördert werden, und alle Unternehmen sollten angehalten werden, sich einer "Selbstregulierung" zu unterziehen und illegale Inhalte im Internet systematisch den Behörden zu melden.

8. Die Versammlung fordert daher die Mitgliedstaaten des Europarates auf,

8.1. im Hinblick auf das Lanzarote-Übereinkommen und das Budapest Übereinkommen

8.1.1. sofern noch nicht geschehen, diese Übereinkommen schnellstmöglich zu unterzeichnen und zu ratifizieren und sie - dies gilt für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union - im Hinblick auf die bevorstehende Richtlinie der Europäischen Union auf koordinierte Weise umzusetzen;

8.1.2. ihre jeweiligen nationalen Gesetze zu stärken und dabei insbesondere eine stabile gesetzliche Grundlage für das Eingreifen der Strafverfolgungsbehörden unter Beachtung von Verfahren, die transparent sind und demokratische Grundsätze und die Menschenrechte in vollem Umfang achten, zu schaffen;

8.1.3. die Stärkung des Lanzarote-Übereinkommens mithilfe eines Zusatzprotokolls zu stärken, das Straftaten im Zusammenhang mit der Darstellung von Kindesmissbrauch detaillierter erfasst;

8.2. im Hinblick auf die zu treffenden politischen Maßnahmen

8.2.1. umfassende nationale politische Maßnahmen zu entwickeln, die das Problem von allen Seiten bekämpfen, und dabei einem Ansatz zu folgen, der das Opfer in den Mittelpunkt stellt und Opfer und Täter schnellstmöglich identifizieren, den Missbrauch beenden und den Opfern helfen soll. Dies beinhaltet auch kinderfreundliche Justizsysteme, die entsprechend dem im November 2010 verabschiedeten Leitfaden des Europarates für eine kinderfreundliche Justiz entwickelt werden;

8.2.2. wirksame Mechanismen zur Unterbrechung der kommerziellen und nicht kommerziellen Weiterleitung von Darstellungen von Kindesmissbrauch zu schaffen und dabei der raschen Entfernung illegaler Inhalte soweit möglich Vorrang zu geben und die Sperrung von Internetseiten gegebenenfalls als ergänzende Maßnahme zu berücksichtigen;

8.2.3. den Dialog mit der Privatwirtschaft zu entwickeln, sodass diese ihrer Verantwortung für die unverzügliche Meldung festgestellter Darstellungen von Kindesmissbrauch und die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden gerecht werden;

8.2.4. den systematischeren Informationsaustausch auf europäischer und internationaler Ebene einerseits und weitere wissenschaftliche Untersuchungen über Darstellungen von Kindesmissbrauch und damit zusammenhängenden Straftaten andererseits zu unterstützen;

8.3. im Hinblick auf die allgemeinen Kenntnisse über das Thema der Darstellung von Kindesmissbrauch und damit zusammenhängenden Straftaten

8.3.1. den allgemeinen Dialog zu stärken und dabei einen Ansatz zu verfolgen, der alle Akteure einbezieht, d.h. Behörden, Strafverfolgungsbehörden, zivilgesellschaftliche Organisationen, Bildungseinrichtungen und einzelne Familien und Kinder, darunter auch Opfer von früheren Straftaten;

8.3.2. Kindern und Heranwachsenden zu ermöglichen, sich, soweit möglich, selbst zu schützen, ihre Kenntnisse über die Medien auszubauen und die Gesellschaft insgesamt über die Auswirkungen und Gefahren einer zunehmenden "Sexualisierung" von Kindern in den Medien aufzuklären;

8.3.3. die "EINS von FÜNF"-Kampagne des Europarates zur Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Kinder (2010-2014) zu unterstützen und dabei aktiv Beiträge zu ihren europäischen Aktivitäten zu leisten (darunter die finanzielle Unterstützung ihrer parlamentarischen Dimension) und nationale Kampagneaktivitäten oder direkte Verbindungen zu vorhandenen nationalen politischen Maßnahmen unter anderem auf parlamentarischer, kommunaler und regionaler Ebene zu entwickeln.

Empfehlung 1980 (2011)⁸**betr. die Bekämpfung von "Darstellungen von Kindesmissbrauch" mithilfe entschlossener, bereichsübergreifender und international abgestimmter Maßnahmen**

1. Unter Hinweis auf ihre Entschließung 1834 (2011) über die Bekämpfung der "Darstellung von Kindesmissbrauch" mithilfe entschlossener, bereichsübergreifender und international abgestimmter Maßnahmen empfiehlt die Parlamentarische Versammlung dem Europarat, eine entschlossene Haltung bezüglich der Maßnahmen zur Bekämpfung der Darstellung von Kindesmissbrauch einzunehmen. Das Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Übereinkommen, SEV Nr. 201) verkörpert neben dem Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie, das Übereinkommen des Europarates über Computerkriminalität (Budapester Übereinkommen, SEV Nr. 185) und das Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels (SEV Nr. 197) die vollständigsten und am weitesten fortgeschrittenen Normen in diesem Bereich.
2. Die Artikel des Lanzarote-Übereinkommens betreffend "Kinderpornografie" sollten indessen im Hinblick auf die ganze Bandbreite an Straftaten im Zusammenhang mit der Darstellung von Kindesmissbrauch, darunter deren Herstellung, Verbreitung, Sammlung und Betrachtung, erweitert werden. Die Tatsache, dass Artikel 20, Absatz 1.f, des Übereinkommens den Mitgliedstaaten eine Ausstiegsmöglichkeit bietet, die ihnen erlaubt, das "vorsätzliche Verschaffen eines Zugangs zu Kinderpornografie mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien" nicht zu kriminalisieren, ist für die Parlamentarische Versammlung nicht hinnehmbar. Die Bestimmungen in Bezug auf die rechtlichen und politischen Maßnahmen, die zur wirksamen Bekämpfung von Darstellungen von Kindesmissbrauch und damit zusammenhängenden Straftaten erforderlich sind, sollten weiterentwickelt werden. Diese Bestimmungen sollten die Verpflichtung beinhalten, Internetseiten mit illegalem Inhalt zu sperren, wenn deren rasche Entfernung nicht möglich ist.
3. Auf nationaler Ebene sollten das Lanzarote-Übereinkommen und die bevorstehende Richtlinie der Europäischen Union über die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornografie, die voraussichtlich bis Ende 2011 vom Europäischen Parlament und vom Rat verabschiedet wird, auf koordinierte Weise umgesetzt werden, damit diese Instrumente größtmögliche Wirkung in Bezug auf das nationale Recht und letztlich den Schutz aller Kinder entfaltet.
4. Die Versammlung begrüßt das allgemeine Bekenntnis des Ministerkomitees zum Schutz der Rechte von Kindern, was sich nicht zuletzt in der Initiierung der "EINS von FÜNF"-Kampagne des Europarates zur Bekämpfung der sexuellen Gewalt gegen Kinder (2010-2014) manifestiert. Sie begrüßt darüber hinaus die aktive Beteiligung des Europarates am "europäischen Dialog über Internet-Verwaltung" (*European Dialogue on Internet Governance*, EuroDIG) und fordert das Ministerkomitee auf, sich weiterhin in diesem Bereich verstärkt zu engagieren, nicht zuletzt auch um einen gemeinsamen europäischen Beitrag zur internationalen Debatte zu leisten.
5. Die Versammlung empfiehlt daher dem Ministerkomitee,
 - 5.1. die Ratifizierung und Umsetzung des Lanzarote-Übereinkommens und des Budapester Übereinkommens in allen Mitgliedstaaten weiterhin zu fördern;
 - 5.2. ein Zusatzprotokoll betreffend Darstellungen von Kindesmissbrauch und damit zusammenhängender Straftaten zum Lanzarote-Übereinkommen schnellstmöglich zu erarbeiten und zu verabschieden, um Straftaten, die im Zusammenhang mit der Darstellung von Kindesmissbrauch stehen, detaillierter zu erfassen und die einschlägigen Bestimmungen zu stärken, insbesondere durch die Kriminalisierung der Herstellung und Verbreitung von Darstellungen und deren vorsätzliche Betrachtung und durch die Festlegung des Sperrens von illegalen Internetseiten als ergänzende, aber verpflichtende rechtliche Maßnahme, wenn deren Entfernung nicht möglich ist;
 - 5.3. zwischenstaatliche Aktivitäten bezüglich der rechtlichen Verantwortung von privatwirtschaftlichen Akteuren, vor allem von Internet-Dienstleistern, im Rahmen der neuen Agenda des Europarates

⁸ Versammlungsdebatte am 5. Oktober 2011 (32. und 33. Sitzung) (siehe Dok. 12720, Bericht des Ausschusses für Sozialordnung, Gesundheit und Familie, Berichterstatter: Herr Conde Bajén). Von der Versammlung am 5. Oktober 2011 (33. Sitzung) verabschiedeter Text.

über Fragen der Rechtsstaatlichkeit und des Lenkungsausschusses für Medien und neue Kommunikationsdienste zu initiieren;

5.4. die "EINS von FÜNF"-Kampagne weiterzuentwickeln und zu stärken, um dem Europarat und den beteiligten Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, sich mit speziellen Fragen des sexuellen Missbrauchs und der Ausbeutung von Kindern in angemessener Weise zu befassen;

5.5. dafür zu sorgen, dass die Aktivitäten der Gremien des Europarates bezüglich des Schutzes der Rechte von Kindern und des Rechts auf freie Meinungsäußerung gut koordiniert werden, unter anderem durch eine engere Verknüpfung des Programms "Aufbau eines Europas für Kinder und mit Kindern" des Europarates im Rahmen ihrer nächsten Strategie (2010-2014) mit den zwischenstaatlichen Aktivitäten des Lenkungsausschusses für Medien und neue Kommunikationsdienste und gegebenenfalls durch Einbeziehung der Versammlung zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

Entschließung 1835 (2011)⁹ **betr. die brutale und extreme Pornographie**

1. Die Pornografie ist in den letzten Jahren ein äußerst lukratives Geschäft geworden, insbesondere aufgrund der wachsenden Bedeutung des Internet als Verteilungsmedium. Gleichzeitig sind Privatpersonen aufgrund der allgemeinen Verfügbarkeit neuer Materialien nunmehr in der Lage, selbst Pornografie zu produzieren, die hauptsächlich durch soziale Medien und Netze im Internet weitergegeben und ausgetauscht werden.

2. Die Parlamentarische Versammlung äußert ihre tiefe Besorgnis über die Tatsache, dass die Öffentlichkeit leichter Zugang zu brutaler und extremer Pornografie, in der zum Zweck der sexuellen Erregung Szenen der Erniedrigung, sexuelle Gewalt, Folter, Mord, Nekrophilie oder Sodomie grafisch dargestellt werden.

3. Die Versammlung erinnert daran, dass die Freiheit der Meinungsäußerung eine Säule demokratischer Gesellschaften ist und es sich um ein von der Europäischen Menschenrechtskonvention (SEV Nr. 5) garantiertes Recht handelt, und betont, dass es möglich ist, dieses Recht einzuschränken, wenn dies gesetzlich vorgeschrieben und im Interesse unter anderem der Verhütung von Straftaten und des Schutzes der Moral und der Rechte Dritter liegt.

4. Die Versammlung nimmt die großen Unterschiede bezüglich des Umfangs der Regulierung der Pornografie in verschiedenen Mitgliedstaaten des Europarates zur Kenntnis, wobei sich am einen Ende des Spektrums Länder befinden, in denen die Produktion, die Verbreitung und der Besitz pornografischer Materialien gänzlich verboten ist, und am anderen Ende Länder, in denen es kaum Verbote gibt, auch nicht im Hinblick auf Formen brutaler und extremer Pornografie.

5. Sie bedauert darüber hinaus, dass die schlechte Durchsetzung vorhandener Gesetze und Bestimmungen über die Produktion und Verbreitung von Pornografie in den Mitgliedstaaten zu beobachten ist.

6. In der Erkenntnis, dass die Zahl der Konsumenten von Pornografie in Europa gestiegen ist, warnt die Versammlung vor der aus der fortwährenden Betrachtung oder Abhängigkeit von Pornografie resultierenden Desensibilisierung und vor einem Normalisierungsprozess, in dem moralischer Zwang und physische Gewalt möglicherweise als akzeptabel betrachtet werden.

7. Darüber hinaus stellt die Versammlung fest, dass es sich bei den zur Schau gesellten Opfern überwiegend um Frauen handelt, und ist über die negativen Folgen brutaler und extremer Pornografie auf die Würde der Frau und das Recht, ohne sexuelle Gewalt leben zu können, besorgt. In diesem Zusammenhang ist die Versammlung der Auffassung, dass diese Art der Pornografie neben anderen Formen harter oder weicher Pornografie, der verbreiteten Nutzung sexualisierter Bilder von Frauen für kommerzielle Zwecke und der Darstellung von Geschlechterstereotypen in den Medien und der Unterhaltungsindustrie die Voraussetzungen für die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter weiter untergräbt.

8. Darüber hinaus bekräftigt die Versammlung die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass Kinder vor der Betrachtung brutaler und extremer pornografischer Materialien geschützt werden, die ihre ausgewogene Entwicklung stören könnten.

⁹ Versammlungsdebatte am 5. Oktober 2011 (32. und 33. Sitzung). (siehe Dok. 12719, Bericht des Ausschusses für die Chancengleichheit von Frauen und Männern, Berichterstatter: Herr Stuligrosz). Von der Versammlung am 5. Oktober 2011 (33. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1981 (2011).

9. Vor dem Hintergrund dieser Betrachtungen fordert die Versammlung die Mitgliedstaaten auf,
 - 9.1. in Bezug auf rechtliche und politische Fragen
 - 9.1.1. für die effektive Umsetzung vorhandener Gesetze zu sorgen, die die Produktion, die Verbreitung und den Vertrieb von Pornografie regulieren;
 - 9.1.2. gegebenenfalls vorhandene Gesetze zu ändern, um dafür zu sorgen, dass geeignete Sanktionen für Verstöße vorhanden sind, und deren Einhaltung und Umsetzung zu überwachen;
 - 9.1.3. Unternehmen zu verpflichten, alle audiovisuellen Werke vor dem kommerziellen Vertrieb zur Kennzeichnung vorzulegen;
 - 9.1.4. die Sanktionen für Verstöße gegen die Verpflichtung zur Vorlage audiovisueller Werke zur Kennzeichnung bei dem zuständigen Gremium und die Sanktionen für den Vertrieb dieses Materials ohne Kennzeichnung zu stärken;
 - 9.1.5. die Auswirkungen vorhandener Gesetze und Bestimmungen für brutale und extreme Pornografie zu bewerten und gegebenenfalls zu ändern und dabei die Möglichkeit zu berücksichtigen,
 - 9.1.5.1. bestimmte rechtliche Vorschriften einzuführen, die die Produktion und Verteilung brutaler und extremer Pornografie kriminalisieren;
 - 9.1.5.2. den Besitz brutaler und extremer Pornografie auch für den persönlichen Gebrauch zu kriminalisieren;
 - 9.1.6. dafür zu sorgen, dass die vorhandenen Gesetze auf nicht diskriminierende Weise umgesetzt werden, auch im Hinblick auf die sexuelle Orientierung;
 - 9.1.7. Hotlines oder andere Einrichtungen einzurichten oder deren Einrichtung zu unterstützen, um die Öffentlichkeit zu beraten und Beschwerden über illegale Inhalte entgegenzunehmen;
 - 9.2. in Bezug auf den Schutz von Minderjährigen
 - 9.2.1. sich verstärkt für die Bekämpfung von Kinderpornografie einzusetzen;
 - 9.2.2. geeignete Sanktionen für den Verkauf von pornografischem Material an Minderjährige einzuführen und durchzusetzen;
 - 9.2.3. geeignete Sanktionen für Verstöße gegen das Verbot gegenüber Erwachsenen durchzusetzen, sich als Minderjährige darzustellen;
 - 9.2.4. die verbindliche Kennzeichnung aller Arten von Videospielen einschließlich pornografischer und brutaler Spiele einzuführen und den Vertrieb und die Verteilung dessen nur dann zu gestatten, wenn eine entsprechende Genehmigung von Seiten des zuständigen Kennzeichnungsgremiums vorliegt;
 - 9.3. in Bezug auf wissenschaftliche Untersuchungen
 - 9.3.1. wissenschaftliche Untersuchungen zur Bewertung der Auswirkungen brutaler und extremer pornografischer Darstellungen auf den Nutzer zu fördern und zu unterstützen, um unter anderem den möglichen Zusammenhang zwischen dem gewohnheitsmäßigen Konsum brutaler und extremer Pornografie und der verstärkten Neigung zu gewalttätigem sexuellem Verhalten zu untersuchen. Die Forschung sollte mithilfe komparativer Studien auch klären, ob sich die Wirkung auf Betrachter abhängig von der realen oder fiktiven Natur der Bilder unterscheidet;
 - 9.3.2. regelmäßige Umfragen unter der Bevölkerung über Obszönität und entsprechende Konsultationen mit der Zivilgesellschaft durchzuführen oder zu fördern;
 - 9.3.3. Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Pornografie, Prostitution und Menschenhandel sowie zwischen brutaler und extremer Pornografie und Darstellungen des Kindesmissbrauchs zu fördern oder zu unterstützen;
 - 9.4. in Bezug auf Ausbildung und Aufklärung
 - 9.4.1. Bildungsmaterial und Bildungsprogramme für die sexuelle Erziehung von Kindern und jungen Menschen zu entwickeln;

- 9.4.2. die Ausbildung von Sozialarbeitern und Mitarbeitern im Gesundheitswesen zu unterstützen, die sich mit der Abhängigkeit von Pornografie befassen;
- 9.4.3. die Ausbildung von Sozialarbeitern und Polizeibeamten zu unterstützen, die sich mit Menschen befassen, die in die Pornografie gezwungen wurden.
10. Schließlich bekräftigt die Versammlung ihre Forderung an die Mitglied- und Beobachterstaaten des Europarates, folgende Übereinkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren:
- 10.1. das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (SEV Nr. 210);
- 10.2. das Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (SEV Nr. 201);
- 10.3. das Übereinkommen über Computerkriminalität (SEV Nr. 185).

Empfehlung 1981 (2011)¹⁰
betr. die brutale und extreme Pornographie

1. Die Parlamentarische Versammlung erinnert an ihre EntschlieÙung 1835 (2011) über brutale und extreme Pornografie und bringt erneut ihre Sorge über die Tatsache zum Ausdruck, dass brutales und extremes pornografisches Material - insbesondere über das Internet - für die Öffentlichkeit leichter zugänglich ist.
2. Unter Berücksichtigung der Empfehlung Rec(2001)8 des Ministerkomitees über die Selbstregulierung von Internetinhalten (Selbstregulierung und Schutz der Nutzer vor illegalen oder schädlichen Inhalten bei neuen Kommunikations- und Informationsdiensten) empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die zuständigen Gremien des Europarates aufzufordern, eine vergleichende Untersuchung über die Gesetze und Bestimmungen durchzuführen, die in den Mitgliedstaaten für Formen von brutaler und extremer Pornografie gelten, und auf dieser Grundlage zu prüfen, ob es Handlungsspielräume für einen harmonisierten Ansatz gibt, insbesondere in Bezug auf die Reaktion auf die Verbreitung von brutaler und extremer Pornografie im Internet.
3. Darüber hinaus empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, das Direktorium der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle zu bitten, die Informationsstelle aufzufordern, eine Studie über die Machbarkeit eines gemeinsamen Klassifizierungs- und Inhaltsbeschreibungssystems durchzuführen, um die Inhalte audiovisueller Werke zu kennzeichnen.

EntschlieÙung 1836 (2011)¹¹
betr. die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf den Europarat

1. Die Parlamentarische Versammlung begrüÙt die Tatsache, dass die Werte, auf denen der Europarat fuÙt und die gemeinsam mit der Europäischen Union vertreten werden, d.h. Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 in der EU-Politik ganz nach vorne gerückt sind. Ziel des Vertrags ist es überdies, Europa den Menschen näher zu bringen und einen offenen und sicheren Raum für alle zu schaffen, und zu diesem Zweck hat der Vertrag insbesondere
- 1.1. die Europäische Union verpflichtet, der Europäischen Menschenrechtskonvention (SEV Nr. 5, im Folgenden als "Konvention" bezeichnet) beizutreten, den Beitritt der EU zu anderen internationalen Rechtsinstrumenten für die Menschenrechte, z.B. dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, dem die EU bereits 2010 beigetreten ist, ermöglicht und

¹⁰ Versammlungsdebatte am 5. Oktober 2011 (32. und 33. Sitzung). (siehe Dok. 12719, Bericht des Ausschusses für die Chancengleichheit von Frauen und Männern, Berichterstatter: Herr Stuligrosz). Von der Versammlung am 5. Oktober 2011 (33. Sitzung) verabschiedeter Text.

¹¹ Versammlungsdebatte am 5. Oktober 2011 (33. Sitzung) (siehe Dok. 12713, Bericht des Politischen Ausschusses, Berichterstatterin: Frau Lundgren; Dok. 12743, Stellungnahme des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatter: Herr Omtzigt; Dok. 12741, Stellungnahme des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Bildung, Berichterstatter: Herr Flego, sowie Dok. 12746, Stellungnahme des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Berichterstatter: Herr Mendes Bota). Von der Versammlung am 5. Oktober 2011 (33. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1982 (2011).

der Europäischen Union einen eigenen rechtsverbindlichen Grundrechtskatalog (die Charta der Grundrechte der Europäischen Union) verschafft;

1.2. die Europäische Bürgerinitiative eingeführt, den Aufgabenbereich des Europäischen Bürgerbeauftragten erweitert, die Rolle und die Befugnisse des Europäischen Parlaments deutlich gestärkt und die Rolle der nationalen Parlamente im Entscheidungsprozess der EU verbessert.

2. Nach Erlangung der Rechtsfähigkeit hat die Europäische Union darüber hinaus einen neuen Status erlangt und sich in internationalen und regionalen Organisationen Gehör verschafft, darunter auch in den Vereinten Nationen. Die Rolle der Union wurde darüber hinaus in den traditionellen Handlungsfeldern des Europarates wie Justiz, Freiheit und Sicherheit gestärkt. Dies hat sich unter anderem auf die wechselseitigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten im Rahmen der Beteiligung an den Lenkungsausschüssen des Europarates und bei Verhandlungen über neue Übereinkommen des Europarates über Themen, die in diese Bereiche fallen, ausgewirkt.

3. Die Versammlung begrüßt die Tatsache, dass das "Stockholmer Programm - ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger" im Einklang mit dem Vertrag von Lissabon die Notwendigkeit der Evaluierung der Umsetzung der Unionspolitik in diesen Bereichen hervorgehoben und gleichzeitig bestimmt hat, dass "Überschneidungen mit anderen Evaluierungsmechanismen zu vermeiden sind, aber Synergien und die Zusammenarbeit angestrebt werden sollte, insbesondere mit der Arbeit des Europarates".

4. Die Versammlung stellt daher fest, dass das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon neue Möglichkeiten einer verstärkten Partnerschaft zwischen dem Europarat und der Europäischen Union auf der Grundlage des jeweiligen Besitzstandes und der komparativen Vorteile bietet. Nach Auffassung der Versammlung sollte Ziel dieser Partnerschaft sein, die Kohärenz zwischen dem vom Europarat geförderten gesamteuropäischen Projekt einerseits und dem von der Europäischen Union initiierten Integrationsprozess andererseits zu gewährleisten. Sie sollte letzten Endes zu einem gemeinsamen Raum für den Schutz der Menschenrechte auf dem gesamten Kontinent im Interesse aller Europäer führen.

5. Die Versammlung begrüßt die Schritte, die bereits in die richtige Richtung unternommen wurden, und geht davon aus, dass die Rolle des Europarates als "Maßstab für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa" erweitert, in vollem Umfang gestärkt und von allen EU-Institutionen effektiv anerkannt wird. Auf der Grundlage der 2007 zwischen den beiden Organisationen geschlossenen Vereinbarung, des Vertrags von Lissabon und den sich aus der fortlaufenden Reform des Europarates ergebenden Perspektiven sollten die jüngst verstärkte Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen weiter konsolidiert und die regelmäßige Koordinierung der politischen Maßnahmen auf allen Ebenen weiterentwickelt werden.

6. Unter Bezugnahme auf ihre früheren Entschlüsse und Empfehlungen, in denen über einen Zeitraum von etwa 30 Jahren hinweg der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention gefordert wurden, insbesondere Entschluß 1610 (2008) und Empfehlung 1834 (2008),

6.1. bekräftigt die Versammlung, dass der Beitritt nicht nur eine einmalige Chance für die Herbeiführung eines kohärenten Systems zum Schutz der Menschenrechte in ganz Europa bietet, sondern auch den Menschen Schutz vor den Maßnahmen der Union gewährt - ähnlich dem Schutz, den sie bereits gegenüber Maßnahmen aller Mitgliedstaaten genießen, vor allem da nunmehr der Vertrag von Lissabon eine erhebliche Machtverschiebung von den EU-Mitgliedstaaten hin zur Union zur Folge hat;

6.2. begrüßt die Versammlung die Entschluß des Europäischen Parlaments vom 19. Mai 2010 über die institutionellen Aspekte des Beitritts der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention, in der der Beitritt der Europäischen Union zu der Konvention als "entscheidender erster Schritt" gefordert wurde, der durch den Beitritt der EU zu weiteren Übereinkommen des Europarates ergänzt werden müsse;

6.3. nimmt die Versammlung mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die im Juli 2010 auf Arbeitsebene aufgenommenen Verhandlungen über eine Vereinbarung über den Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention reibungslos abliefen und Ende 2011 zur Erarbeitung eines Entwurfs einer Beitrittsvereinbarung führten; die Verhandlungen wurden durch eine im Januar 2011 vom Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs und dem Gerichtshof der Europäischen Union veröffentlichte Gemeinsame Erklärung unterstützt;

6.4. begrüßt die Versammlung die konstruktive Atmosphäre, in der ihre Vertreter und die Vertreter des Europäischen Parlaments im Juni 2011 im Rahmen eines Gemeinsamen Informellen Gremiums zu einer Einigung über die Modalitäten der Beteiligung der Vertreter des Europäischen Parlaments an den

Sitzungen der Versammlung und ihrer einschlägigen Gremien für die Fälle gelangten, in denen Letztgenannte ihre Aufgaben in Bezug auf die Wahl der Richter beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wahrnehmen; diese müssen in Bälde von der Versammlung und vom Europäischen Parlament genehmigt werden;

6.5. begrüßt die Versammlung die Tatsache, dass die Vertreter der Zivilgesellschaft während der gesamten informellen Beitrittsverhandlungen konsultiert wurden, und fordert sie auf, die Information der Öffentlichkeit zu gewährleisten und sich gegenüber den nationalen Parlamenten und Regierungen sowie den europäischen Institutionen aktiv für den Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention einzusetzen.

7. Um den Prozess abzuschließen, bedarf es nunmehr der aktiven Unterstützung aller europäischen Regierungen und Parlamente, die ihr politisches Bekenntnis erneuern müssen, das sie bei der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon bzw. des Protokolls Nr. 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention abgegeben haben. Die Versammlung fordert daher die Parlamente und Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates sowie alle Institutionen der Europäischen Union nachdrücklich auf,

7.1. in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich sämtliche Maßnahmen zur Ermöglichung des raschen Abschlusses der Vereinbarung über den Beitritt der Europäischen Union zur Konvention und dessen Anerkennung und Inkrafttreten zu treffen und sich von dem Grundsatz leiten zu lassen, dass dieser Beitritt dem besseren Schutz der Menschenrechte dienen soll;

7.2. dafür zu sorgen, dass die Beitrittsmodalitäten so einfach wie möglich gehalten werden und das Konventionssystem unverändert beibehalten wird und nur geringfügige Änderungen vorgenommen werden, um den besonderen Eigenschaften der Europäischen Union als nichtstaatliche Partei mit einem besonderen rechtlichen und institutionellen System Rechnung zu tragen;

7.3. dafür zu sorgen, dass die Zivilgesellschaft auch bei den Verhandlungen über die einschlägigen internen Regeln der Europäischen Union konsultiert wird;

7.4. die Bevölkerung über den besseren Schutz ihrer Rechte nach dem Beitritt der Europäischen Union zur Konvention und zu den entsprechenden Verfahren aufzuklären.

8. Im Hinblick auf den weiteren Aufbau eines gemeinsamen Raumes für den Schutz der Menschenrechte auf gesamteuropäischer Ebene und die Gewährleistung kohärenter Normen und auch der Überwachung ihrer Umsetzung in den Bereichen, die im Zuständigkeitsbereich beider Organisationen liegen, womit sich folglich Doppelarbeit und Ermüdungserscheinungen bei der Überwachung vermeiden lassen - insbesondere in Zeiten der Wirtschaftskrise -, fordert die Versammlung die Europäische Union auf,

8.1. den wichtigsten Übereinkommen des Europarates beizutreten, in denen es um die größten Herausforderungen für die heutige Gesellschaft in Europa geht, beispielsweise dem Europäischen Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (ETS Nr. 126), dem Übereinkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels (SEV Nr. 197), dem Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (SEV Nr. 201), dem Übereinkommen des Europarates über die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (SEV Nr. 210), dem Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (SEV Nr. 108), dem Übereinkommen zur Verhütung des Terrorismus (SEV Nr. 196), dem Strafrechtsübereinkommen über Korruption (SEV Nr. 173), dem Zivilrechtsübereinkommen über Korruption (SEV Nr. 174), dem Übereinkommen über Computerkriminalität (SEV Nr. 185), der Konvention des Europarates über den Zugang zu amtlichen Dokumenten (SEV Nr. 205), dem Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin: Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin (SEV-Nr. 164) sowie der Revidierten Europäischen Sozialcharta (SEV Nr. 163);

8.2. sich den Überwachungsmechanismen und Gremien des Europarates unabhängig davon, ob sie auf einem Übereinkommen beruhen oder nicht, anzuschließen, beispielsweise der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO), dem Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT), der Expertengruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels (GRETA), der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), dem Europäischen Ausschuss für eine effiziente und leistungsfähige Justiz (CEPEJ) oder der Europäischen Kommis-

sion für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) und im Vorfeld dessen ihre Beteiligung an der Arbeit dieser Mechanismen und Gremien zu verstärken;

8.3. die Maßnahmen in den Bereichen Menschenhandel, Gewalt gegen Frauen, Migration und Asyl mit dem Europarat abzustimmen und eine angemessene Nachbetreuung der im Oktober 2010 vom Europarat durchgeführten hochrangigen Konferenz über Roma-Fragen zu gewährleisten;

8.4. den Beitritt ihrer Mitgliedstaaten zu den wichtigsten Übereinkommen und Überwachungsmechanismen und Gremien des Europarates zu fördern, gegebenenfalls auch im Rahmen ihrer Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik;

8.5. für systematische und offene Konsultationen mit den zuständigen Gremien des Europarates während des gesamten Rechtsetzungsprozesses der Europäischen Union zu sorgen, insbesondere auf den Gebieten Freiheit, Sicherheit und Justiz, um auf diese Weise eine angemessene Beurteilung der Aktivitäten der Europäischen Union in Bezug auf die vom Europarat festgelegten Maßstäbe für die Menschenrechte zu ermöglichen;

8.6. die Konsultationen mit dem Menschenrechtskommissar des Europarates auszubauen, vor allem im Hinblick auf die Umsetzung der Menschenrechtsnormen von Seiten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

9. Darüber hinaus

9.1. fordert die Versammlung die Kohärenz der normativen Aktivitäten innerhalb der beiden Organisationen, die insbesondere mithilfe vorheriger, möglichst frühzeitiger Konsultationen auf hoher politischer Ebene gewährleistet werden und neben dem Informationsaustausch zwischen den Sekretariaten auf operativer Ebene stehen sollte;

9.2. nimmt die Versammlung mit Interesse die Art und Weise zur Kenntnis, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Gerichtshof der Europäischen Union eine Kohärenz in ihrem Fallrecht im Hinblick auf die Menschenrechtsnormen gewährleisten;

9.3. fordert die Versammlung nachdrücklich die Schaffung entsprechender Synergien zwischen den Überwachungsmechanismen des Europarates und allen neuen Evaluierungsmechanismen, die von der Europäischen Union eingesetzt werden;

9.4. begrüßt die Versammlung die Tatsache, dass im Vorfeld des vollständigen Beitritts der Europäischen Union zu GRECO und der Evaluierung der Institutionen der Europäischen Union durch GRECO die Verhandlungen über eine erweiterte Beteiligung der Europäischen Union an GRECO in Bälde aufgenommen werden, was die Entwicklung von Synergien mit dem vorgeschlagenen Anti-Korruptionsbericht der Europäischen Union ermöglichen sollte; auch die Verhandlungen über den Beitritt der Europäischen Union zum Datenschutzübereinkommen des Europarates sollten bald beginnen, und der Beitritt der Europäischen Union zum Übereinkommen über Computerkriminalität wird ebenfalls erwogen;

9.5. unterstützt die Versammlung die laufende Überprüfung der Übereinkommen im Europarat, die Wege zur Begünstigung des Beitritts der Europäischen Union zu den wichtigsten Übereinkommen des Europarates aufzeigen und gleichzeitig dafür sorgen sollte, dass jedes Konventionssystem unverändert beibehalten wird und nur geringfügige Änderungen vorgenommen werden;

9.6. stellt die Versammlung fest, dass die im Zusammenhang mit dem Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention getroffenen Vorkehrungen bezüglich der Beteiligung der Europäischen Union und ihrer Stimmrechte im Ministerkomitee des Europarates als Präzedenzfall für den zukünftigen Beitritt der Europäischen Union zu weiteren Übereinkommen des Europarates dienen könnten;

9.7. fordert die Versammlung den Generalsekretär des Europarates auf, eine Liste der konkreten Implikationen und Vorteile des Beitritts der Europäischen Union zu den einschlägigen Übereinkommen des Europarates oder den Überwachungsmechanismen sowie zu den Teilabkommen zu erstellen, um auf diese Weise der Europäischen Union zu ermöglichen, eine langfristige Vision über die Synergien mit dem Europarat zu bilden, die auch auf der diesbezüglich bereits vom Europäischen Parlament eingenommenen Position aufbaut.

10. Die Versammlung stellt darüber hinaus fest, dass der Vertrag von Lissabon Fragen der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit der Union mit den Nachbarländern hervorhebt und auf diese Weise auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Europarat in diesem Bereich ermöglicht. Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit im südlichen Mittelmeerraum haben neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Zusammenhang mit einer revidierten Europäischen Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union und eine neue Politik des Europarates gegenüber benachbarten Regionen ermöglicht, wobei der von der Versammlung für die Parlamente in diesen Regionen geschaffene "Partner für Demokratie"-Status ein wichtiges Element darstellt. Die Versammlung fordert daher die Europäische Union auf,

10.1. die Rolle des Europarates in Bezug auf die Festlegung von Maßstäben, Beratungen und Fachwissen im Zusammenhang mit ihrer Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik besser zu nutzen - insbesondere insoweit, als diese Politik auf Länder angewandt wird, die Vollmitglieder des Europarates sind und daher von den Überwachungsverfahren der Organisation profitieren, oder auf Länder, die ihrer Nachbarschaft angehören und daher offenen Übereinkommen oder Teilübereinkommen des Europarates beigetreten sind oder beitreten können, z.B. der Venedig-Kommission und dem Europäischen Zentrum für weltweite Interdependenz und Solidarität (Nord-Süd-Zentrum), und deren Parlamente den "Partner für Demokratie"-Status bei der Versammlung erhalten haben oder erhalten können;

10.2. gemeinsame Maßnahmen und Programme mit dem Europarat in dessen Mitgliedstaaten in ihren Nachbarregionen weiterzuentwickeln, um die Reformagenden in diesen Ländern zu unterstützen, unter anderem mithilfe einer stabileren Finanzpartnerschaft mit dem Europarat, was einer besseren strategischen Zusammenarbeit und gemeinsamer langfristiger Planung dienlich wäre.

11. Im Hinblick auf die Beziehungen zwischen dem Europäischen Bürgerbeauftragten und dem Menschenrechtskommissar des Europarates begrüßt die Versammlung deren fortlaufende informelle Zusammenarbeit, die unter anderem der Abstimmung der Aktivitäten der europäischen Bürgerbeauftragten dient, und fordert die Weiterentwicklung dieser Zusammenarbeit in allen Angelegenheiten, die sich auf die Rechte des Einzelnen beziehen.

12. Die Versammlung begrüßt die informellen Kontakte zwischen dem Europarat und dem Europäischen Datenschutzbeauftragten der Europäischen Union und ersucht den Datenschutzkommissar des Europarates und den Europäischen Datenschutzbeauftragten, ihre gegenseitige Zusammenarbeit zu verstärken.

13. Die Versammlung begrüßt ihrerseits die verbesserte Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, nach dessen Bestimmungen das Europäische Parlament in einer Reihe wichtiger politischer Bereiche, die in den Zuständigkeitsbereich des Europarates fallen, auch in Bezug auf Freiheit, Sicherheit und Justiz, gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union als mit Gesetz gebendes Organ fungiert. Vor dem Hintergrund der Vereinbarung vom 28. November 2007 über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und dem Europäischen Parlament beschließt die Versammlung, ihre Beziehungen zum Europäischen Parlament auszubauen und zu diesem Zweck insbesondere

13.1. die Praxis der regelmäßigen Besprechungen zwischen den jeweiligen Präsidenten einerseits und zwischen ihren Präsidialausschüssen und der Parlamentspräsidentenkonferenz andererseits auf der Grundlage einer Agenda zu verstärken;

13.2. die Arbeit ihres Gemeinsamen Informellen Gremiums fortzuführen, das auf Initiative des Europäischen Parlaments eingesetzt wurde, um den Informationsaustausch zwischen den beiden Organen zu verbessern, und das anfangs im Zusammenhang mit dem Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention zusammentrat, um gegebenenfalls in unterschiedlicher Zusammensetzung weitere Fragen zu erörtern, die von gemeinsamem Interesse sind;

13.3. den Gedankenaustausch, gemeinsame Aktivitäten und den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern der Versammlung und des Europäischen Parlaments auf Ausschussebene fortzusetzen und regelmäßige Sitzungen der Vorsitzenden der entsprechenden Ausschüsse der beiden Organe anzuberaumen;

13.4. die Möglichkeiten zu prüfen, in seiner Funktion als ein Organ, das Mitglieder aus all diesen Parlamenten an einen Tisch bringt, zur effektiven Stärkung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beizutragen;

13.5. gemeinsam mit dem Europäischen Parlament interparlamentarische Konferenzen über bestimmte Themen durchzuführen, die von gemeinsamem Interesse sind;

13.6. die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Wahlbeobachtungsmissionen zu verstärken.

14. Die Versammlung fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates sowie die Europäische Union auf, die Außenwahrnehmung der verstärkten Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen in der jetzigen Zeit nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zu fördern und die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit der weiteren Konsolidierung dieser Partnerschaft im Interesse aller Menschen in Europa aufzuklären. Sie fordert die Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Besonderen auf, dies im Rahmen regelmäßiger Debatten über Themen zu tun, die im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen den beiden Organisationen und auch zwischen der Versammlung und dem Europäischen Parlament stehen, sowie im Rahmen von parlamentarischen Anfragen an die Regierungen.

15. Die Versammlung ist überzeugt, dass das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon mit all seinen rechtlichen und politischen Konsequenzen und der damit einhergehenden Umgestaltung der europäischen Architektur der Perspektive des Beitritts der Europäischen Union zur Satzung des Europarates einen aktuellen Bezug verleiht, und ist der Auffassung, dass die Zeit gekommen ist, diese Perspektive ernsthaft zu prüfen.

Empfehlung 1982 (2011)¹²

betr. die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf den Europarat

1. Die Parlamentarische Versammlung verweist auf ihre Entschließung 1836 (2011) über die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf den Europarat und stellt fest, dass das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon neue Möglichkeiten einer verstärkten Partnerschaft zwischen dem Europarat und der Europäischen Union auf der Grundlage ihres jeweiligen Besitzstandes und der komparativen Vorteile bietet.

2. Nach Auffassung der Versammlung sollte Ziel dieser Partnerschaft sein, die Kohärenz zwischen dem vom Europarat geförderten gesamteuropäischen Projekt einerseits und dem von der Europäischen Union initiierten Integrationsprozess andererseits zu gewährleisten und letztlich einen gemeinsamen Raum für den Schutz der Menschenrechte auf dem gesamten Kontinent im Interesse aller Europäer zu schaffen.

3. Die Versammlung begrüßt die Schritte, die bereits in die richtige Richtung unternommen wurden, und empfiehlt dem Ministerkomitee,

3.1. aufbauend auf der Vereinbarung von 2007, den Möglichkeiten, die aus dem Vertrag von Lissabon resultieren, und den Perspektiven, die sich aus der laufenden Reform des Europarates ergeben, die jüngst verstärkte Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen weiter zu konsolidieren;

3.2. dafür zu sorgen, dass die regelmäßige politische Abstimmung zwischen dem Europarat und der Europäischen Union auf allen Ebenen weiterentwickelt wird, darunter auch im Rahmen des Verbindungsbüros des Europarates in Brüssel und der Delegation der Europäischen Union beim Europarat in Straßburg;

3.3. die Rolle des Europarates als "Wächter für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa" zu stärken und dabei diese grundlegende Rolle in seinen Beziehungen zu den Institutionen der Europäischen Union zu fördern.

4. Zwecks weiteren Aufbaus eines gemeinsamen Raumes für den Schutz der Menschenrechte auf gesamteuropäischer Ebene und Gewährleistung kohärenter Normen und der Überwachung ihrer Umsetzung auf dem gesamten Kontinent fordert die Versammlung das Ministerkomitee auf,

4.1. sämtliche für die Gewährleistung des raschen Abschlusses der Vereinbarung über den Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (SEV Nr. 5) und deren Anerkennung und Inkrafttreten erforderlichen Maßnahmen zu treffen;

4.2. den Beitritt der Europäischen Union zu weiteren wichtigen Übereinkommen des Europarates, Überwachungsmechanismen und Gremien zu fördern und zu unterstützen, unter anderem mithilfe der laufenden Überprüfung der Übereinkommen des Europarates, und gleichzeitig den Kern aller Konven-

¹² Versammlungsdebatte am 5. Oktober 2011 (33. Sitzung) (siehe Dok. 12713, Bericht des Politischen Ausschusses, Berichterstatterin: Frau Lundgren; Dok. 12743, Stellungnahme des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatter: Herr Omtzigt; Dok. 12741, Stellungnahme des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Bildung, Berichterstatter: Herr Flego, sowie Dok. 12746, Stellungnahme des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Berichterstatter: Herr Mendes Bota). Von der Versammlung am 5. Oktober 2011 (33. Sitzung) verabschiedeter Text.

- tionssysteme zu bewahren und das effektive Funktionieren aller Mechanismen und Gremien nicht zu beeinträchtigen;
- 4.3. die Maßnahmen in den Bereichen Migration und Asyl mit der Europäischen Union abzustimmen und gemeinsam für eine angemessene Nachbetreuung der hochrangigen Konferenz des Europarates über Roma-Fragen vom Oktober 2010 zu sorgen;
- 4.4. die Kohärenz normativer Aktivitäten in den beiden Organisationen zu fördern, insbesondere durch vorherige, möglichst frühzeitige Konsultationen auf hoher politischer Ebene und den Informationsaustausch zwischen den Sekretariaten auf operativer Ebene;
- 4.5. geeignete Synergien zwischen den Überwachungsmechanismen und Gremien des Europarates und allen neuen Evaluierungsmechanismen, die von der Europäischen Union geschaffen werden, zu entwickeln.
5. Die Versammlung stellt darüber hinaus fest, dass der Vertrag von Lissabon sowie die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit im südlichen Mittelmeerraum neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen im Zusammenhang mit einer revidierten Europäischen Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union und einer neuen Politik des Europarates gegenüber benachbarten Regionen bieten, wobei eine nachfragegesteuerte Zusammenarbeit mit den betreffenden Ländern vorgeschlagen wird, bei der von der Versammlung für die Parlamente in dieser Region geschaffene "Partnerschaft für Demokratie"-Status ein wichtiges Element ist.
6. Aufbauend unter anderem auf diesen Möglichkeiten fordert die Versammlung das Ministerkomitee auf, das Fachwissen des Europarates und seine Rolle bei der Festlegung von Maßstäben und bei Beratungen im Zusammenhang mit der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union zu stärken - insbesondere insoweit, als diese Politik auf Länder angewandt wird, die Vollmitglieder des Europarates sind oder zu ihrer Nachbarschaft gehören.
7. Unter Begrüßung der positiven Beispiele der jüngsten Vergangenheit empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, gemeinsame Maßnahmen und Programme mit der Europäischen Union weiterzuentwickeln und in diesem Zusammenhang eine breitere und stabilere Finanzpartnerschaft mit der Europäischen Union anzustreben, die eine bessere strategische Zusammenarbeit und gemeinsame langfristige Planung ermöglichen würde.
8. Die Versammlung fordert das Ministerkomitee auf, das Verständnis für die verstärkte Partnerschaft zwischen dem Europarat und der Europäischen Union in der Zeit nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und deren Außenwirkung zu verstärken und die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit der weiteren Konsolidierung dieser Partnerschaft im Interesse aller Menschen in Europa aufzuklären.
9. Die Versammlung ist der Auffassung, dass das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und die laufende Umgestaltung der europäischen Architektur der Perspektive des Beitritts der Europäischen Union zur Satzung des Europarates, der bereits 2006 im Juncker-Bericht "Der Europarat - Die Europäische Union: eine einheitliche Zielstellung für den europäischen Kontinent" empfohlen wurde, einen aktuellen Bezug verleiht, und fordert das Ministerkomitee daher auf, diese Frage weiterhin zu prüfen.

Entschließung 1837 (2011)¹³

betr. das Funktionieren der demokratischen Institutionen in Armenien

1. Die Parlamentarische Versammlung begrüßt die von dem Präsidenten Armeniens vorgeschlagene und von der Nationalversammlung Armeniens am 26. Mai 2011 beschlossene allgemeine Amnestie. Sie nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Freilassung aller Personen, die sich im Zusammenhang mit den Ereignissen des 1. und 2. März 2008 noch in Haft befanden.
2. Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht der Parlamentarischen Ad-hoc-Untersuchungskommission der Nationalversammlung und ist der Auffassung, dass unbeschadet verschiedener Mängel die darin enthaltenen Empfehlungen eine geeignete Grundlage dafür bilden könnten, gegen die Grundur-

¹³ Versammlungsdebatte am 5. Oktober 2011 (33. Sitzung) (siehe Dok. 12710, Bericht des Ausschusses für die Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen der Mitgliedstaaten des Europarats (Überwachungsausschuss), Koberichterstatter: Herr Prescott und Herr Fischer). Von der Versammlung am 5. Oktober 2011 (33. Sitzung) verabschiedeter Text.

sachen für die Ereignisse vom März 2008 anzugehen, und zu verhüten, dass in der Zukunft ähnliche Situationen auftreten.

3. Die Versammlung bekundet erneut ihre Besorgnis über den Mangel an Ergebnissen aus der Untersuchung der zehn Todesfälle, zu denen es während der Ereignisse vom März 2008 kam. Sie begrüßt daher die neuen Impulse, die der Präsident Armeniens in den letzten Monaten erteilt hat. Im Zusammenhang mit dieser Untersuchung ist die Versammlung der Auffassung,

3.1. dass diese sich auch auf die Frage der Befehlsverantwortung und der Umstände konzentrieren sollten, unter denen diese Todesfälle sich ereigneten, um das Auftreten ähnlicher Situationen in Zukunft zu verhüten;

3.2. dass, sollte eine Einzelverantwortung für die zehn Todesfälle nicht festgestellt werden können, in dem Untersuchungsbericht die Gründe hierfür vollständig erklärt werden sollen;

3.3. dass für die Glaubwürdigkeit dieser Untersuchung Transparenz von ausschlaggebender Wichtigkeit ist und dass der Öffentlichkeit daher Einblick in den Bericht mit den Ergebnissen und Schlussfolgerungen aus der Untersuchung gegeben werden sollte, selbst wenn darin keine Einzelverantwortung für die zehn Todesfälle festgestellt wird;

3.4. dass eine zeitnahe Veröffentlichung wichtig ist, um diese schmerzliche Episode in der jüngsten Geschichte Armeniens zum Abschluss zu bringen, und dass die Behörden den Bericht daher vor Ende 2011 veröffentlichen oder alternativ die Veröffentlichung eines Zwischenberichts in Erwägung ziehen sollten.

4. Die Versammlung begrüßt die konstruktive Reaktion der Opposition und namentlich des Armenischen Nationalkongresses auf die Amnestie und die Wiederaufnahme der Untersuchung der zehn Todesfälle, zu denen es während der Ereignisse vom März 2008 kam. Sie beglückwünscht die Regierungskoalition und den außerparlamentarischen Armenischen Nationalkongress zu ihrer Einigung über die Aufnahme eines formalisierten unbeschränkten Dialogs über die Normalisierung des politischen Umfelds in Armenien. Des Weiteren verleiht die Versammlung ihrer Hoffnung Ausdruck, dass dieser Dialog durch einen ähnlichen Dialog zwischen der Regierungskoalition und der parlamentarischen Opposition im Rahmen der Arbeit der Nationalversammlung selbst ergänzt werden wird.

5. Unter Hervorhebung der Wichtigkeit des von ihr konsequent geforderten Dialogs zwischen der herrschenden Mehrheit und der Opposition fordert die Versammlung alle Parteien nachdrücklich auf, sich konstruktiv und in gutem Glauben an diesem Dialog zu beteiligen und die Gespräche nicht auf eine limitierte Zahl potenziell strittiger Themen zu begrenzen. Nach Auffassung der Versammlung sollte dieser Dialog darauf gerichtet sein, die weitere Normalisierung des politischen Klimas sicherzustellen, die ordnungsgemäße Durchführung der bevorstehenden Parlamentswahlen zu gewährleisten sowie ein politisches Klima herzustellen, in dem wirklich demokratische Wahlen stattfinden können, die das volle Vertrauen des armenischen Volks besitzen.

6. Die bevorstehenden Parlamentswahlen sind für die demokratische Entwicklung des Landes von ausschlaggebender Wichtigkeit. Demokratische Wahlen, aus denen ein Parlament hervorgeht, das alle maßgeblichen politischen Kräfte der armenischen Gesellschaft widerspiegelt, werden die Normalisierung des politischen Umfelds konsolidieren und das Vertrauen der armenischen Öffentlichkeit in die politischen Institutionen Armeniens gewährleisten. In diesem Zusammenhang

6.1. begrüßt die Versammlung die am 26. Mai 2011 erfolgte Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes, das in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) mit guten zeitlichen Vorlauf zu dem Wahltermin abgefasst wurde;

6.2. ist die Versammlung der Auffassung, dass das neue Wahlgesetz bei Umsetzung in gutem Glauben eine ausreichende Grundlage für die Abhaltung demokratischer Wahlen bildet, fordert aber die Behörden nachdrücklich auf, allen in dem bevorstehenden Gutachten der Venedig-Kommission zu der verabschiedeten Fassung des Gesetzes möglicherweise enthaltenen Empfehlungen und aufgezeigten Mängeln gerecht zu werden;

6.3. betont die Versammlung, dass die uneingeschränkte Durchführung des neuen Wahlgesetzes nach Geist und Buchstaben eine Voraussetzung für die Abhaltung demokratischer Wahlen ist;

6.4. unterstreicht die Versammlung, dass wirklich demokratische Wahlen das volle Vertrauen der Öffentlichkeit und aller Interessengruppen in den Ablauf und die Verwaltung der Wahlen erfordern. Die Versammlung fordert daher alle politischen Kräfte auf, aktiv zu einem demokratischen Wahlprozess

- beizutragen und von allen Handlungen oder Erklärungen Abstand zu nehmen, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Wahlprozess und sein Ergebnis untergraben könnten;
- 6.5. ist die Versammlung der Auffassung, dass internationalen Wahlbeobachtern neben einheimischen Beobachtern eine wichtige Rolle bei der Förderung des Vertrauens der Öffentlichkeit in den Wahlprozess zukommt, und fordert die internationale Gemeinschaft daher auf, für eine großflächige Wahlbeobachtung Sorge zu tragen, und bittet das Präsidium der Versammlung, mit einer umfangreichen Delegation der Versammlung zu diesem Prozess beizutragen.
7. Die Versammlung ist besorgt über das Funktionieren der Justiz in Armenien und über ihre mangelnde Unabhängigkeit, die ihre Rolle als unparteiischer Schiedsrichter beeinträchtigt. Sie ist ebenso besorgt über anhaltende Berichte und Vorwürfe betreffend endemische Korruption in der armenischen Justiz. In diesem Zusammenhang begrüßt sie die Wichtigkeit und Priorität, die die Behörden der Reform der Justiz einräumen, insbesondere mit dem Ziel, ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten. Sie ist der Auffassung, dass die Reform der Justiz nicht allein durch Änderungen der rechtlichen Grundlagen bewirkt werden kann, sondern mit einer umfassenden Politik zur Umsetzung dieser Änderungen einhergehen sollte, die auf den Wandel der existierenden Denkhaltungen und Vorgehensweisen gerichtet ist.
8. Die Versammlung nimmt Kenntnis von den anhaltenden Vorwürfen betreffend Korruption in Armenien mit ihren nachteiligen Folgen für die demokratische Entwicklung des Landes. Sie fordert die armenischen Behörden daher nachdrücklich auf, ihre laufenden Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung zu verstärken und die in dem jüngsten Evaluierungsbericht der Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) abgegebenen Empfehlungen ohne Verzögerung umzusetzen.
9. Nach Meinung der Versammlung haben die Ereignisse vom März 2008 die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der Polizeikräfte Armeniens unabweisbar deutlich werden lassen. In diesem Zusammenhang
- 9.1. begrüßt die Versammlung die Anstrengungen und den politischen Willen der armenischen Behörden, die Polizei und die Polizeikräfte in Übereinstimmung mit europäischen Normen vollständig zu reformieren. In Anbetracht der Ereignisse vom März 2008 empfiehlt die Versammlung, im Zuge dieser Reformen auch eine eingehende Überprüfung der Politik und der Kapazitäten der Polizei zum Umgang mit Menschenmengen vorzunehmen;
- 9.2. fordert die Versammlung erneut, die Polizei einer wirklich zivilen Kontrolle und Rechenschaftslegung zu unterwerfen, und bittet die armenischen Behörden, die Schaffung eines Ministeriums in Erwägung zu ziehen, dem die Polizei und die Sicherheitskräfte unterstehen würden;
- 9.3. bekundet die Versammlung ihre Besorgnis über Berichte über polizeiliche Brutalität und polizeiliches Fehlverhalten und fordert die Behörden nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen zur Ausmerzung von Misshandlungen und Missbrauch seitens der Polizei zu intensivieren;
- 9.4. hält die Versammlung die Schaffung eines unabhängigen Polizeibeschwerdemechanismus für unverzichtbar. Sie begrüßt die Bereitschaft der Behörden, einen solchen Mechanismus einzurichten, und fordert sie auf, ohne Verzögerungen für die Erfüllung der notwendigen Vorbedingungen Sorge zu tragen.
10. Die Versammlung hält ein wirklich pluralistisches Medienumfeld für eine unverzichtbare Voraussetzung für die demokratische Entwicklung Armeniens. Die Versammlung begrüßt das geänderte Fernseh- und Rundfunkgesetz, das eine Verbesserung gegenüber früheren Rechtsvorschriften darstellt, fordert die armenischen Behörden jedoch erneut auf, auch in der Praxis für ein pluralistisches Medienumfeld Sorge zu tragen. In diesem Zusammenhang
- 10.1. nimmt die Versammlung Kenntnis von der 2010 in Armenien veranstalteten Ausschreibung für die Rundfunklizenzen und dem anschließenden Beschluss des Ministerkomitees, die Prüfung der Durchführung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in der Rechtssache *Meltex und Mesrop Movsesyan gegen Armenien* einzustellen, da eine transparente Ausschreibung stattgefunden habe;
- 10.2. ist die Versammlung der Auffassung, dass die Lizenzausschreibung nicht zu einem pluralistischeren Medienumfeld geführt hat und dass das Ergebnis dieser Ausschreibung daher in dieser Hinsicht dem Ersuchen der Versammlung nicht entspricht;
- 10.3. fordert die Versammlung die armenischen Behörden erneut auf, das Fernseh- und Hörfunkgesetz zu ändern, um dafür Sorge zu tragen, dass die Nationale Fernseh- und Hörfunkkommission

(NFHK) sowie der Öffentlich-rechtliche Fernseh- und Hörfunkrat die armenische Gesellschaft wirklich widerspiegeln und repräsentieren;

10.4. fordert die Versammlung die Behörden auf, die rechtliche Auflage einzuführen, wonach sich die NFHK bei ihren Entscheidungen betreffend die Lizenzvergabe von der Notwendigkeit eines pluralistischeren und vielfältigeren Medienumfelds in Armenien leiten lassen und dieser Notwendigkeit Rechnung tragen soll;

10.5. ist die Versammlung der Auffassung, dass die erhebliche Senkung der Schranke, die interessierte Gruppen zu überwinden haben, um Zutritt zum Medienmarkt zu erhalten, ein wichtiger Mechanismus zur Herstellung eines pluralistischeren Medienumfelds ist. In Anbetracht dessen, dass die digitale Sendetechnik es ermöglicht, die Zahl der verfügbaren Rundfunklizenzen zu erhöhen, ist die Versammlung der Auffassung, dass die Behörden nach Möglichkeit eine weitere Ausschreibung für die Vergabe von Rundfunklizenzen veranstalten sollten, mit dem ausdrücklichen Ziel, in Armenien ein pluralistischeres und vielfältigeres Medienumfeld herzustellen.

11. Die Versammlung ist der Auffassung, dass das Ergebnis der jüngsten allgemeinen Amnestie, die neuen Impulse zur Untersuchung der zehn Todesfälle, zu denen es bei den Ereignissen vom März 2008 kam, und die daraus resultierende Aufnahme eines konstruktiven Dialogs zwischen der Opposition und der Regierungskoalition bedeuten, dass das Kapitel der Ereignisse vom März 2008 für die Versammlung endlich als abgeschlossen angesehen werden kann, während ihre Überwachung von Armeniens Verpflichtungen im Hinblick auf Menschenrechte und Demokratie, auch im Hinblick auf die Untersuchung der zehn Todesfälle, unvermindert andauern wird. Sie begrüßt den von den Behörden sowie in der Tat von allen politischen Kräften bewiesenen politischen Willen, in Übereinstimmung mit den Normen und Empfehlungen des Europarats eine Lösung dieser Frage herbeizuführen.

12. Nach Ansicht der Versammlung sind aus den Ereignissen von 2008 und der Folgezeit klare Prioritäten für die demokratische Entwicklung des Landes hervorgegangen: die Abhaltung wirklich demokratischer Parlamentswahlen, die Schaffung eines robusten demokratischen und pluralistischen politischen Umfelds, das das volle Vertrauen der armenischen Öffentlichkeit besitzt; die Schaffung eines offenen und pluralistischen Medienumfelds; die Reform der Polizei und die Reform der Justiz mit dem Ziel, in Recht und Praxis ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten.

13. Die Versammlung begrüßt die enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Versammlung und den armenischen Behörden, die sie für die Gestaltung der Zusammenarbeit im Rahmen ihres Monitoring-Verfahrens als beispielhaft betrachtet.

14. Die Versammlung beschließt, die in der Entschliebung genannten Prioritäten aufmerksam zu verfolgen und dabei gleichzeitig sicherzustellen, dass die Wichtigkeit der anderen Pflichten und Verpflichtungen Armeniens gegenüber dem Europarat dadurch nicht geschmälert wird.

Entschliebung 1838 (2011)¹⁴

betr. der Missbrauch des Staatsgeheimnisses und der nationalen Sicherheit: Hindernisse für die parlamentarische und gerichtliche Kontrolle von Menschenrechtsverletzungen

1. Die Parlamentarische Versammlung ist der Auffassung, dass die gerichtliche und parlamentarische Kontrolle der Regierung und ihrer Akteure von grundsätzlicher Bedeutung für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ist. Dies gilt auch insbesondere für so genannte "Sonderdienste", deren Aktivitäten in der Regel geheim gehalten werden. Staatssicherheits- und Nachrichtendienste, deren Notwendigkeit nicht bezweifelt werden kann, dürfen gleichwohl nicht zum "Staat im Staate" werden, der für seine Handlungen keine Rechenschaft ablegen muss. Das Fehlen der Rechenschaftspflicht führt zu einer gefährlichen Kultur der Straflosigkeit, die die wesentlichen Grundlagen demokratischer Institutionen untergräbt.

2. Bei der Bekämpfung des Terrorismus berufen sich die Regierungen in zunehmendem Maße auf "Staatsgeheimnisse" oder die "nationale Sicherheit", um die parlamentarische oder gerichtliche Kontrolle ihrer Handlungen zu umgehen.

¹⁴ Versammlungsdebatte am 6. Oktober 2011 (34. Sitzung) (siehe Dok. 12714, Bericht des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatter: Herr Marty). Von der Versammlung am 6. Oktober 2011 (34. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1983 (2011).

3. In manchen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten, wird der Begriff des Staatsgeheimnisses benutzt, um Akteure der Exekutive vor der strafrechtlichen Verfolgung von Straftaten wie Entführung und Folter zu schützen oder die Opfer daran zu hindern, Entschädigungsklagen einzureichen. Die Vereinigten Staaten haben sich darüber hinaus geweigert, insbesondere mit den deutschen, litauischen und polnischen Justizbehörden bei den in diesen Ländern eingeleiteten strafrechtlichen Ermittlungen über zahlreiche Elemente nachgewiesener Entführungen, heimliche Inhaftierungen und unrechtmäßige Verbringungen von Häftlingen zusammenzuarbeiten (vgl. Entschließung 1507 (2006) und Empfehlung 1754 (2006) betr. die angeblichen geheimen Verhaftungen und die unrechtmäßige Verbringung von Häftlingen zwischen Staaten mit Beteiligung von Mitgliedstaaten des Europarats sowie Entschließung 1562 (2007) und Empfehlung 1801 (2007) der Versammlung betr. geheime Verhaftungen und unrechtmäßige Verbringung von Häftlingen mit Beteiligung von Mitgliedstaaten des Europarates: Zweiter Bericht).

4. Die Versammlung erkennt an, dass die Staaten den wirksamen Schutz von Geheimnissen, die die nationale Sicherheit betreffen, gewährleisten müssen. Sie ist aber der Auffassung, dass Informationen über die Verantwortung von staatlichen Akteuren, die schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen wie Mord, Verschwinden lassen, Folter oder Entführung begangen haben, nicht als Geheimnis geschützt werden dürfen. Diese Informationen sollten nicht unter dem Vorwand des "Staatsgeheimnisses" der gerichtlichen oder parlamentarischen Kontrolle entzogen werden.

5. Die Versammlung ist der Auffassung, dass es keinen Grund gibt, im Hinblick auf den Schutz legitimer Geheimnisse gerichtlichen und parlamentarischen Institutionen weniger zu vertrauen als den Organen der staatlichen Exekutive und ihren Akteuren. Wie Kanada im "Maher Arar"-Fall gezeigt hat, ist es möglich, besondere Verfahren für die Kontrolle der Aktivitäten der Sonderdienste zu schaffen, die den angemessenen Schutz legitimer Staatsgeheimnisse und den Schutz von Grundrechten und -freiheiten garantieren.

6. Die parlamentarische Kontrolle der zivilen und militärischen Sicherheits- und Nachrichtendienste ist in vielen Mitgliedstaaten des Europarates entweder nicht vorhanden oder völlig unzureichend. Die ständigen oder Ad-hoc-Parlamentsausschüsse, die in einigen Ländern zur Kontrolle der Aktivitäten der Geheimdienste eingesetzt werden, werden durch den Mangel an Informationen behindert, die der ausschließlichen Kontrolle der Exekutive bzw. sehr häufig einem sehr kleinen Kreis innerhalb der Exekutive unterliegen.

7. Die Versammlung begrüßt die zunehmende Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten verschiedener Länder, die ein unerlässliches Instrument zur Bekämpfung der schlimmsten Formen der organisierten Kriminalität und des Terrorismus darstellt. Diese internationale Zusammenarbeit sollte indessen durch eine gleichwertige Zusammenarbeit zwischen den Kontrollgremien begleitet werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Aktivitäten, die mehrere Länder betreffen, sich der Kontrolle entziehen, da sich die in dem jeweiligen Land betroffenen Dienste bei ihrer Weigerung, ihre entsprechenden Kontrollgremien zu informieren, auf die Notwendigkeit berufen, die zukünftige Zusammenarbeit mit ihren ausländischen Partnern zu schützen.

8. Die Medien spielen eine entscheidende Rolle für das Funktionieren demokratischer Institutionen, insbesondere wenn sie von staatlichen Akteuren - darunter auch Mitgliedern der Geheimdienste - begangene rechtswidrige Handlungen untersuchen und öffentlich brandmarken. Sie sind in hohem Maße von der Zusammenarbeit mit so genannten "Whistleblowern" im Staatsdienst abhängig. Die Versammlung wiederholt ihre Forderung nach angemessenem Schutz für Journalisten und deren Quellen (Empfehlung 1950 (2011) über den Schutz von Journalisten und ihren Quellen) und für "Whistleblower" (Entschließung 1729 (2010) und Empfehlung 1916 (2010) über den Schutz so genannter "Whistleblower").

9. Die Versammlung begrüßt die Veröffentlichung zahlreicher diplomatischer Berichte - insbesondere über die Internetseite "Wikileaks" -, die die Wahrheit über die von der Versammlung 2006 und 2007 veröffentlichten mutmaßlichen heimlichen Inhaftierungen und unrechtmäßigen Verbringungen von Häftlingen bestätigen. Es ist sehr wichtig, diese Enthüllungen so vorzunehmen, dass die persönliche Sicherheit von Informanten, Personenquellen und Mitarbeitern von Geheimdiensten gewahrt bleibt. Das Erscheinen dieser Internetseiten ist auch Folge der in unzureichendem Maße zur Verfügung gestellten Informationen und eines besorgniserregenden Mangels an Transparenz seitens der Regierungen.

10. Unter bestimmten Umständen, insbesondere im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus, werden Maßnahmen getroffen, die die Freiheit verdächtiger Personen einschränken und ihre Grundrechte verletzen. Diese Personen werden nicht einmal über den - "geheimen" - Verdachtsgrund informiert, auf dem diese Maßnahmen beruhen, und können keinen unabhängigen Berufungsmechanismus in Anspruch nehmen. Die Versammlung wiederholt ihre in Entschließung 1597 (2008) über die schwarzen Listen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und der Europäischen Union enthaltene Aufforderung an die zuständigen Gremien der Vereinten

Nationen und der Europäischen Union, die Verfahren zu reformieren, nach denen diese schwarzen Listen erstellt werden, diese willkürlichen Methoden zu stoppen und stattdessen Mechanismen einzusetzen, die effektiv sind und die Rechtsstaatlichkeit achten, um Personen zu neutralisieren, die der Unterstützung des Terrorismus verdächtig sind.

11. Im Hinblick auf strafrechtliche Ermittlungen

11.1. begrüßt die Versammlung die in professioneller Weise von den zuständigen deutschen und italienischen Behörden durchgeführten Ermittlungen, die umfangreiche Erkenntnisse über die Entführungen von Khaled El-Masri und Abu Omar zutage gefördert haben;

11.2. begrüßt die Versammlung die friedliche Einigung, die die britischen Behörden mit den Opfern von Misshandlungen seitens der britischen Geheimdienste erzielt haben, und fordert alle interessierten Parteien nachdrücklich auf, unverzüglich einen Rahmen zu vereinbaren, der die Anforderungen der Europäischen Konvention für Menschenrechte (SEV Nr. 5) in Bezug auf die Pflicht zur Untersuchung von Folttervorwürfen erfüllt, die für die unter der Führung von Sir Peter Gibson (nach Ankündigung des britischen Premierministers im Juli 2010) durchgeführte Sonderuntersuchung gelten;

11.3. fordert die Versammlung die litauischen, polnischen, portugiesischen und spanischen Strafverfolgungsbehörden nachdrücklich auf, weiterhin zu versuchen, die Wahrheit über die mutmaßlichen geheimen Verschleppungen seitens der CIA herauszufinden, und fordert die amerikanischen Behörden nachdrücklich auf, mit ihnen zusammenzuarbeiten;

11.4. fordert die Versammlung die Justizbehörden Rumäniens und der "ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien" auf, endlich ernsthafte Untersuchungen bezüglich der detaillierten Vorwürfe über Entführungen und heimliche Inhaftierungen in diesen beiden Ländern einzuleiten, und fordert die amerikanischen Behörden auf, die von den Strafverfolgungsbehörden der betreffenden europäischen Länder angeforderte Rechtshilfe unverzüglich zu gewähren.

12. Im Hinblick auf parlamentarische Untersuchungen

12.1. begrüßt die Versammlung die entschlossene Haltung vieler Mitglieder des Ausschusses des Deutschen Bundestages, der für die Untersuchung der mutmaßlichen Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes an Maßnahmen der CIA zuständig ist, und bedauert gleichzeitig, dass die Bundesregierung nach wie vor dem Ausschuss die erbetenen Informationen vorenthielt, bis das Bundesverfassungsgericht auf Antrag von Vertretern der Opposition sich gezwungen sah, das Verhalten der Bundesregierung zu rügen; sie beklagt indessen, dass das Ende der Legislaturperiode die Fortsetzung der Arbeit des Ausschusses nach dem Urteil verhinderte, da der Ausschuss aufgelöst und nicht wiedereingesetzt wurde;

12.2. begrüßt die Versammlung die Untersuchung des Ausschusses für nationale Sicherheit und Verteidigung des litauischen *Seimas*, der feststellte, dass auf Ersuchen der CIA die Voraussetzungen für die Inhaftierung Gefangener in Litauen geschaffen wurden, sie stellt jedoch fest, dass bei der Untersuchung bisher nicht festgestellt werden konnte, ob an diesem Ort tatsächlich Menschen gefangen gehalten und misshandelt wurden und ob hochrangige litauische Beamte von den Handlungen der CIA in Zusammenarbeit mit Agenten des litauischen Geheimdienstes (SSD) Kenntnis hatten;

12.3. begrüßt die Versammlung die unermüdlichen Bemühungen der Fraktionsübergreifenden Parlamentarischen Arbeitsgruppe, die Wahrheit über die Beteiligung der britischen Behörden bei Fällen rechtswidriger Verbringung von Inhaftierten, die Großbritannien betreffen, herauszufinden;

12.4. bedauert die Versammlung zutiefst, dass sich das polnische und rumänische Parlament mit Untersuchungen begnügt haben, deren Hauptzweck die Rechtfertigung der offiziellen Haltung der nationalen Behörden zu sein schien;

12.5. ist die Versammlung überrascht, dass das Parlament der "ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien" es nicht für notwendig hielt, angesichts der eindeutigen Ergebnisse der europäischen und deutschen Untersuchungen entsprechende Ermittlungen im Fall El-Masri einzuleiten.

13. Im Hinblick auf die Verfahren zur Kontrolle der Geheimdienste allgemein fordert die Versammlung die Mitglied- und Beobachterstaaten des Europarates, die noch nicht über gleichwertige Gremien verfügen, auf,

13.1. einen parlamentarischen Mechanismus zur Kontrolle der Geheimdienste zu schaffen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass dieser ausreichenden Zugang zu allen für die Wahrnehmung seiner

Aufgaben erforderlichen Informationen hat, und sich an ein Verfahren zu halten, das legitime Geheimnisse schützt;

13.2. besondere Verfahren zu wählen, damit legitime geheime Informationen so behandelt werden können, dass sie die Sicherheit des Staates in Straf- oder Zivilrechtsverfahren über die Aktivitäten von Sonderdiensten nicht gefährden;

13.3. ein Verfahren zur Sicherstellung des rechtlichen Gehörs vor einem Gremium zu schaffen, das uneingeschränkter Zugang zu allen Informationen hat, um im Zusammenhang mit einem gerichtlichen oder parlamentarischen Überprüfungsverfahren zu entscheiden, ob Informationen, die die Regierung weiterhin vertraulich behandelt wissen will, veröffentlicht werden oder nicht.

14. Im Hinblick auf die internationale Zusammenarbeit zwischen den Kontrollgremien fordert die Versammlung die Parlamente, die sich an der Entwicklung des zukünftigen "europäischen Kompetenznetzes für die parlamentarische Kontrolle der Sicherheits- und Nachrichtendienste" beteiligen, auf, die Erweiterung des Aufgabenbereichs des zukünftigen Netzes und der Bandbreite der Teilnehmer zu prüfen, um es zu einem effektiven Instrument der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Gremien aller Mitglied- und Beobachterstaaten des Europarates zu machen und die Beseitigung der Mängel bei der parlamentarischen Kontrolle zu ermöglichen, die sich aus der verstärkten internationalen Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Diensten ergeben.

Empfehlung 1983 (2011)¹⁵

betr. der Missbrauch des Staatsgeheimnisses und der nationalen Sicherheit: Hindernisse für die parlamentarische und gerichtliche Kontrolle von Menschenrechtsverletzungen

1. Die Parlamentarische Versammlung verweist auf ihre Entschliebung 1838 (2011) "Der Missbrauch des Staatsgeheimnisses und der nationalen Sicherheit: Hindernisse für die parlamentarische und gerichtliche Kontrolle von Menschenrechtsverletzungen" und erinnert an ihre Empfehlung 1916 (2010) über den Schutz so genannter "Whistleblower", ihre Empfehlung 1876 (2009) "Der Stand der Menschenrechte in Europa: die Notwendigkeit der Beseitigung der Straflosigkeit" und ihre Empfehlung 1950 (2011) über den Schutz der Quellen von Journalisten.

2. Sie fordert das Ministerkomitee auf,

2.1. eine Empfehlung über den Begriff des Staatsgeheimnisses und dessen Gebrauch zu erarbeiten und dabei vorzusehen, dass die Gesetzgebung eines Mitgliedstaates sich nicht auf Staatsgeheimnisse und die nationale Sicherheit berufen darf, so dass dies verhindern würde, dass eine unabhängige, effektive und unparteiische Untersuchung angeblicher Menschenrechtsverletzungen durchgeführt wird, die Täter zur Verantwortung gezogen werden, die Opfer ein wirksames Rechtsmittel haben und eine wirkliche Entschädigung erhalten oder dass die Wahrheit über die angeblichen Menschenrechtsverletzungen öffentlich bekanntgegeben wird;

2.2. alle Mitgliedstaaten aufzufordern, geeignete und effektive parlamentarische und andere unabhängige Mechanismen für die Kontrolle der Geheimdienste zu überprüfen und gegebenenfalls zu schaffen und dafür zu sorgen, dass sie die erforderlichen Befugnisse, Ressourcen und das Fachwissen besitzen, um eigene Ermittlungen einzuleiten und zu führen sowie vollen und ungehinderten Zugang zu den für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Informationen, Beamten und Einrichtungen haben. Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass diese Kontrollmechanismen bei der Anhörung von Zeugen sowie beim Erhalt von Dokumenten und anderen Beweismitteln die umfassende Zusammenarbeit der Nachrichtendienste und Durchsetzungsbehörden erhalten;

2.3. alle Mitgliedstaaten aufzufordern, besondere Verfahren bei Straf- und Zivilgerichten zu überprüfen oder gegebenenfalls einzusetzen, die die ordnungsmäßige Durchführung von Verfahren ermöglichen, bei denen es um den Umgang mit sensiblen Informationen geht, die der Geheimhaltung unterliegen, und dabei die legitimen Interessen des Staates und seine Sicherheit berücksichtigen.

¹⁵ Versammlungsdebatte am 6. Oktober 2011 (34. Sitzung) (siehe Dok. 12714, Bericht des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatter: Herr Marty). Von der Versammlung am 6. Oktober 2011 (34. Sitzung) verabschiedeter Text.

Entschließung 1839 (2011)¹⁶
betr. die politische Lage auf dem Balkan

1. Die Parlamentarische Versammlung stellt fest, dass die jüngste Zunahme der Spannungen und die festgefahrene politische Situation in einigen Teilen der Region trotz einer allgemein positiven Beurteilung der Lage auf dem Balkan Anlass zu Besorgnis geben. Sie ist insbesondere besorgt angesichts
 - 1.1. der gewalttätigen Zusammenstöße im Nordkosovo¹⁷ an den administrativen Kontrollpunkten zu Serbien, die im Sommer zu einem Todesfall führten, sowie der anhaltenden Spannungen und wiederkehrenden Gewaltausbrüche sogar noch heute, was die Fortschritte bei den von der Europäischen Union vermittelten Gesprächen zwischen Priština und Belgrad blockiert;
 - 1.2. des politischen Patts in Bosnien-Herzegowina, das ein Jahr nach den allgemeinen Wahlen im Oktober 2010 noch immer ohne eine Regierung auf Staatsebene ist, was die längste politische Krise in dem Land seit dem Ende des Krieges 1995 darstellt.
2. Im Hinblick auf die zunehmenden Spannungen und die Gewalt im Nordkosovo
 - 2.1. bedauert die Versammlung zutiefst die jüngsten Gewaltakte unter Beteiligung von Mitgliedern der unter dem Kommando der NATO stehenden Internationalen Sicherheitstruppe für das Kosovo (Kfor);
 - 2.2. fordert die Versammlung eine dringende, objektive Untersuchung des Zwischenfalls am administrativen Kontrollpunkt Jarinje vom 27. September 2011, bei dem sechs Personen erschossen wurden;
 - 2.3. fordert die Versammlung die Bevölkerung im Nordkosovo auf, Zurückhaltung zu üben und unverzüglich auf konstruktive Art und Weise mit der Kfor und der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union (EULEX) zusammenzuarbeiten;
 - 2.4. ruft die Versammlung die Behörden in Priština auf, positiv und sensibel auf legitime Anliegen der Minderheiten in der Region zu reagieren;
 - 2.5. fordert die Versammlung die Behörden in Belgrad und Priština nachdrücklich dazu auf, im Geiste der Zusammenarbeit und Versöhnung den von der Europäischen Union vermittelten Dialog über alle offenstehenden Fragen, auch die Lage im Nordkosovo, wieder aufzunehmen; es muss alles getan werden, um sicherzustellen, dass das Nordkosovo nicht ein schwarzes Loch auf dem Westbalkan außerhalb der Kontrolle der Regierungen in Priština und Belgrad bleibt;
 - 2.6. ruft die Versammlung die Mitgliedstaaten des Europarates auf, die Regierungen in Belgrad und Priština nachdrücklich dazu aufzufordern, eine friedliche Lösung für die Nordkosovo-Frage zu finden;
 - 2.7. ersucht die Versammlung ihren Präsidialausschuss, eine Mission in die Region zu prüfen, um den Dialog zu verstärken und die Spannungen zu überwinden;
 - 2.8. weist die Versammlung darauf hin, dass – unter strikter Einhaltung von Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen – die Prioritäten der regionalen und internationalen Akteure in der Region weiterhin Sicherheit, Stabilität und die Wahrung der Menschenrechte im Kosovo und in der gesamten Region sowie die Integrität der international anerkannten Grenzen bleiben müssen.
3. Im Hinblick auf das politische Patt in Bosnien-Herzegowina
 - 3.1. nimmt die Versammlung zur Kenntnis, dass dieses Patt in erster Linie aufgrund des Streits über politische Konzepte in Bezug auf die Verteilung der ministeriellen Posten im zehnköpfigen Ministerrat schlimme Folgen gehabt hat: Die Kreditwürdigkeit des Landes wurde von den internationalen Finanzagenturen herabgestuft, die ausländischen Direktinvestitionen sind seit 2009 um 75% zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit liegt bei über 43% der Erwerbsbevölkerung und der Staat arbeitet auf der Grundlage einer zeitweiligen Finanzierung, da noch kein Staatshaushalt verabschiedet wurde;

¹⁶ Versammlungsdebatte am 6. Oktober 2011 (35. Sitzung) (siehe Dok. 12747, Bericht des Politischen Ausschusses, Berichterstatter: Herr von Sydow). Von der Versammlung am 6. Oktober 2011 (35. Sitzung) verabschiedeter Text.

¹⁷ Im gesamten Text sind alle Hinweise auf das Kosovo, sein Staatsgebiet, seine Institutionen oder seine Bevölkerung in völligem Einklang mit Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und ohne Präjudizierung des Status des Kosovo zu verstehen.

- 3.2. bedauert die Versammlung, dass die scheidende Regierung nicht in der Lage war, die Reformen durchzuführen, die für eine Vorbereitung des Beitritts von Bosnien-Herzegowina zur Europäischen Union notwendig sind, mit dem Ergebnis, dass das Stabilitäts- und Assoziationsabkommen, das im Oktober 2010 von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ratifiziert wurde, noch immer nicht in Kraft getreten ist;
- 3.3. ruft die Versammlung alle Parteiführer nachdrücklich dazu auf, unverzüglich eine Lösung für die festgefahrene politische Situation zu finden und auf diese Weise die Aussichten für eine europäische Integration des Landes und eine verstärkte regionale Zusammenarbeit zu verbessern;
- 3.4. fordert die Versammlung die Regierung ein weiteres Mal nachdrücklich dazu auf, das Urteil *Sejdić und Finci v. Bosnien-Herzegowina* des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte unverzüglich umzusetzen, indem sie gewährleistet, dass Mitglieder von Minderheiten oder „Anderer“, die nicht zu den „drei konstituierenden Völkern“ (Bosnier, Kroaten und Serben) gehören, in der Lage sind, sich bei den Präsidentschaftswahlen Bosnien-Herzegowinas zur Wahl zu stellen;
- 3.5. fordert die Versammlung alle Mitgliedstaaten des Europarats nachdrücklich dazu auf, die Regierung Bosnien-Herzegowinas dabei zu unterstützen, das politische Patt zu überwinden und die wirtschaftliche Lage zu verbessern sowie dabei ihren Pflichten und Verpflichtungen gegenüber der Organisation gerecht zu werden.
4. Im Hinblick auf die Lage in Albanien
- 4.1. begrüßt die Versammlung die Tatsache, dass die Kommunalwahlen 2011 jetzt formell abgeschlossen sind und dass ihr Ergebnis von den albanischen Wählern akzeptiert wurde;
- 4.2. nimmt die Versammlung die Verpflichtung des Führers der Sozialistischen Partei zur Kenntnis, den Boykott des Parlaments seitens seiner Partei zu beenden;
- 4.3. ruft die Versammlung alle Parteien auf, unverzüglich ihre interne demokratische Arbeitsweise zu verbessern, auf eine Normalisierung der politischen Lage hinzuwirken und einen politischen Dialog innerhalb des Parlaments über die Prioritäten und die durchzuführenden notwendigen Reformen einzuleiten, auch im Hinblick auf die Beitrittsgespräche mit der Europäischen Union;
- 4.4. begrüßt die Versammlung die jüngste Vereinbarung zwischen der Demokratischen Partei und der Sozialistischen Partei, die Wahlreform voranzutreiben; die Versammlung ruft sie auf sicherzustellen, dass eine solche Reform die bei den Parlaments- und den Kommunalwahlen festgestellten Defizite angeht und die Möglichkeiten für kleinere Parteien erhöht, ins Parlament einzuziehen; dies sollte der politischen Bipolarisierung ein Ende bereiten, die die albanische Politik prägt und die albanische Bevölkerung in den letzten Jahren frustriert hat. Beim Prozess der Wahlreform sollte die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) um Rat ersucht werden.
5. Die Versammlung beschließt, die Lage auf dem Westbalkan und insbesondere die Lage im Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Albanien weiterhin genau zu verfolgen.

Entschließung 1840 (2011)¹⁸

betr. Menschenrechte und die Bekämpfung des Terrorismus

1. Der Terrorismus hat unmittelbare Auswirkungen auf die Menschenrechte und Folgen für das Recht auf Leben, die Freiheit und die körperliche Unversehrtheit des Einzelnen, insbesondere der Opfer des Terrorismus. Er kann ganze Gesellschaften destabilisieren und unterminieren, Frieden und Sicherheit gefährden und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung bedrohen. Er versucht, der Mehrheit die Ansichten einer Minderheit aufzuzwingen und scheut zur Verfolgung seiner Ziele vor nichts zurück. Der Terrorismus greift die Pfeiler von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an, auf denen die Achtung der Menschenrechte basiert.
2. Die Staaten haben die Pflicht, das Leben ihrer Bürger und die Integrität des Staates zu schützen und müssen in der Lage sein, geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus zu ergreifen. Es besteht keine Notwendigkeit eines Zielkonflikts zwischen Menschenrechten und wirksamen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung.

¹⁸ Versammlungsdebatte am 6. Oktober 2011 (35. Sitzung) (siehe Dok. 12712, Bericht des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatter: Lord Tomlinson). Von der Versammlung am 6. Oktober 2011 (35. Sitzung) verabschiedeter Text.

kämpfung, da die Menschenrechte selbst Schutzklauseln beinhalten. Die Europäische Menschenrechtskonvention (SEV Nr. 5, nachfolgend “die Konvention” genannt) kann, wie andere internationale Menschenrechtsinstrumente auch, so angewandt werden, dass sie es den Staaten ermöglicht, vernünftige und verhältnismäßige Maßnahmen zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegen die Bedrohung des Terrorismus zu ergreifen.

3. Das Konzept des “Kriegs gegen den Terror” ist irreführend und eine Bedrohung für den gesamten internationalen Menschenrechtsrahmen. Terroristen sind Kriminelle und keine Soldaten, und Terrorverbrechen sind keine kriegerischen Handlungen.

4. Es besteht die Gefahr, dass temporäre Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, auch wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Einführung für notwendig erachtet wurden, zu ständigen Maßnahmen werden, wenn sich die Umstände geändert haben. Die Notwendigkeit von Beschränkungen der Freiheiten des Einzelnen muss fortwährend beurteilt werden, so lange diese Beschränkungen fortbestehen.

5. Die Staaten, die der Europäischen Menschenrechtskonvention und ihren Protokollen beigetreten sind, haben die Pflicht, die in ihnen enthaltenen Rechte und Freiheiten in ihrem Zuständigkeitsbereich, auch für Einzelpersonen oder Regionen, die ihrer effektiven Kontrolle unterstehen, sich jedoch außerhalb ihres ordentlichen Staatsgebiets befinden, zu garantieren:

5.1. Sie müssen insbesondere garantieren, dass es keinerlei Ausnahmen im Hinblick auf das unveräußerliche Recht auf Leben und das Verbot von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gibt. Dies schließt den Grundsatz der Nichtzurückweisung ein, insbesondere dann, wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine einstweilige Maßnahme gemäß Artikel 39 seiner Verfahrensordnung erlassen hat, sowie die Behandlung diplomatischer Zusagen mit äußerster Vorsicht.

5.2. Was die Rechte angeht, die gemäß der Konvention Beschränkungen unterliegen, muss jede Beschränkung gemäß dem Fallrecht des Europarates zum Schutz der Öffentlichkeit unbedingt erforderlich sein und in einem angemessenen Verhältnis zu dem verfolgten legitimen Ziel stehen. Insbesondere die Festnahme im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen sollte auf seltene Ausnahmen beschränkt sein und einer angemessenen Kontrolle unterliegen. Überwachungs-, Abhör- und damit verbundene Maßnahmen müssen dem Staat zur Verfügung stehen, jedoch eindeutig durch das Gesetz definiert sein und einer gerichtlichen oder geeigneten politischen Kontrolle unterliegen.

5.3. Maßnahmen, die die Menschenrechte einschränken, müssen eindeutig formuliert und eng ausgelegt werden, insbesondere, wenn sie strafrechtliche Folgen einschließen, und von einer angemessenen gerichtlichen und politischen Kontrolle begleitet werden.

6. Die Parlamentarische Versammlung ist der Auffassung, dass Terrorismus in erster Linie von der Strafjustiz mit ihren integrierten, erprobten Schutzbestimmungen zum Schutze Unschuldiger und mit dem Recht auf Freiheit für alle behandelt werden sollte. Administrative Zwangsmaßnahmen zu präventiven Zwecken sollten von begrenzter Dauer sein, nur als letztes Mittel angewandt werden und strengen Voraussetzungen unterliegen, darunter Mindestanforderungen für Beweise und eine gerichtliche oder geeignete politische Kontrolle. Sie müssen in vollem Einklang mit dem humanitären Völkerrecht stehen.

7. Die Mitgliedstaaten sollten ihre nationalen Gesetze und Praktiken regelmäßig überprüfen, um sicherzustellen, dass die Wirkung aller Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung den Normen des Europarates, insbesondere der Europäischen Menschenrechtskonvention in der Interpretation des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, entspricht. Dies sollte gemäß Entschließung 1822 (2011) betr. die Reform der Parlamentarischen Versammlung eine parlamentarische Weiterverfolgung der vorliegenden Entschließung einschließen.

EntschlieÙung 1841 (2011)¹⁹**betr. die Änderung verschiedener Bestimmungen der Geschäftsordnung der Parlamentarischen Versammlung – Umsetzung von EntschlieÙung 1822 (2011) über die Reform der Parlamentarischen Versammlung**

1. Durch die Verabschiedung von EntschlieÙung 1822 (2011) über die Reform der Parlamentarischen Versammlung hat die Parlamentarische Versammlung verschiedene Maßnahmen zur Stärkung und Verbesserung der Effizienz ihrer Arbeitsweise, der Kohärenz ihrer Strukturen und der Glaubwürdigkeit und Sichtbarkeit ihrer Maßnahmen gebilligt. Die Versammlung hat den Ausschuss für Geschäftsordnung, Immunitäten und institutionelle Angelegenheiten beauftragt, die erforderlichen Anpassungen der Geschäftsordnung vorzunehmen und damit die verabschiedeten Maßnahmen in die Praxis umzusetzen.
2. Weiterhin hat die Versammlung angesichts der Tatsache, dass die Verfahren zur Regelung der Aktivitäten und Beschlüsse der Versammlung auf klaren, schlüssigen, aktuellen und effektiven parlamentarischen Regeln beruhen sollten, ihre Geschäftsordnung regelmäßig geändert, um der Entwicklung der parlamentarischen Praxis Rechnung zu tragen oder die Regeln oder Verfahren zu klären, wenn deren Anwendung oder Auslegung Probleme bereiteten bzw. wenn besondere Probleme auftraten.
3. Im Lichte der obigen Erwägungen und entsprechend EntschlieÙung 1822 (2011) beschließt die Versammlung, ihre Geschäftsordnung wie folgt zu ändern:
 - 3.1. bezüglich *Anträgen auf Empfehlungen und EntschlieÙungen* die folgenden Worte am Ende des ersten Satzes von Artikel 24.2 einzufügen:

„oder mit dem erforderlichen Quorum von einem Ausschuss wie in Artikel 45.3. definiert verabschiedet werden, vorausgesetzt, der Antrag fällt in die Zuständigkeit des Ausschusses“;
 - 3.2. bezüglich der *Überweisung an einen Ausschuss*
 - 3.2.1. am Ende von Artikel 25.1 den folgenden Satz hinzufügen:

„Ein zur Unterrichtung übermitteltes Dokument kann nicht Grundlage eines Ausschussberichtes an die Versammlung sein“;
 - 3.2.2. nach Artikel 25.1 den folgenden neuen Absatz einzufügen:

„Das Präsidium kann eine bestimmte Angelegenheit zwecks Erstellung eines Berichts für die Versammlung an einen Ausschuss überweisen, vor allem als Teil einer Maßnahme, die infolge eines verabschiedeten Texts ergriffen werden soll, vorausgesetzt, die Angelegenheit wurde nicht bereits an den Ausschuss überwiesen.“;
 - 3.3. in Bezug auf *Änderungsanträge* am Ende von Artikel 33.2 den folgenden Absatz einzufügen:

„Mit Ausnahme des Falles, in dem ein Änderungsantrag selbsterklärend ist, können diesem erläuternde Anmerkungen im Umfang von nicht mehr als 50 Wörtern beigelegt werden, um ein besseres Verständnis zu ermöglichen oder die Tragweite des Änderungsantrags deutlich zu machen.“;
 - 3.4. bezüglich *Plenarsitzungsdebatten der Versammlung*:
 - 3.4.1. nach Artikel 37 (Durchführung der Aussprachen) folgenden neuen Artikel einzufügen:

„Freie Aussprache:
Die Versammlung kann eine freie Aussprache von nicht mehr als einer Stunde Dauer abhalten. Der Präsident erteilt den Mitgliedern der Versammlung oder den Mitgliedern von Delegationen mit besonderem Gaststatus, Beobachtern oder Partnern für Demokratie, die zu einem Thema ihrer Wahl sprechen möchten, das nicht auf der Tagesordnung der Teilsitzung steht, das Wort. Die Versammlung kann nur eine derartige Aussprache während einer Teilsitzung anberaumen. Die Redner müssen ihre Namen in die Rednerliste eintragen lassen. Ihre Erklärungen müssen im Einklang mit den Grundsätzen von Artikel 21.6 in Bezug auf akzeptable Wortwahl stehen. Im Anschluss an die Aussprache findet keine Abstimmung statt.“;

¹⁹ Versammlungsdebatte am 7. Oktober 2011 (36. Sitzung) (siehe Dok. 12716, Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung, Immunitäten und institutionelle Angelegenheiten, Berichterstatter: Herr Gross). Von der Versammlung am 7. Oktober 2011 (36. Sitzung) verabschiedeter Text.

- 3.4.2. folglich Artikel 34.6 zu streichen;
- 3.5. bezüglich der *Ausschüsse der Versammlung*:
- 3.5.1. bezüglich der *Einsetzung der Ausschüsse*:
- 3.5.1.1. anstelle von Artikel 42.1 den folgenden neuen Absatz einzufügen:
„Zu Beginn jeder ordentlichen Sitzungsperiode setzt die Versammlung die folgenden allgemeinen Ausschüsse ein:
1. Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie (84 Sitze);
 2. Ausschuss für Recht und Menschenrechte (84 Sitze);
 3. Ausschuss für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung (84 Sitze);
 4. Ausschuss für Wanderbewegungen, Flüchtlinge und Vertriebene (84 Sitze);
 5. Ausschuss für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Medien (84 Sitze);
 6. Ausschuss für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung (84 Sitze);
 7. Ausschuss für die Einhaltung der von Mitgliedstaaten des Europarats eingegangenen Pflichten und Verpflichtungen (Überwachungsausschuss) (84 Sitze);
 8. Ausschuss für Geschäftsordnung, Immunitäten und institutionelle Angelegenheiten (37 Sitze).“;
- 3.5.1.2. in Artikel 42.2 die Worte „in jedem der ersten acht Ausschüsse“ zu ersetzen durch „in jedem der ersten sechs Ausschüsse“;
- 3.5.1.3. bezüglich der Zusammensetzung des Ausschusses für Geschäftsordnung, Immunitäten und institutionelle Angelegenheiten Artikel 42.3 zu ändern, indem die Worte „25 der 27 Mitglieder“ ersetzt werden durch „30 der 37 Mitglieder“ und indem nach dem zweiten Satz der folgende Satz eingefügt wird:
„Fraktionsvorsitzende sind kraft Amtes Mitglieder des Ausschusses. Die Fraktionen ernennen die Mitglieder mit dem Ziel einer ausgewogenen Vertretung der nationalen Delegationen“;
- 3.5.1.4. nach Artikel 42.5 den folgenden neuen Absatz einzufügen: „Kein Mitglied der Versammlung kann ordentliches Mitglied von mehr als zwei Ausschüssen sein; ausgenommen sind die Ausschüsse, deren Mitglieder von den Fraktionen ernannt werden“;
- 3.5.1.5. in den Artikeln 18.5, 19.3, 58 und 59 die Bezeichnung des Politischen Ausschusses in „Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie“ zu ändern;
- 3.5.1.6. in Artikel 46.6 den zweiten Satz zu streichen;
- 3.5.2. bezüglich der *„Zuständigkeit der Ausschüsse“*
- 3.5.2.1. in Artikel 43.1 nach dem ersten Satz den folgenden Satz einzufügen: „Sie können entsprechend Artikel 48 einen Bericht oder einen Bericht zur Unterrichtung für die Versammlung oder den Ständigen Ausschuss erstellen, Überweisungen zusammenlegen oder auf eine Überweisung hin nicht tätig werden. In den beiden letzteren Fällen informieren Sie das Präsidium entsprechend“;
- 3.5.2.2. Artikel 43.5 zu streichen;
- 3.5.3. bezüglich „Ausschussberichten“ und Maßnahmen hinsichtlich verabschiedeten Texten:
- 3.5.3.1. am Ende von Artikel 48.1 den folgenden Satz hinzuzufügen:
„Ein Berichterstatter bleibt für einen Zeitraum von einem Jahr nach der Verabschiedung des Texts durch die Versammlung zuständig für die Weiterverfolgung seines Berichts.“;
- 3.5.3.2. am Ende von Artikel 48.6 folgenden neuen Absatz einzufügen:
„Ausschüsse können einen oder mehrere Generalberichterstatter ernennen, deren Zuständigkeitsbereiche und Amtszeiten vorher festzulegen sind. Die Zuständig-

keitsbereiche sind dem Präsidium zur Genehmigung vorzulegen und dessen Entscheidung ist von der Versammlung zu bestätigen.“;

3.5.4. bezüglich des „Vorstands der Ausschüsse“, im ersten Satz von Artikel 47.3 den Wortlaut: „Kandidaten für das Amt des Vorsitzenden bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden müssen ordentliche Ausschussmitglieder sein und seit mindestens einem Jahr ordentliche oder stellvertretende Mitglieder des betreffenden Ausschusses sein“ zu ersetzen durch:

„Ausschussmitglieder, die seit mindestens einem Jahr Mitglieder des Ausschusses sind, können sich um das Amt des Vorsitzenden bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden bewerben“.²⁰

3.5.5. bezüglich des Vorstands der Unterausschüsse, den dritten Satz von Artikel 47.7 wie folgt zu ersetzen:

„Ordentliche Mitglieder von Unterausschüssen, die seit mindestens einem Jahr Mitglieder des Unterausschusses sind, können sich um das Amt des Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses bewerben“.²¹

3.6. bezüglich des „Status eines Partners für Demokratie“ Artikel 60.7 durch folgenden neuen Wortlaut zu ersetzen:

„Der Beschluss, den Status eines Partners für Demokratie zu gewähren, auszusetzen oder zu entziehen, wird durch eine EntschlieÙung der Versammlung nach einem Bericht des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie mit Stellungnahme des Ausschusses für Recht und Menschenrechte und des Ausschusses für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung und gegebenenfalls Stellungnahme seitens anderer zuständiger Ausschüsse der Versammlung getroffen. Diese Ausschüsse prüfen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen die Fortschritte bei der Erfüllung der Verpflichtungen, die die betreffenden Parlamente bei der Beantragung dieses Status eingegangen sind.“

4. Zusätzlich beschließt die Versammlung die folgenden Änderungen ihrer Geschäftsordnung, deren Ziel die Verbesserung ihrer Arbeitsweise und Arbeitsmethoden ist:

4.1. bezüglich der Eröffnung der ordentlichen Sitzungsperiode wird Artikel 5 wie folgt geändert: „Artikel 5 – Alterspräsident

4.2. Das Dienstälteste Mitglied der Versammlung, d.h. das Mitglied, das der Versammlung am längsten angehört, eröffnet die ordentliche Sitzungsperiode und führt bis zur Verkündung der Wahl des Präsidenten der Versammlung den Vorsitz.

4.3. Unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten darf keine Aussprache stattfinden, deren Gegenstand nicht mit der Prüfung der Beglaubigungsschreiben oder der Wahl des Präsidenten der Versammlung zusammenhängt; es dürfen keine Reden gehalten werden. Der Alterspräsident kann vor der Versammlung eine Rede von nicht mehr als fünf Minuten Dauer halten.“;

4.4. bezüglich „Schriftlicher Erklärungen“ wird Artikel 53.2 durch folgenden Satz am Ende ergänzt:

„Keine Unterschrift kann zurückgezogen werden.“

5. Hinsichtlich der ergänzenden Texte beschließt die Versammlung, die zusätzlichen Bestimmungen in Bezug auf Aussprachen der Versammlung zu ändern:

5.1. bezüglich der „Organisation der Aussprachen“ wird Absatz 5 wie folgt geändert:

„Um sicherzustellen, dass die Redezeiten beachtet werden, wird die verfügbare Zeit angezeigt und eine Glocke erklingt, wenn die Zeit abgelaufen ist“;

5.2. bezüglich „Redezeit“ wird Absatz 1 wie folgt geändert:

„In die Rednerliste eingetragene Redner haben eine Redezeit von vier Minuten“.

6. Sie beschließt ferner, die zusätzlichen Bestimmungen für *Kandidaten für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* durch Änderung von EntschlieÙung 1366 (2004), geändert durch EntschlieÙung 1426 (2005) und EntschlieÙung 1627 (2008), wie folgt zu ändern:

6.1. Absatz 3.ii ist durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: „die Liste nicht mindestens einen Bewerber eines jeden Geschlechts umfasst, außer in den in Absatz 4 beschriebenen Fällen.“;

²⁰ Diese Bestimmung gilt nicht für die neuen Ausschüsse.

²¹ Diese Bestimmung gilt nicht für die neuen Unterausschüsse.

- 6.2. Absatz 3.iii.a durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: „die nicht aktive Kenntnisse einer und passive Kenntnisse der anderen offiziellen Sprachen des Europarates besitzen, oder“;
- 6.3. Absatz 4 ist durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:
„Die Versammlung beschließt, eine Kandidatenliste, die nur Bewerber eines einzigen Geschlechts umfasst, in Betracht zu ziehen, wenn die Bewerber zum Zeitpunkt des Aufrufs zur Einreichung von Bewerbungen dem im Gerichtshof unterrepräsentierten Geschlecht angehören (d.h. dem Geschlecht, dem weniger als 40 % aller Richter angehören) oder unter außergewöhnlichen Umständen, wenn eine Vertragspartei alle erforderlichen und geeigneten Schritte unternommen hat, um zu gewährleisten, dass die Listen Bewerber beider Geschlechter umfassen, die den Anforderungen von Artikel 21, Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention genügen. Derartige außergewöhnlichen Umstände müssen mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder des Unterausschusses für die Wahl der Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ordnungsgemäß festgestellt werden. Diese Position ist von der Versammlung im Rahmen des Fortschrittberichts des Präsidiums der Versammlung zu unterstützen.“;
- 6.4. am Ende von Absatz 5.viii sind folgende Worte hinzufügen: „und insbesondere positive Gründe für seine Empfehlungen zugunsten eines bestimmten Bewerbers anzugeben“;
- 6.5. die Absätze 6, 7 und 8 zu streichen.
7. Schließlich beschließt die Versammlung, den *Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für die Einhaltung der von Mitgliedstaaten des Europarats eingegangenen Pflichten und Verpflichtungen (Überwachungsausschuss)* durch folgende Änderung von Entschließung 1115 (1997) zu ändern:
- 7.1 in Absatz 2.iii sind die Worte „nicht weniger als zehn Mitglieder der Versammlung, die mindestens fünf nationale Delegationen und zwei Fraktionen vertreten“ zu ersetzen durch „nicht weniger als zwanzig Mitglieder der Versammlung, die mindestens sechs nationale Delegationen und zwei Fraktionen vertreten“.
8. Die Versammlung beschließt, dass die in dieser Entschließung enthaltenen Änderungen der Geschäftsordnung bei der Eröffnung der ordentlichen Sitzungsperiode im Jahr 2012 (am 23. Januar 2012) in Kraft treten. Die Änderungen der zusätzlichen Bestimmungen bezüglich der Kandidaten für den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof treten mit ihrer Verabschiedung in Kraft und gelten für laufende Verfahren.

Entschließung 1842 (2011)²²

betr. die Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Parlamentarischen Versammlung – Umsetzung von Entschließung 1822 (2011) betr. die Reform der Parlamentarischen Versammlung

1. Mit der Verabschiedung von Entschließung 1822 (2011) betr. die Reform der Parlamentarischen Versammlung wollte die Parlamentarische Versammlung den Kontext, in dem sie tätig ist, neu definieren, insbesondere durch die Änderung der Struktur ihrer Ausschüsse, um ihre politische Relevanz und Effektivität zu stärken, ihre Außenwirkung zu erhöhen, die Einbeziehung und Beteiligung ihrer Mitglieder zu verbessern und die Verwendung der Ressourcen für ihren Betrieb zu rationalisieren.
2. Folglich beschließt die Versammlung die geänderten Zuständigkeitsbereiche für die Ausschüsse der Versammlung, sowohl in allgemeiner als auch in besonderer Hinsicht, wie im Anhang zur vorliegenden Entschließung dargelegt.
3. Die Versammlung beschließt ferner, ihre Geschäftsordnung im Hinblick auf die Einsetzung ihrer Ausschüsse, die Zusammensetzung ihres Ausschusses für Geschäftsordnung, Immunitäten und institutionelle Angelegenheiten, die Schaffung des Amtes des Generalberichterstatters und die Aufnahme der an den Zuständigkeitsbereichen der Ausschüsse vorgenommenen Änderungen in die Geschäftsordnung im Allgemeinen zu ändern. Sie verweist daher auf Entschließung 1841 (2011) betr. die Änderung verschiedener Bestimmungen der Geschäftsordnung der Parlamentarischen Versammlung – Umsetzung von Entschließung 1822 (2011) betr. die Reform der Parlamentarischen Versammlung.

²² Versammlungsdebatte am 7. Oktober 2011 (36. Sitzung) (siehe Dok. 12717, Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung, Immunitäten und institutionelle Angelegenheiten, Berichterstatter: Herr Vareikis). Von der Versammlung am 7. Oktober 2011 (36. Sitzung) verabschiedeter Text.

4. Die Versammlung beschließt ebenfalls, dass bei Berichten, die derzeit von den Ausschüssen in Gebieten erstellt werden, die von der Überprüfung des jeweiligen Zuständigkeitsbereichs oder einem Transfer an einen anderen Ausschuss betroffen sind, eine Verlängerung der ursprünglichen Frist um ein Jahr möglich ist. Es wird Aufgabe des Präsidiums der Versammlung sein, die Überweisung an die Ausschüsse zur Berichterstattung im Lichte ihrer neuen Zuständigkeiten erneut zu prüfen, auch in Fällen, in denen ein Zuständigkeitskonflikt zwischen mehreren Ausschüssen besteht.

5. Die vorliegende Entschlieung ersetzt Entschlieung 1425 (2005) betr. die Änderung der Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Versammlung und tritt mit Eröffnung der ordentlichen Sitzung 2012 der Versammlung am 23. Januar 2012 in Kraft.

Anhang

Allgemeine Zuständigkeitsbereiche aller Ausschüsse der Versammlung

Die Versammlung beschließt, die allgemeinen Zuständigkeitsbereiche für alle ihre Ausschüsse wie folgt zu ändern:

1. Die Ausschüsse dürfen alle Fragen im Rahmen ihres speziellen Zuständigkeitsbereichs prüfen (Artikel 43.1 der Geschäftsordnung) und eventuell Informationsberichte zu diesen Fragen einreichen (Artikel 48.6).
2. Die Ausschüsse erstellen nur Berichte zur Debatte in der Versammlung:
 - 2.1. zu Fragen, die an sie überwiesen werden (Artikel 25);
 - 2.2. wenn sie durch von der Versammlung verabschiedete Texte dazu angewiesen werden (unter Berücksichtigung von Artikel 24.1.b);
 - 2.3. wenn dies durch die Geschäftsordnung der Versammlung festgelegt ist;
 - 2.4. wenn sie dazu angesichts ihres speziellen Zuständigkeitsbereichs beauftragt sind;
3. Die Ausschüsse gewährleisten eine angemessene Weiterverfolgung der von der Versammlung verabschiedeten Entschlieungen und Empfehlungen in den Gebieten, die von ihren speziellen Zuständigkeitsbereichen abgedeckt werden.
4. Die Ausschüsse können Konferenzen und andere Veranstaltungen zu Fragen innerhalb ihres speziellen Zuständigkeitsbereichs organisieren, die mit ihrem Arbeitsprogramm zu tun haben, sofern Mittel dafür zur Verfügung stehen.
5. Die Ausschüsse sollen Arbeitsbeziehungen herstellen und unterhalten zu:
 - 5.1. den zuständigen Organen (Ausschüssen etc.) der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten;
 - 5.2. den zuständigen Organen (Ausschüssen usw.) der europäischen parlamentarischen Versammlungen (Europäisches Parlament, Parlamentarische Versammlung der OSZE, Interparlamentarische Versammlung der GUS und andere) und der Interparlamentarischen Union (IPU);
 - 5.3. abhängig von der Entscheidung des Präsidiums der Versammlung, zu den zuständigen Organen (Ausschüssen usw.) der nationalen Parlamente, die über einen Besonderen Gaststatus, Beobachterstatus oder Partner-für-Demokratie-Status verfügen;
 - 5.4. abhängig von der Entscheidung des Präsidiums der Versammlung, zu den zuständigen Organen (Ausschüssen usw.) der nationalen Parlamente von Nichtmitgliedstaaten.
6. Die Ausschüsse verfolgen die Aktivitäten des Ministerkomitees auf den Gebieten, die in ihren speziellen Zuständigkeitsbereich fallen.
7. Die Ausschüsse sollen die Aktivitäten folgender Gremien verfolgen und Arbeitsbeziehungen zu ihnen unterhalten:
 - 7.1. zu den relevanten Berichterstattergruppen, Arbeitsgruppen und Verbindungsausschüssen der Stellvertreter der Minister und der Berichterstatter der Stellvertreter der Minister;
 - 7.2. zu den relevanten Strukturen und Organen des Europarates wie dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dem Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, dem Menschenrechtskommissar, den Teilabkommen des Europarates, den Überwachungsorganen des Europarates und den relevanten Expertenkomitees des Europarates.
8. Die Ausschüsse sind berechtigt, in den Delegationen der Versammlung zu den relevanten europäischen speziellen Ministerkonferenzen vertreten zu sein und ihre Aktivitäten weiterzuverfolgen.

9. Die Ausschüsse sollen die Aktivitäten der europäischen und internationalen Organisationen und Gremien verfolgen, die in den in ihre spezielle Zuständigkeitsbereiche fallenden Bereichen tätig sind, insbesondere der Europäischen Union, der OSZE, der Vereinten Nationen und ihrer Agenturen und Institutionen, und mit diesen Arbeitsbeziehungen unterhalten.

10. Die Ausschüsse sind berechtigt, Arbeitsbeziehungen zu europäischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen zu entwickeln und zu unterhalten, die Aktivitäten in den in ihre speziellen Zuständigkeitsbereiche fallenden Bereichen durchführen.

11. Die Ausschüsse sollen die Ratifizierung und Umsetzung der relevanten Übereinkommen, die in ihren speziellen Zuständigkeitsbereich fallen, seitens der Mitgliedstaaten des Europarates fördern.

Spezielle Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Versammlung

Die Versammlung beschließt ebenfalls, die speziellen Zuständigkeitsbereiche ihrer Ausschüsse wie folgt zu ändern:

1. Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie (AS/Pol)

1.1. Der Ausschuss soll sich mit der allgemeinen Politik des Europarates und allen politischen Fragen, die in die Zuständigkeit der Organisation fallen, befassen. Er soll Berichte zu dringenden politischen Lagen und Krisen in den Mitgliedstaaten des Europarates erstellen.

1.2. Der Ausschuss soll sich insbesondere befassen mit:

1.2.1. Anträgen auf eine Mitgliedschaft im Europarat;

1.2.2. Anträgen auf Erteilung des Beobachterstatus beim Europarat und bei der Parlamentarischen Versammlung gemäß Artikel 59 der Geschäftsordnung der Versammlung;

1.2.3. Anträgen auf Erteilung des Besonderen Gaststatus bei der Parlamentarischen Versammlung gemäß Artikel 58.3 der Geschäftsordnung;

1.2.4. Anträgen auf Erteilung des Partner-für-Demokratie-Status bei der Parlamentarischen Versammlung gemäß Artikel 60.7 der Geschäftsordnung;

1.2.5. Fragen im Hinblick auf den Stand der Demokratie und das Funktionieren und die Entwicklung der demokratischen Institutionen in Europa sowie in den Beobachterstaaten und denjenigen Staaten, deren Parlamente einen Beobachterstatus oder Partner-für-Demokratie-Status besitzen;

1.2.6. wichtigen politischen Herausforderungen für die moderne Gesellschaft;

1.2.7. Fragen im Zusammenhang mit der demokratischen Stabilität in Europa ;

1.2.8. Fragen im Zusammenhang mit harten/weichen Sicherheitsaspekten in Europa;

1.2.9. die Verhütung und Beilegung von Krisen und Konflikten in, zwischen oder mit Auswirkungen auf Mitglied- und Beobachterstaaten sowie auf Nichtmitgliedstaaten, deren Parlamente über einen Beobachter- oder Partner-für-Demokratie-Status verfügen oder einen solchen beantragen.

1.3. Der Ausschuss erstellt Berichte über die Tätigkeiten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Zur Erstellung der Berichte und zur Vorbereitung der Debatten in der Versammlung unterhält der Ausschuss Arbeitsbeziehungen zur OECD und zur EBRD sowie zu den Parlamenten der Nichtmitgliedstaaten, die an diesen Debatten teilnehmen.

1.4. Der Ausschuss befasst sich mit der Lage in Staaten, die dem Europarat nicht angehören, im Lichte der vom Europarat aufrecht erhaltenen Grundwerte, unterbreitet Vorschläge und ergreift – vorbehaltlich der Zustimmung des Präsidiums – politische Maßnahmen zur Förderung dieser Werte.

1.5. Der Ausschuss kann dem Präsidium den Abschluss von Kooperationsabkommen oder andere Möglichkeiten zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Parlamenten von Nichtmitgliedstaaten und internationalen interparlamentarischen Institutionen vorschlagen.

1.6. Der Ausschuss ist an der Vertretung der Versammlung in der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und am Rat für demokratische Wahlen der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) beteiligt.

2. *Ausschuss für Recht und Menschenrechte (AS/Jur)*

2.1. Der Ausschuss befasst sich mit allen Rechts- und Menschenrechtsfragen (einschließlich Vorschlägen für und der Erstellung von satzungsgemäßen Stellungnahmen zu den Entwürfen von Europaratsübereinkommen), die in die Zuständigkeit des Europarates fallen.

2.2. Der Ausschuss befasst sich insbesondere mit:

2.2.1. allen Fragen, die die Menschenrechtsverträge und Menschenrechtsmechanismen des Europarates betreffen, insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention und ihre Protokolle, das Europäische Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe und andere internationale Instrumente;

2.2.2. anderen Fragen, die den Stand der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die Rechtsstaatlichkeit in Europa sowie in den Beobachterstaaten und in den Staaten, deren Parlamente Beobachterstatus oder Partner-für-Demokratie-Status besitzen, betreffen, einschließlich angeblichen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen systemischer oder sonst weit verbreiteter Natur;

2.2.3. dem Funktionieren der nationalen und internationalen Justizorgane (sowie Ombudsmann- und nationale Menschenrechtsinstitutionen), der Polizei sowie von Haftzentren und Gefängnissen in den Mitgliedstaaten des Europarates;

2.2.4. dem nationalen und internationalen Strafrecht und der Kriminologie; der Behandlung von Straftätern und den Haftbedingungen (einschließlich Untersuchungshaft) sowie Alternativen zu einer Inhaftierung;

2.2.5. Rechts- und Menschenrechtsfragen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung.

2.3. Der Ausschuss gibt eine Stellungnahme zum Recht, zur Rechtspraxis und zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten von Staaten ab, die einen Antrag auf Mitgliedschaft im Europarat gestellt haben, sowie von Staaten, deren Parlamente sich um einen Partner-für-Demokratie-Status bei der Parlamentarischen Versammlung bemühen, um die Erfüllung der Normen des Europarates zu beurteilen.

2.4. Der Ausschuss fördert die normsetzenden Rechtsinstrumente des Europarates auf dem Gebiet der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit in Nichtmitgliedstaaten.

2.5. Der Ausschuss ist für die Interviews aller Kandidaten für Richterämter beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und für das Amt des Menschenrechtskommissars des Europarates vor ihrer Wahl durch die Versammlung zuständig. Er prüft auch die Lebensläufe der Kandidaten zum Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT).

2.6. Der Ausschuss verfolgt die Aktivitäten der Europäischen Ombudsmann-Konferenz.

2.7. Der Ausschuss ist an der Vertretung der Versammlung in der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) und in deren Rat für demokratische Wahlen beteiligt.

2.8. Der Ausschuss vertritt die Versammlung in der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarates und beteiligt sich an der Arbeit der Europäischen Kommission für die Effizienz der Justiz (CEPEJ).

2.9. Der Ausschuss vertritt die Versammlung in und verfolgt die Arbeit der relevanten Expertenausschüsse des Europarates.

3. *Ausschuss für Sozialordnung, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung (AS/Soc)*

3.1. Der Ausschuss befasst sich mit Fragen im Hinblick auf die sozialen Rechte und Politiken, die öffentliche Gesundheit, nachhaltige Entwicklung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, kommunale und regionale Demokratie sowie gute Regierungsführung in diesen Bereichen unter besonderer Beachtung der Lage der stärker benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft.

3.2. Der Ausschuss befasst sich insbesondere mit:

3.2.1. der Umsetzung und eventuellen Entwicklung in den Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene der durch die (revidierte) europäische Sozialcharta (SEV Nr. 163) garantier-

- ten Rechte und den Beitrag des gesellschaftlichen Zusammenhalts zur demokratischen Sicherheit;
- 3.2.2. der Förderung der nachhaltigen Entwicklung, einschließlich des Schutzes der biologischen Vielfalt, einer vorausschauenden Bewirtschaftung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen, des Klimawandels, der Entwicklungskooperation, einer Ökologisierung der Wirtschaft sowie der relevanten sektorspezifischen Politiken (insbesondere Energie, Verkehr, Transport, Tourismus, Handel);
- 3.2.3. dem Zugang zu angemessenen und erschwinglichen Gesundheitsdiensten und effektives Management der Risiken und Chancen für die Gesundheit der Bevölkerung (insbesondere Nahrungsmittelsicherheit, Natur- und Technikkatastrophen, Fälschungen, Arzneimittel, Epidemien, Umweltverschmutzung, Biomedizin);
- 3.2.4. Politiken, die abzielen auf die Verbesserung der sozialen Kohäsion (insbesondere Beschäftigung, sozialer Dialog, soziale Sicherheit, Altersversorgung), die Unterstützung von Gruppen, die eines besonderen Schutzes bedürfen (z.B. Kinder, ältere Menschen, Familien), sowie die Förderung der Generationensolidarität, unter Berücksichtigung der demographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Trends;
- 3.2.5. guter Regierungsführung und demokratischen Praktiken auf kommunaler und regionaler Ebene.
- 3.3. Der Ausschuss verfolgt die Aktivitäten des Kongresses der Gemeinden und Regionen in Europa des Europarates sowie der europäischen und internationalen Organisationen, Agenturen und Vereinigungen der kommunalen und regionalen Behörden und unterhält Arbeitsbeziehungen zu ihnen.
- 3.4. Der Ausschuss erstattet regelmäßig Bericht über die Aktivitäten der Entwicklungsbank des Europarates.
- 3.5. Der Ausschuss ist an der Vertretung der Versammlung im Europäischen Zentrum für weltweite Interdependenz und Solidarität (Nord-Süd-Zentrum) beteiligt.
- 3.6. Der Ausschuss vertritt die Versammlung in den relevanten Expertenausschüssen des Europarates und verfolgt ihre Arbeit.
- 3.7. Der Ausschuss wählt für die Versammlung die Kandidaten für den Europapreis und die damit verbundenen Auszeichnungen für kommunale Behörden sowie die Preisträger.
4. *Ausschuss für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Vertriebenenfragen (AS/Mig)*
- 4.1. Der Ausschuss befasst sich mit allen relevanten Fragen im Hinblick auf Wanderbewegungen, Asyl und Vertreibung in Europa und anderen relevanten Teilen der Welt und konzentriert sich insbesondere auf die betroffenen Personen und ihre Rechte. Er erarbeitet und schlägt rechtliche und politische Lösungen und Maßnahmen für eine engere europäische Zusammenarbeit sowie ggf. für eine Zusammenarbeit mit nichteuropäischen Ländern in diesen Bereichen vor, unter Wahrung der Menschenrechte und der humanitären Werte des Europarates.
- 4.2. Der Ausschuss befasst sich insbesondere mit:
- 4.2.1. Fragen im Hinblick auf Wanderbewegungen, einschließlich der Rechte von Migranten während ihres Migrationsprozesses;
- 4.2.2. Fragen im Zusammenhang mit dem Asylprozess in Europa und den Rechten von Asylbewerbern und Flüchtlingen;
- 4.2.3. der Lage der Binnenvertriebenen in Europa sowie ihren Rechten und humanitären Bedürfnissen;
- 4.2.4. der Zusammenarbeit zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern;
- 4.2.5. den Beziehungen zwischen den Gemeinschaften in multikulturellen Gesellschaften, einschließlich der Lage und der Integration von Migranten und ihrer sozialen, wirtschaftlichen sowie zivilen und politischen Rechte;
- 4.2.6. dem humanitären Recht und humanitären Fragen;
- 4.3.7. Der Ausschuss vertritt die Versammlung in den relevanten Expertenausschüssen des Europarates und verfolgt deren Arbeit.

5. *Ausschuss für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Medien (AS/Cult)*
 - 5.1. Der Ausschuss befasst sich mit Fragen im Zusammenhang mit Kultur, Wissenschaft, Bildung, Jugend, Sport und Medien in Europa und fördert die kulturelle Zusammenarbeit und den interkulturellen Dialog innerhalb Europas und mit anderen Teilen der Welt, insbesondere dem Mittelmeerraum.
 - 5.2. Der Ausschuss befasst sich insbesondere mit:
 - 5.2.1. Kultur, Bildung und Jugendpolitiken sowie den damit verbundenen Rechten;
 - 5.2.2. der kulturellen Vielfalt und dem interkulturellen Dialog;
 - 5.2.3. der Verwaltung des kulturellen Erbes;
 - 5.2.4. Hochschulbildung und Forschungspolitiken;
 - 5.2.5. der Ethik der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen;
 - 5.2.6. Sport und Gesellschaft;
 - 5.2.7. der Meinungs- und Informationsfreiheit, der Medienfreiheit und der Medienethik;
 - 5.2.8. der Internet-Verwaltung und der Sicherheit des Internets;
 - 5.3. Der Ausschuss beschließt für die Versammlung die jährliche Verleihung des Museumspreises des Europarates.
 - 5.4. Der Ausschuss beteiligt sich an der Vertretung der Versammlung in der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und im Europäischen Zentrum für weltweite Interdependenz und Solidarität (Nord-Süd-Zentrum).
 - 5.5. Der Ausschuss vertritt die Versammlung im Ausschuss für Kunstwerke (C-ART) des Europarats.
 - 5.6. Der Ausschuss vertritt die Versammlung in den relevanten Expertenausschüssen des Europarates und verfolgt ihre Arbeit.
6. *Ausschuss für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung (AS/Ega)*
 - 6.1. Der Ausschuss befasst sich mit Fragen der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung aus jedwedem Grund wie Geschlecht, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität, Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, politischer oder anderer Meinung, nationaler oder sozialer Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, Eigentum, Geburt, Alter, Behinderung oder aufgrund eines anderen Status.
 - 6.2. Der Ausschuss befasst sich insbesondere mit:
 - 6.2.1. Fragen im Zusammenhang mit der Förderung der Gleichstellung und Chancengleichheit im weiteren Sinne;
 - 6.2.2. allen Fragen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern betreffen, einschließlich der politischen Vertretung, der wirtschaftlichen Selbstbestimmung, Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifischen Verbrechen, Frauenhandel sowie sexuellen und reproduktiven Gesundheitsfragen im Zusammenhang mit den Rechten und Freiheiten von Frauen;
 - 6.2.3. Fragen im Hinblick auf nationale und andere Minderheiten, einschließlich Roma und Nichtsesshaften;
 - 6.2.4. Fragen im Hinblick auf die Verhinderung und Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz in Europa.
 - 6.3. Der Ausschuss verfolgt die Einhaltung der Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung im Zusammenhang mit Gleichstellung und Nichtdiskriminierung durch den Europarat, seine Organe sowie durch seine Mitglied- und Beobachterstaaten und Staaten, deren Parlamente einen Beobachter- oder Partner-für-Demokratie-Status besitzen.
 - 6.4. Der Ausschuss fördert die Einbeziehung der Dimension der Chancengleichheit in die Arbeit der Versammlung, so dass auf allen Ebenen und in allen Bereichen eine Gleichstellungsperspektive verankert wird. Der Ausschuss fördert auch eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in den Strukturen der Versammlung.

- 6.5. Der Ausschuss eröffnet und unterhält Arbeitsbeziehungen zu den nationalen Gleichstellungsorganen.
- 6.6. Der Ausschuss ist an der Vertretung der Versammlung in der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) beteiligt.
- 6.7. Der Ausschuss vertritt die Versammlung in den relevanten Expertenausschüssen des Europarates und verfolgt ihre Arbeit.
- 6.8. Der Ausschuss wählt für die Versammlung die Gewinner des Gleichstellungspreises aus.
7. *Ausschuss für Geschäftsordnung, Immunitäten und institutionelle Angelegenheiten (AS/Pro)*
 - 7.1. Der Ausschuss stellt sicher, dass die Geschäftsordnung der Versammlung richtig angewandt wird und dass sie sich – ebenso wie die der Geschäftsordnung nachgeordneten Texte – im Einklang mit der Arbeitspraxis der Versammlung befindet. Er befasst sich gemäß Artikel 66 der Geschäftsordnung mit Vorschlägen für Änderungen an der Geschäftsordnung.
 - 7.2. Zu den Aufgaben des Ausschusses gehört es insbesondere,
 - 7.2.1. das Präsidium der Versammlung (auf sein Ersuchen hin) zu allen Verfahrensfragen zu beraten oder der Versammlung oder dem Ständigen Ausschuss zu Fragen der Interpretation oder Änderung der Geschäftsordnung Bericht zu erstatten;
 - 7.2.2. der Versammlung gemäß Artikel 7.2 der Geschäftsordnung zu allen angefochtenen Beglaubigungsschreiben von Vertretern und Stellvertretern Bericht zu erstatten und gemäß Artikel 8.3 und 9.2 der Geschäftsordnung seine Stellungnahme zu jeder Anfechtung von noch nicht bestätigten Beglaubigungsschreiben und zu jedem Antrag auf Annullierung von zuvor bestätigten Beglaubigungsschreiben aus sachlichen Gründen abzugeben;
 - 7.2.3. dem Präsidium gemäß Artikel 58.6 der Geschäftsordnung zu allen angefochtenen Beglaubigungsschreiben von Mitgliedern von Delegationen mit besonderem Gaststatus nach einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie Bericht zu erstatten;
 - 7.2.4. sich mit Fragen im Zusammenhang mit den Vorrechten und Immunitäten von Mitgliedern der Versammlung zu befassen, einschließlich Fragen im Zusammenhang mit dem Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarats vom 2. September 1949 und seinem Protokoll vom 6. November 1952;
 - 7.2.5. Anträge auf Aufhebung der Immunität zu prüfen, die gemäß Artikel 65 der Geschäftsordnung an ihn überwiesen werden;
 - 7.2.6. Fragen im Hinblick auf das Recht von Vertretern und Stellvertretern zur Teilnahme an den Sitzungen und zur Erstattung der Reisekosten durch die nationalen Parlamente oder Regierungen zu prüfen;
 - 7.2.7. die Ausschussstruktur der Versammlung und das Funktionieren des Ausschussystems der Versammlung weiterhin zu prüfen und zu Vorschlägen zur Einsetzung neuer Ausschüsse Bericht zu erstatten.
 - 7.3. Der Ausschuss aktualisiert auf Anweisung des Präsidiums der Versammlung die Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Versammlung.
 - 7.4. Der Ausschuss berichtet über Haushalts- und Finanzfragen des Europarates. Der Ausschuss fasst insbesondere die Stellungnahme der Versammlung zum Haushaltsentwurf des Europarates sowie die Entschließung über die Ausgaben der Versammlung und prüft Fragen im Zusammenhang mit den haushaltspolitischen Kompetenzen der Versammlung.
 - 7.5. Der Ausschuss befasst sich mit Fragen institutioneller Natur, die von der Versammlung oder ihrem Präsidium an ihn überwiesen wurden.
 - 7.6. Der Ausschuss verfolgt die Entwicklung auf europäischer und internationaler Ebene von Rechtsinstrumenten, die die Vorrechte und Immunitäten von Parlamentariern betreffen.
8. *Ausschuss für die Einhaltung der von den Mitgliedstaaten des Europarates eingegangenen Pflichten und Verpflichtungen (Überwachungsausschuss) (AS/Mon)*
 - 8.1. Der Ausschuss ist dafür zuständig anzustreben, dass folgende Verpflichtungen eingehalten werden:

- 8.1.1. die Einhaltung der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen nach der Satzung des Europarates, der Europäischen Menschenrechtskonvention und allen anderen innerhalb der Organisation geschlossenen Übereinkommen, denen sie beigetreten sind;
- 8.1.2. die Einhaltung der von den Regierungen der Mitgliedstaaten bei ihrem Beitritt zum Europarat eingegangenen Verpflichtungen.
- 8.2. Der Ausschuss kann der Versammlung die Einleitung oder Wiedereröffnung eines Überwachungsverfahrens vorschlagen, wenn ein Mitgliedstaat seinen Pflichten nicht nachkommt oder seine Verpflichtungen nicht einhält.
- 8.3. Der Ausschuss prüft ebenfalls Anträge auf Eröffnung eines Überwachungsverfahrens seitens
 - 8.3.1. der allgemeinen Ausschüsse der Versammlung durch einen begründeten schriftlichen Antrag an das Präsidium;
 - 8.3.2. nicht weniger als zwanzig Mitgliedern der Versammlung, die mindestens sechs nationale Delegationen und zwei politische Gruppen vertreten, durch Einreichung eines Antrags auf eine EntschlieÙung oder eine Empfehlung;
 - 8.3.3. des Präsidiums der Versammlung.
- 8.4. Der Ausschuss kann ebenfalls durch einen Beschluss, der auf einen von der Versammlung oder dem Ständigen Ausschuss verabschiedeten Text zurückgeht, angewiesen werden, ein Überwachungsverfahren durchzuführen.
- 8.5. Der Ausschuss berichtet der Versammlung einmal im Jahr über die allgemeinen Fortschritte des Überwachungsverfahrens, mindestens einmal alle zwei Jahre über jedes überwachte Land und mindestens einmal alle vier Jahre über jedes an einem Post-Monitoring-Dialog beteiligte Land.
- 8.6. Wenn ein Post-Monitoring-Dialog mit einem Mitgliedstaat von der Versammlung beschlossen wurde, verfolgt der Ausschuss diesen Dialog über die von der Regierung dieses Staates unternommene Weiterverfolgung der von der Versammlung in ihren verabschiedeten Texten empfohlenen Schritte, mit denen das Überwachungsverfahren eingestellt wird, oder über alle anderen Fragen, die aus den Verpflichtungen dieses Staates resultieren. Anschließend erstattet er dem Präsidium der Versammlung Bericht.
- 8.7. Der Ausschuss verfolgt die Aktivitäten der für die Überwachung der Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zuständigen subsidiären Organe des Ministerkomitees sowie der relevanten internationalen Institutionen und unterhält Arbeitsbeziehungen zu ihnen.
- 8.8. Der Ausschuss ist an der Vertretung der Versammlung im Rat für demokratische Wahlen der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) beteiligt.

EntschlieÙung 1843 (2011)²³

betr. die Achtung des Persönlichkeitsbereichs und der Schutz personenbezogener Daten im Internet und in den Online-Medien

1. Die Parlamentarische Versammlung würdigt die bahnbrechenden Fortschritte in den Informations- und Kommunikationstechnologien (nachfolgend „IKT“ genannt) und die daraus resultierenden positiven Ergebnisse für den einzelnen Menschen, die Gesellschaft und die menschliche Zivilisation insgesamt, sie stellt jedoch mit Besorgnis fest, dass die Digitalisierung von Informationen zu bisher unbekanntem Möglichkeiten der Identifizierung von Personen mittels ihrer Daten geführt hat. Personenbezogene Daten werden weltweit durch eine ständig wachsende Zahl von privaten und öffentlichen Einrichtungen verarbeitet. Sowohl die Nutzer selbst als auch Dritte geben persönliche Daten in grenzüberschreitende Computernetzwerke ein. Einzelne hinterlassen durch ihre Nutzung der IKT Datenspuren, die Rückschlüsse auf ihre Identität erlauben. Das Profiling, das heißt das Beobachten, Sammeln und Vergleichen von persönlichen Daten von Internetnutzern hat sich zu einem weiter-

²³ Versammlungsdebatte am 7. Oktober 2011 (36. Sitzung) (siehe Dok. 12695, Bericht des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Bildung, Berichterstatterin: Frau Rihter; sowie Dok. 12726, Stellungnahme des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatter: Herr Salles). Von der Versammlung am 7. Oktober 2011 (36. Sitzung) verabschiedeter Text. Siehe auch Empfehlung 1984 (2011).

breiteten Phänomen entwickelt. Zuweilen beobachten Unternehmen mithilfe der IKT Mitarbeiter und Geschäftskontakte.

2. Zudem dringen Hacker oftmals in IKT-Systeme ein, um in den Besitz von Daten juristischer Personen wie insbesondere Wirtschaftsunternehmen, Finanzinstitutionen, Forschungseinrichtungen und Behörden zu gelangen. Ein solches Eindringen kann zu wirtschaftlichen Verlusten für den Privatsektor führen und sich negativ auf das wirtschaftliche Wohl von Staaten und die innere und äußere Sicherheit auswirken.

3. Die Versammlung ist über Entwicklungen besorgt, die das Recht auf Privatsphäre und den Datenschutz gefährden. In einem demokratischen Staat, in dem die Rechtsstaatlichkeit herrscht, dürfen grenzüberschreitende Computernetzwerke von einem rechtlichen Standpunkt aus nicht als ein Raum betrachtet werden, in dem die Gesetze, insbesondere die Menschenrechtsgesetze, keine Gültigkeit haben.

4. Die Versammlung erinnert an das nach Artikel 8 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (SEV-Nr. 005) einer jeden Person garantierte grundlegende Menschenrecht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz. Dieses Recht umfasst auch das Recht auf den Datenschutz und die Verpflichtung, diesbezüglich im innerstaatlichen Recht geeignete Sicherheitsvorkehrungen zu schaffen.

5. Die Versammlung betont die Notwendigkeit, die mithilfe der Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere des Internets, durchgeführte Sammlung, Verbreitung und Konsultierung von Kinderpornographie wirksam zu bekämpfen, wie im Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (SEV-Nr. 201) geregelt.

6. Eingedenk ihrer langjährigen Unterstützung des Rechts auf den Schutz der Privatsphäre seit ihrer Empfehlung Nr. 509 (1968) betreffend die Menschenrechte und moderne wissenschaftliche und technologische Entwicklungen begrüßt und unterstützt die Versammlung die EntschlieÙung Nr. 3 betreffend den Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten im dritten Jahrtausend, die von der 30. Konferenz der Justizminister des Europarats (24.-26. November 2010 in Istanbul) angenommen wurde.

7. Wie die Versammlung in ihrer EntschlieÙung Nr. 428 (1970) betreffend die Massenmedien und die Menschenrechte bereits erklärte, dürfe der Einzelne dort, wo regionale, nationale und internationale elektronische Datenbanken eingerichtet würden, durch die Häufung sich sogar auf sein (oder ihr) Privatleben beziehender Informationen diesen nicht vollständig ausgeliefert und für diese nicht vollständig transparent werden. Die Datenbanken sollten sich auf ein erforderliches Mindestmaß an Informationen beschränken.

8. Unter Hinweis auf das Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (SEV-Nr. 108, nachfolgend „Übereinkommen Nr. 108“ genannt) betont die Versammlung, dass das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten insbesondere auch das Recht umfasst, dass solche Daten nach Treu und Glauben und auf rechtmäßige Weise und nur für festgelegte und rechtmäßige Zwecke verarbeitet werden müssen, und dass jedermann das Recht auf Kenntnis und Berichtigung seiner durch Dritte verarbeiteten personenbezogenen Daten und auf Zugang zu diesen und die Löschung personenbezogener Daten hat, wenn sie entgegen den Vorschriften verarbeitet wurden. Die Einhaltung dieser Verpflichtungen muss von einer unabhängigen Behörde im Einklang mit dem Zusatzprotokoll zum Übereinkommen Nr. 108 bezüglich Kontrollstellen und grenzüberschreitendem Datenverkehr (SEV-Nr. 181) beaufsichtigt werden.

9. Die Versammlung bekräftigt, dass die Mitgliedstaaten einer Übermittlung personenbezogener Daten an einen anderen Staat oder eine Organisation nur dann zustimmen sollten, wenn dieser Staat oder die Organisation eine Partei des Übereinkommens Nr. 108 und seines Zusatzprotokolls ist, und andernfalls für die beabsichtigte Datenübermittlung ein ebenso angemessenes Schutzniveau sicherstellen sollten. Gegen die Übermittlung personenbezogener Daten, die nach Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention das Recht auf den Schutz des Privatlebens verletzen, kann vor den nationalen Gerichten und als letztes Mittel vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein Verfahren angestrengt werden.

10. Die Versammlung begrüßt den Umstand, dass das Übereinkommen Nr. 108 von nahezu allen Mitgliedstaaten des Europarats – mit der bedauerlichen Ausnahme Armeniens, der Russischen Föderation, San Marinos und der Türkei – unterzeichnet und ratifiziert wurde, und stellt fest, dass die Artikel 7 und 8 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union weitgehend die gleichen Grundsätze enthalten. Angesichts der zunehmenden Globalisierung der IKT-gestützten Dienstleistungen sind die Einhaltung gleicher Standards und das Bemühen, andere Länder weltweit daran zu beteiligen, für ganz Europa von äußerster Dringlichkeit.

11. In Artikel 17 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (nachfolgend „ICCPR“ genannt) wird zwar das Recht auf Privatsphäre anerkannt, allerdings entsprechen die Rechtsauslegung und die

praktische Umsetzung dieses Artikels keinesfalls den EU-Standards. Die Versammlung vertritt deshalb die Auffassung, dass jede weltweite Initiative auf das Übereinkommen Nr. 108 und sein Zusatzprotokoll gestützt sein sollte, die beide grundsätzlich zur Unterzeichnung durch Nichtmitgliedstaaten des Europarats offenliegen.

12. Obgleich die Sicherheitstechnologien und -software, eine freiwillige Selbstkontrolle der IKT-Unternehmen und der privaten Nutzer sowie ein geschärftes Bewusstsein der Nutzer die Gefahr des Eingriffs in die Privatsphäre und der unerlaubten Verarbeitung personenbezogener Daten durch IKT verringern, vertritt die Versammlung die Auffassung, dass nur eine spezifische Gesetzgebung und eine wirksame Durchsetzung dem Recht auf den Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten nach Artikel 17 des ICCPR und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention ausreichenden Schutz bieten können.

13. Die Versammlung bedauert, dass im Falle IKT-gestützter Netzwerke und Dienstleistungen das Fehlen weltweit akzeptierter internationaler Rechtsnormen zum Datenschutz eine Rechtsunsicherheit schafft und deshalb die nationalen Gerichte bei jedem Einzelfall diese Lücke durch die Auslegung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften im Einklang mit Artikel 17 des ICCPR und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention schließen müssen. Dadurch erfährt der Einzelne nicht nur einen ungleichen Schutz seiner Rechte, sondern daraus ergeben sich weltweit auch unterschiedliche und sich verändernde Anforderungen für IKT-Unternehmen und Nutzer, was wiederum zu nahezu nicht vorhersagbaren Verpflichtungen führt.

14. Die Versammlung begrüßt die internationale Zusammenarbeit, die zwischen den unabhängigen Datenschutzbehörden stattfindet, und unterstützt deren Anstrengungen zur Sicherstellung eines gemeinsamen internationalen Schutzes der Privatsphäre und personenbezogener Daten im Zuge des technologischen Fortschritts, wie dies in ihren 2009 in Madrid und 2010 in Jerusalem angenommenen Entschlüssen zum Ausdruck gekommen ist. Die Versammlung teilt deren Auffassung, dass das Übereinkommen Nr. 108 weltweit gefördert werden sollte, da es sich dabei im Völkerrecht um das fortschrittlichste Regelwerk in diesem Bereich handelt.

15. Eingedenk des Übereinkommens über Computerkriminalität (SEV-Nr. 185) begrüßt die Versammlung, dass mehr als 100 Staaten eine Gesetzgebung verabschiedet haben, die mit dem Geiste dieses Übereinkommens im Einklang steht. Nach Artikel 2, 3 und 4 dieses Übereinkommens sind seine Parteien verpflichtet, den unbefugten Zugang zu, das Abfangen von und den Eingriff in Computerdaten, wenn vorsätzlich begangen, nach ihrem innerstaatlichen Strafrecht als Straftat anzusehen. Solche Computerdaten können personenbezogene Daten von natürlichen Personen und geheime Daten von juristischen Personen in Computernetzwerken enthalten.

16. Eingedenk Artikel 10 des Übereinkommens über Menschenrechte und Biomedizin (SEV-Nr. 164) und Artikel 16 des Zusatzprotokolls zu dieser Konvention über Menschenrechte und Biomedizin betreffend die Gentests zu gesundheitlichen Zwecken (SEV-Nr. 203) betont die Versammlung das Recht jedes Einzelnen auf den Schutz seiner persönlichen Gesundheitsdaten, einschließlich des Rechts auf Information und Zustimmung oder Ablehnung der Erhebung und der Verarbeitung solcher Daten durch die IKT. Die medizinischen und Gesundheitsdaten von Personen erfordern ein Höchstmaß an Datenschutz, da sie zentraler Bestandteil des Privatlebens und der Menschenwürde einer Person sind.

17. Die Versammlung erinnert auch an die Verpflichtung zur Achtung des Rechts auf Privatsphäre und Datenschutz gemäß der Konvention des Europarates über den Zugang zu amtlichen Dokumenten (SEV-Nr. 205) sowie die Einschränkungen des Datenschutzes gemäß der Konvention des Europarates über Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (SEV-Nr. 198) und dem Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (SEV-Nr. 127) und seinem Protokoll zur Änderung desselben (SEV-Nr. 208).

18. Die Versammlung formuliert die folgenden allgemeinen Grundsätze betreffend den Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten in einem IKT-Umfeld:

18.1. Der Schutz des Privatlebens und der Privatsphäre ist ein notwendiger Bestandteil des menschlichen Lebens und der menschlichen Funktionsweise einer demokratischen Gesellschaft; wenn die Privatsphäre einer Person verletzt wird, stehen die Menschenwürde, die Freiheit und die Sicherheit dieser Person auf dem Spiel;

18.2. das Recht auf den Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten ist ein grundlegendes Menschenrecht, das die Staaten dazu verpflichtet, einen angemessenen rechtlichen Rahmen für einen solchen Schutz gegen den Eingriff sowohl durch Behörden als auch durch Privatpersonen und Einrichtungen bereitzustellen;

18.3. jedermann muss die Verwendung seiner personenbezogenen Daten, einschließlich des Zugangs, der Erhebung, Speicherung, Weitergabe, Handhabung, Auswertung und anderer Arten der Ver-

arbeitung personenbezogener Daten, mit Ausnahme der technisch erforderlichen und rechtmäßigen Vorratsdatenspeicherung von IKT-Verkehrs- und Verbindungsdaten, durch andere kontrollieren können; die Kontrolle der Verwendung personenbezogener Daten umfasst auch das Recht auf Information und Berichtigung eigener personenbezogener Daten und Löschung aller Daten aus IKT-Systemen und -Netzwerken, die ohne eine rechtliche Verpflichtung bereitgestellt wurden;

18.4. personenbezogene Daten dürfen von anderen nicht verwendet werden, es sei denn, die betreffende Person hat zuvor ihre Zustimmung dazu gegeben, wozu eine ausdrückliche Einwilligung in voller Kenntnis einer solchen Verwendung, das heißt die Bekundung des freien, spezifischen und aufgeklärten Willens, erforderlich und wobei eine automatische und stillschweigende Verwendung ausgeschlossen ist; die Einwilligung kann anschließend jederzeit wieder zurückgenommen werden; im Falle der Zurücknahme der Einwilligung dürfen personenbezogene Daten nicht weiter verwendet werden;

18.5. werden personenbezogene Daten in der Absicht verwendet, diese kommerziell auszuwerten, ist die betreffende Person vorab auch über die konkrete kommerzielle Auswertung aufzuklären; selbst wenn personenbezogene Daten aufgrund der Einwilligung des Einzelnen oder der öffentlichen Verfügbarkeit andernfalls anonymer Daten von anderen verwendet werden dürfen, ist dennoch für die beabsichtigte Speicherung, Zusammenführung, Personalisierung und Verwendung solcher gespeicherter Daten die Zustimmung der betreffenden Person erforderlich;

18.6. in persönliche IKT-Systeme sowie IKT-gestützte Mitteilungen darf weder eingedrungen werden noch dürfen sie gehandhabt werden, wenn diese Handlungen die Privatsphäre oder das Briefgeheimnis verletzen; der Zugang und die Handhabung durch Cookies oder andere unbefugt erzeugte Datensätze verletzen die Privatsphäre, insbesondere wenn ein solcher automatischer Zugang und eine solche Handhabung anderen und vorzugsweise kommerziellen Interessen dienen;

18.7. besser geschützt werden sollten Privatfotos, personenbezogene Daten von Minderjährigen und Personen mit geistigen oder psychischen Behinderungen, persönliche Angaben zur Volkszugehörigkeit, persönliche medizinische, Gesundheits- oder sexuelle Daten, persönliche biometrische und genetische Daten, persönliche politische, philosophische und religiöse Daten, persönliche finanzielle Daten und andere Informationen, die Bestandteil des Kernbereichs des Privatlebens sind; besser geschützt werden sollten auch personenbezogene Daten in Verbindung mit Gerichtsverfahren und die berufliche Geheimhaltungspflicht von Rechtsanwälten, Angehörigen der Heilberufe und Journalisten; ein solcher besserer Schutz kann durch eigenverantwortliche, technische oder Rechtsmittel erfolgen und im Fall von Verletzungen des Datenschutzes oder der Privatsphäre mittels der Rechenschaftspflicht sichergestellt werden; es sollte ein konkreter Zeitraum festgelegt werden, mit dessen Ablauf solche Daten nicht länger gespeichert oder verwendet werden dürfen;

18.8. öffentliche und private Einrichtungen, die personenbezogene Daten erheben, speichern, verarbeiten oder anderweitig verwenden, sollten verpflichtet werden, die Menge dieser Daten auf ein unbedingt erforderliches Mindestmaß zu verringern; personenbezogene Daten sollten gelöscht werden, wenn sie veraltet sind, nicht verwendet werden oder der Zweck für ihre Erhebung erfüllt wurde oder nicht länger besteht; die willkürliche Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sollte vermieden werden;

18.9. jede Person sollte vor einem inländischen Gericht über eine wirksame Beschwerdemöglichkeit gegen eine unrechtmäßige Verletzung ihres Rechts auf den Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten verfügen; das Justizsystem sollte bei der Sicherstellung eines wirksamen Schutzes dieses Rechts durch Organe der freiwilligen Schiedsgerichtsbarkeit und der Selbstkontrolle sowie unabhängige Datenschutzbehörden ergänzt werden; Behörden und gewerbliche Unternehmen sollten dazu angehalten werden, Mechanismen für die Annahme und die Bearbeitung von Beschwerden über sie von Einzelpersonen wegen angeblicher Verletzung ihres Rechts auf den Schutz von Daten und der Privatsphäre einerseits sowie für die Sicherstellung der internen Einhaltung des Rechts auf Privatsphäre und Datenschutz andererseits einzurichten; unrechtmäßige Verletzungen der Privatsphäre und des Datenschutzes sollten strafbar sein.

19. Die Versammlung begrüßt den Umstand, dass die Parteien des Übereinkommens Nr. 108 im Zuge des technologischen Fortschritts und des zunehmend härteren Wettbewerbs bei den IKT-gestützten Dienstleistungen mit den Vorbereitungen zu einer möglichen Aktualisierung dieses Übereinkommens begonnen haben.

20. Die Versammlung fordert deshalb:

- 20.1. die Parlamente von Armenien, der Russischen Föderation, San Marino und der Türkei auf, die Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 108 unverzüglich in die Wege zu leiten, sodass ihre Länder bei der weiteren Entwicklung dieses Übereinkommens eine aktive Rolle spielen können;
- 20.2. ihre Beobachterdelegationen aus Kanada, Israel und Mexiko auf, in ihren jeweiligen Parlamenten eine Debatte über die Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 108 und die Beteiligung an seiner weiteren Entwicklung anzustoßen. Die Beobachterdelegationen werden aufgefordert, zu gegebener Zeit der Versammlung über diesbezügliche Fortschritte zu berichten;
- 20.3. die anderen mit dem Europarat zusammenarbeitenden Staaten, insbesondere die Beobachterstaaten des Europarats, Japan, die Vereinigten Staaten und den Heiligen Stuhl auf, den Beitritt ihrer Regierungen zum Übereinkommen Nr. 108 zu fördern;
- 20.4. die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) auf, der Versammlung darüber zu berichten, inwieweit sich die innerstaatliche Gesetzgebung ihrer Mitglied- und Beobachterstaaten vor dem Hintergrund des Übereinkommens Nr. 108 und seines Zusatzprotokolls im Einklang mit dem allgemeinen Menschenrecht auf Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten befindet und ob jene Staaten, die diesem Übereinkommen noch nicht beigetreten sind, dessen Unterzeichnung und Ratifizierung in Erwägung ziehen würden.
21. Die Versammlung fordert deshalb den Generalsekretär des Europarats auf:
- 21.1. die Vereinten Nationen, insbesondere durch das Forum der Vereinten Nationen für Internet-Verwaltung, die Internationale Fernmeldeunion und die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), bei der Förderung des Beitritts von Staaten zum Übereinkommen Nr. 108 weltweit um hochrangige Unterstützung zu ersuchen;
- 21.2. sicherzustellen, dass die verbreitete Verwendung der IKT innerhalb des Europarats und sein extraterritorialer rechtlicher Status den Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten nicht gefährden. In diesem Zusammenhang sollten die Position und die Arbeit des Datenschutzbeauftragten des Europarats gestärkt und der interne Regulierungsrahmen entsprechend aktualisiert werden.
22. Die Versammlung ersucht die Europäische Union, einen allgemeinen Beitritt zum Übereinkommen SEV-Nr. 108 und seinem Zusatzprotokoll weiterhin zu unterstützen und diesem, sobald die für einen Beitritt erforderlichen Änderungsanträge in Kraft getreten sind, selbst beizutreten.
23. In Würdigung der internationalen Anstrengungen der verschiedenen Akteure zur Sicherstellung des Rechts auf Datenschutz im IKT-Umfeld wie beispielsweise der Entschlüsse unabhängiger Datenschutzbehörden und der verschiedenen Datenschutzinitiativen der Internationalen Handelskammer 2009 von Madrid und 2010 von Jerusalem fordert die Versammlung alle Akteure auf, gemeinsam mit dem Europarat an einem Strang zu ziehen, um sicherzustellen, dass einzelne Initiativen nicht im Widerspruch zueinander stehen oder Gefahr laufen, einen gemeinsamen Ansatz für das allgemeine Recht auf Achtung des Persönlichkeitsbereichs und personenbezogener Daten zu verwässern und die bestehenden rechtlichen Normen herabzusetzen.

Empfehlung 1984 (2011)²⁴

betr. die Achtung des Persönlichkeitsbereichs und der Schutz personenbezogener Daten im Internet und in den Online-Medien

1. Unter Hinweis auf ihre Entschlieung 1843 (2011) betreffend die Achtung des Persönlichkeitsbereichs und personenbezogener Daten im Internet und in Online-Medien begrüßt und unterstützt die Versammlung die Entschlieung Nr. 3 betreffend den Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten im dritten Jahrtausend, die von der 30. Konferenz der Justizminister des Europarats (24.-26. November 2010 in Istanbul) angenommen wurde, und fordert im Rahmen des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (SEV-Nr. 108, nachfolgend „Übereinkommen Nr. 108“ genannt) einen Aktionsplan zur Förderung gemeinsamer Rechtsnormen zum Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten bei IKT-gestützten Netzwerken und Dienstleistungen inner- und außerhalb Europas.

²⁴ Versammlungsdebatte am 7. Oktober 2011 (36. Sitzung) (siehe Dok. 12695, Bericht des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Bildung, Berichterstatterin: Frau Rihter; sowie Dok. 12726, Stellungnahme des Ausschusses für Recht und Menschenrechte, Berichterstatter: Herr Salles). Von der Versammlung am 7. Oktober 2011 (36. Sitzung) verabschiedeter Text.

2. Die Parlamentarische Versammlung empfiehlt dem Ministerrat:
 - 2.1. die Europäische Union und jene Mitgliedstaaten, die das noch nicht getan haben, aktiv um die Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 108 und seines Zusatzprotokolls (SEV-Nr. 181) zu ersuchen und alle Parteien des Übereinkommens Nr. 108, die das noch nicht getan haben, aufzufordern, die Änderungsanträge anzunehmen, die die Europäische Union in die Lage versetzen, diesem Übereinkommen beizutreten;
 - 2.2. Drittstaaten, insbesondere jene Staaten, die im Europarat einen Beobachterstatus haben oder Parteien erweiterter Teilabkommen oder Unterzeichnerstaaten anderer Übereinkommen des Europarats sind, durch die ständigen Vertretungen ihrer Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen zur Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens Nr. 108 zu ermutigen und dahingehend zu unterstützen;
 - 2.3. innerhalb des Sekretariats des Europarats im Einklang mit der von der 30. Konferenz der Justizminister des Europarats angenommenen Entschließung angemessene Haushaltsmittel für die weitere rechtliche Entwicklung des Übereinkommens Nr. 108 zur Verfügung zu stellen und die Mitglied- und Beobachterstaaten sowie auch die Europäische Union aufzufordern, für eine solche Arbeit freiwillig zusätzliche Mittel bereitzustellen;
 - 2.4. zu diesem Zweck die Arbeit des Beratenden Ausschusses zum Übereinkommen Nr. 108 voll und ganz zu unterstützen, um den Schutz aller Menschen im Hinblick auf die Nutzung und Speicherung personenbezogener Daten zu verstärken, denselben Schutz für alle zu gewährleisten, ungeachtet des Speicherortes oder des Ortes, an dem die Verantwortlichen für die Speicherung ansässig sind, und die Gefahr eines Dumpings im Hinblick auf den Schutz zu vermeiden;
 - 2.5. fordert die Parteien des Übereinkommens Nr. 108 auf:
 - 2.5.1. Entschließung 1843 (2011) der Versammlung bei der Aktualisierung des Übereinkommens zu berücksichtigen,
 - 2.5.2. den festgelegten Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten nicht zu verringern:
 - 2.5.3. einen Mechanismus zur Beobachtung der Einhaltung der Verpflichtungen der Parteien im Rahmen dieses Übereinkommen einzurichten;
 - 2.5.4. bei der Konsultation privater Akteure die Entschließung der Versammlung 1744 (2010) betreffend außerinstitutionelle Akteure im demokratischen System zu berücksichtigen;
 - 2.6. die Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens über Computerkriminalität (SEV-Nr. 185) durch alle Mitgliedstaaten sowie Drittstaaten zu fördern;
 - 2.7. die Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (SEV-Nr. 201) durch alle Mitgliedstaaten sowie Drittstaaten zu fördern;
 - 2.8. ihre einschlägigen, mit der Bioethik befassten Instanzen aufzufordern, gemäß dem Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin (SEV-Nr. 164) und seinen Zusatzprotokollen Normen für die IKT-gestützte Verarbeitung von medizinischen und Gesundheitsdaten vorzuschlagen;
 - 2.9. den Generalsekretär des Europarates zu bitten, den Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten der Bediensteten des Europarats und der Mitglieder der Organe des Europarats durch spezifische interne Rechtsvorschriften sicherzustellen und die Position des Datenschutzbeauftragten des Europarates zu stärken;
 - 2.10. diese Empfehlung und Entschließung 1843 (2011) der Aufmerksamkeit der zuständigen Ministerien und Datenschutzbehörden in den Mitgliedstaaten zu empfehlen.

V. Reden deutscher Delegationsmitglieder**Tätigkeitsbericht des Präsidiums der Versammlung und des Ständigen Ausschusses (Dok. 12732)****Andrej HUNKO, Deutschland, UEL**

Vielen Dank, Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Ich möchte zunächst auf das eingehen, was Herr Dick Marty am Anfang gesagt hat und ihm auch danken. Ich denke, dass er die zwei zentralen Punkte der Aufgabe der Parlamentarischen Versammlung des Europarates benannt hat.

Zum einen den Doppelstandard, die Unglaubwürdigkeit auch europäischer Politik gegenüber z. B. Libyen, aber auch anderen arabischen Ländern. Es wäre sinnvoll, einmal darüber nachzudenken, mithilfe welcher Methoden man Doppelmoral, Doppelstandards in Fragen der Menschenrechtspolitik, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie angehen kann. Es ist wie im Fall Gaddafi ein großes Problem, dass man ihn bis in den März dieses Jahres unterstützt und sich dann um 180° gedreht hat.

Das zweite Problem ist noch zentraler: die gegenwärtige Krise in der EU. Die Euro-Krise bereitet den Menschen in Europa große Sorgen. Ich bekomme täglich E-Mails von Menschen aus Deutschland, die sagen, dass wir uns in Richtung einer Diktatur bewegen. Die Menschen haben Angst vor einer Entdemokratisierung. Wer soll sich dieses Themas annehmen, wenn nicht diese Versammlung des Europarates, die ja von den ökonomischen Interessen auf EU-Ebene unabhängig ist.

Ich finde, dass es sich dabei um zwei richtige Ansätze handelt.

Ich möchte gern noch ein paar Worte zur Wahl in der Türkei sagen. Ich war selbst Mitglied beim Ad-hoc-Komitee im Mai und habe den Prozess schon länger beobachtet.

Wie wir auch in Ankara feststellen konnten, gibt es zwei verschiedene Berichte: einerseits die Berichte der Menschen, die in den verschiedenen Städten waren, wie Antalya, und andererseits die Berichte von Menschen, die in den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei waren und dort viele Probleme feststellen konnten.

Ich bin froh, dass es in der Krise, in der sich das türkische Parlament seit dem 12. Juli befindet, jetzt anscheinend zu einer Lösung kommt. Die meisten derer, die den Eid auf die türkische Verfassung abgelehnt hatten, weil in der Türkei nach wie vor gewählte Volksrepräsentanten im Gefängnis sitzen, haben diesen Eid jetzt abgelegt, aber dies bleibt ein großes Problem. Weitere große Probleme sind die massive Militärpräsenz, die in den kurdischen Gebieten festgestellt wurde, sowie die Tatsache, dass einem gewählten Abgeordneten Hatip Dicle aus Diyarbakir, einen Tag nach der Wahl das Mandat aberkannt wurde. Auch dass nach wie vor Mitglieder der Oppositionsparteien CHP und der BTP im Gefängnis sitzen, sowie die 10%-Hürde sind Probleme, die auch gut benannt wurden.

Vielen Dank an Frau Lundgren für den guten Bericht.

Antrag des Palästinensischen Nationalrats auf Gewährung des "Partner für Demokratie"-Status bei der Parlamentarischen Versammlung (Dok. 12711)**Annette GROTH, Deutschland, UEL**

Herr Vorsitzender!

Auch ich beglückwünsche Tiny Kox zu diesem ausgezeichneten Report und hoffe, dass er weite Zustimmung erhält.

Ich möchte mich vor allem auf Herrn Hancock beziehen, der betont hat, wie wichtig es ist, dass die europäischen Regierungen für die Anerkennung eines palästinensischen Staates kämpfen. Ich halte dies für außerordentlich wichtig und hoffe, dass andere europäische und auch außereuropäische Regierungen Druck auf meine eigene Regierung machen und versuchen, sie zu überzeugen, damit auch Frau Merkel die Anerkennung eines palästinensischen Staates für notwendig erachtet. Es geht nicht anders, wir brauchen das als großen Weg zum Frieden im Nahen Osten.

Ich bin allerdings sehr skeptisch, wenn ich, wie heute, lese, dass die USA die Palästinenser gewarnt hat, „*that attempts to bypass negotiations with Israel would have implications on American aid to Palestinians*“.

Die USA wie auch meine Regierung sagen immer noch, die Palästinenser und Israel müssen an den Verhandlungstisch zurück. So wollen sie sich um die Anerkennung des palästinensischen Staates drücken.

Seit über 60 Jahren wird verhandelt und was ist das Resultat? Immer mehr Siedlungen. Im Vergleich zum letzten Jahr hat sich die Zerstörung von palästinensischen Häusern durch Israel verdoppelt. Jetzt gibt es Pläne „*to uproot*“ 30 000 beduinische Häuser in der Negev-Wüste. Das weltweit bekannte Dorf El Arakib ist inzwischen 26 Mal zerstört worden!

Was hat das für eine Auswirkung auf die Moral, auf die große Frustration dieser Menschen, von denen ich einige kenne? Das ist Hoffnungslosigkeit pur!

Wir müssen versuchen, das zu stoppen. Israel ist mit der EU, dem Europarat und vielen Organisationen vertraglich gebunden. Das bedeutet, dass wir Israel an die Verantwortung erinnern und sagen müssen: „Das dürft ihr nicht machen. Wenn ihr das tut, gibt es keinen Frieden.“

Es wurde in Richtung der USA und anderer Regierungen gesagt, dass die Drohung, die Finanzhilfen einzustellen, purer Erpressung gleichkommt. Auch das dürfen wir nicht zulassen.

Ich hoffe, dass die Resolution mit großer Mehrheit angenommen wird und dass wir einen Beitrag zum Frieden leisten können.

Danke.

Marieluise BECK, Deutschland, ALDE

Herr Vorsitzender!

Ich möchte mich dem Dank an Herrn Kox anschließen.

Auch ich freue mich, dass die Vertreter des palästinensischen Nationalrats heute bei dieser Aufnahme als Partner für Demokratie bei uns sind. Alles, was den Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung ebnet, sollten wir aus diesem Haus auch unterstützen.

Seit Jahren wissen alle in der Region, dass die Lösung am Ende tatsächlich die Zwei-Staaten-Regelung sein muss. Alle kennen das Ziel, aber der Weg dorthin ist offensichtlich sehr, sehr schwer zu begehen. Wir brauchen einen demokratischen jüdischen Staat und wir brauchen einen demokratischen Staat Palästina.

Der Bericht greift im Punkt 9 einige der Hindernisse auf, die dieser Lösung im Weg stehen. Dazu gehört die Besatzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens. Aber dazu gehört leider auch ein Faktum, auf das ich hier noch einmal hinweisen möchte: die faktische Teilung Palästinas in Westjordan und Gaza.

Alle konstruktiven Zeichen kommen derzeit von Präsident Abbas und Ministerpräsident Fajad. Auch die Initiative, sich an die Vereinten Nationen zu wenden, kam von der PLO und von Präsident Abbas. Die Hamas hat explizit erklärt, dass sie den Gang in die Vereinten Nationen nicht unterstützt, weil sie die damit verbundene implizite Anerkennung des Existenzrechts von Israel nicht mitträgt, weil sie Anspruch auf das gesamte Territorium erhebt.

Dieses Problem, mit dem sich nicht nur Israel, sondern vor allem auch der palästinensische Nationalrat und die Autonomiebehörde auseinandersetzen haben, sollten wir mitbenennen und mit in unseren Blick nehmen. Ich habe deshalb eine Änderung vorgeschlagen, die ich nachher noch einmal einbringen werde.

Für uns ist es unendlich wichtig, dass wir die Hindernisse benennen, die es auf beiden Seiten gibt. Den Freunden von Israel möchte ich sagen, dass das Unverständnis über die Fortführung des Siedlungsbaus auch bei denen sehr groß ist, die sich an der Seite Israels fühlen, die auch die Sicherheitsinteressen Israels anerkennen. Sie in Israel wissen auch, dass sich durch diesen Siedlungsbau Ihre Regierung so darstellt, als ob sie die Verhandlungen torpedieren wolle.

Aber im wahrsten Sinn des Wortes Torpedos gegen jegliche Verhandlungen sind natürlich auch Kasams, die aus dem Gazastreifen auf israelisches Gebiet fliegen. Wenn Sie nach Sderot gehen und Ihnen eine unbeteiligte, sogar bei der Bewegung *Peace Now* arbeitende Zivilistin sagt „Es ist unser Alltag, dass ich nicht einmal in Ruhe duschen kann, denn wenn ich mich eingeseift habe, weiß ich nicht, ob ich mich noch werde abspülen können, weil wieder ein Kasam-Alarm kommt.“, ist das ein Teil der Realität.

Ein anderer Teil der Realität ist, dass es mir nicht gelungen ist, Mitglieder von *Peace Now* in Gaza zu treffen, weil es zu gefährlich für sie gewesen wäre, sich mit mir zu treffen.

Wir müssen unseren Blick also auch auf die Hamas richten, die bisher keine demokratischen Wege eingeschlagen hat, auch nicht gegenüber der Autonomiebehörde. Ich sehe das auch als ein großes Hindernis und wir sollten es benennen. Ich hoffe, dass dieser Demokratieweg dazu führen wird, dass die Autonomiebehörde so stark wird, dass auch die Hamas sich demokratischen und menschenrechtlichen Gesetzen unterwerfen muss.

Schönen Dank.

Marieluise BECK, Deutschland, ALDE (Dok. 12711, Änderungsantrag 2)

Ich bin in meiner Rede auf die schwierige Situation in Gaza und die großen Schwierigkeiten eingegangen, die der Autonomiebehörde dadurch gemacht werden, dass die Hamas nicht bereit ist, sich ihrer Autorität zu unterwerfen, und dass diese Teilung derzeit auch ein wesentlicher Hinderungsgrund für zukünftige Verhandlungen ist. Ich bitte das als Sachbeschreibung in den Text mit aufzunehmen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den jungen Demokratien in der arabischen Welt (Dok. 12699)

Marina SCHUSTER, Deutschland, ALDE

Herr Präsident,

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch ich möchte gerne Herrn Gardetto für seinen Bericht danken - und auch für seine Änderungsanträge, die er im Lichte seiner Reisen mit eingebracht hat.

Es ist richtig und wichtig, dass wir als Parlamentarische Versammlung des Europarates die Entwicklungen in der arabischen Welt begleiten und unterstützen. Gerade der Europarat hat einige Instrumente anzubieten, die für den Transformationsprozess, dem sich diese Länder stellen müssen, geeignet sind.

Zu nennen sind die Venice Commission und der Partner for Democracy Status, den wir ja heute mit großer Mehrheit für den Palästinensischen Nationalrat verabschiedet haben, nachdem wir ihn zuvor schon für Marokko verabschiedet hatten. Doch es gibt auch andere Instrumente, die sehr gut geeignet sind, um diese Prozesse zu begleiten, wie z.B. die Summer University for Democracy, die sich gerade auch an Jugendliche richtet.

Denn es ist auch klar, dass die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Herausforderungen in diesen Ländern enorm sind. Und es ist leider eben noch nicht gesagt, dass die Entwicklung ganz geradlinig in Richtung Demokratie verläuft.

Ich habe selbst mit einer deutschen Delegation im Juli Ägypten besucht. Dort hatten wir Gespräche mit Bloggern, Menschenrechtsorganisationen und politischen Parteien. Bei diesen gerade gegründeten Parteien hörte man überall: „wir sind für Menschenrechte und Demokratie“ – aber es gab nicht immer eine klare Vorstellung von einem politischen Programm. Wie man den Herausforderungen der Arbeitslosigkeit begegnen oder wie man Sozialpolitik gestalten will, war noch nicht ausgearbeitet. Das ist meines Erachtens eine große Herausforderung.

Ich freue mich, dass sehr viele Mitgliedstaaten aktiv sind, Angebote zur Unterstützung zu unterbreiten – aber eben nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern aus wohlverstandem Interesse, diese Möglichkeit zum Wandel zu unterstützen.

Es ist aber auch wichtig, dass wir die verschiedenen existierenden Initiativen koordinieren – Initiativen der Vereinten Nationen, der EU, des Europarats, der Arabischen Liga. Dies wird eine wichtige Aufgabe sein.

Vielleicht erlauben Sie mir, zum Schluss der Debatte einige Beispiele einzubringen, wie sich gerade Deutschland in diesem Transformationsprozess engagiert. Wir fördern z.B. die unabhängige Wahlberichterstattung mit der „Deutschen Welle“, denn eine unabhängige Berichterstattung ist sehr wichtig, ebenso wie die Anleitung zu einer solchen.

Auch möchten wir unsere Erfahrungen bei der Aufarbeitung von Unrechtsregimen einbringen, z.B. durch die Arbeit der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Zusätzlich fördern wir den Dialog von Bloggern und Menschenrechtsgruppen in der Tahrir-Lounge des Kairoer Goethe-Instituts, denn es ist sehr wichtig, diese Erfahrungen zu

nutzen. Auch bei den politischen Stiftungen sind wir aktiv, denn gerade diese konnten schon unter Mubarak Kontakte zur Opposition knüpfen, die man jetzt sehr gut verwenden kann.

Der letzte Punkt, der uns allen am Herzen liegt: Wenn es nicht wirklich konkrete wirtschaftliche und soziale Verbesserungen gibt, werden sich die jungen Leute fragen, was denn ihre eigene „Friedens-, oder „Transformationsdividende“ ist. Deshalb werden wir weiter darauf drängen, dass es zu einer Marktöffnung der EU kommt. Es muss hier auch für mittelständische Unternehmen ganz konkrete wirtschaftliche Anreize geben, damit Arbeitsplätze entstehen, damit die Entwicklung auf einen guten Weg kommt.

Vielen Dank.

Andrej HUNKO, Deutschland, UEL

Vielen Dank Herr Präsident,

Meine Damen und Herren!

Wir haben heute Morgen sehr ausführlich über die Aufnahme Palästinas als Partner für Demokratie gesprochen. In dieser Debatte wurde die Frage der Staatlichkeit der UN-Mitgliedschaft nicht aufgemacht und das zu Recht, da es sich um einen anderen Vorgang handelt.

In diesem Änderungsantrag geht es darum, die Mitgliedstaaten des Europarates, die im UN-Sicherheitsrat sind, aufzufordern, auch für eine UN-Mitgliedschaft Palästinas einzutreten. Vorhin haben sehr viele dafür gesprochen. Ich denke, das ist hier der richtige Ort, weil es natürlich auch mit dem Arabischen Frühling in Zusammenhang steht. Es muss Bewegung in den Prozess zwischen Israel und Palästina kommen. Deswegen bitte ich darum, diesen Antrag zu unterstützen.

Nationale Souveränität und Staatlichkeit im gegenwärtigen internationalen Recht: bestehender Klärungsbedarf (Dok. 12689)

Marina SCHUSTER, Deutschland, ALDE

Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich, dass ich heute das erste Mal in diesem hohen Haus einen Bericht vorstellen darf. Ich habe das Berichterstattermandat von Holger Haibach (EPP) übernommen, der den Bundestag und die Parlamentarische Versammlung des Europarates leider verlassen hat. Sie erlauben mir sicher, dass ich ihm Grüße und unsere besten Wünsche nach Namibia schicke.

Zu diesem Bericht hat der Rechtsausschuss im Dezember 2010 eine Anhörung mit Völkerrechtsexperten durchgeführt, deren Statements auch im Memorandum eingearbeitet wurden. Ich freue mich, dass sich so viele Redner gemeldet haben, denn dies ist ein entscheidendes, aber auch komplexes Thema.

Eine Bemerkung möchte ich voranschicken: Ich danke dem politischen Ausschuss für seine Änderungsanträge, die ich gerne alle übernehmen werde.

Die Fragen, die in dem vorliegenden Bericht behandelt werden, treiben uns alle um - zu Hause in unseren Mitgliedstaaten, in der Parlamentarischen Versammlung, aber auch weit darüber hinaus:

1) Nach welchen Kriterien kann und soll die internationale Gemeinschaft neue Staaten anerkennen? Nach der geltenden Lehrmeinung ist die Anerkennung eines neuen Staates durch andere in ihrem Wesen rein deklaratorisch. Allerdings wissen wir, dass die Praxis der Anerkennung sehr unterschiedlich gehandhabt wird.

2) Welche Prinzipien müssen gewahrt werden, damit die Schutzverantwortung, die „*responsibility to protect*“, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde, nicht als Vorwand für ganz andere Interessen missbraucht wird?

3) Welche Prinzipien müssen gewahrt werden, damit der positiv besetzte Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht missbraucht wird? Darüber gibt es in der Wissenschaft in der Tat vielfältige Literatur.

4) Wo endet die nationale Souveränität? Die Zeiten der so genannten „absoluten Souveränität“ sind, wie schon Boutros Boutros-Ghali feststellte, lange vorbei. Zum einen, weil freiwillig Souveränitätsrechte abgegeben wer-

den, z.B. an eine übergeordnete Instanz wie die EU, und zum anderen, weil die Souveränität als „Souveränität unter dem Recht“ verstanden werden muss, wie es unsere Expertin Prof. Helen Keller bei der Anhörung formulierte.

Kofi Annan drückte es so aus: Staaten sind als dienende Staaten zu verstehen und müssen daher die Menschenrechte achten. Das heißt ganz klar, dass Verstöße gegen die europäische Menschenrechtskonvention eben nicht als innere Angelegenheit betrachtet werden können und dürfen.

Zu den Merkmalen der Staatlichkeit werden inzwischen auch substantielle Kriterien wie Achtung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, Garantien für ethnische Gruppierungen und Minderheiten, und die Verpflichtung zur friedlichen Streitbeilegung gezählt.

Die nationale Souveränität darf auch nicht als Argument missbraucht werden, um Opposition oder ethnische, religiöse oder andere Minderheiten brutal zu unterdrücken. Dazu zwei aktuelle Beispiele, die nicht das Gebiet des Europarates betreffen:

Wir erlebten in Libyen Gaddafis Krieg gegen das eigene Volk. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschloss die *responsibility to protect*, er entschied also, dass diese Schutzverantwortung auf die internationale Gemeinschaft übergeht. Außerdem beschloss der Sicherheitsrat, dass als ultima ratio auch Luftschläge zum Schutz der Bevölkerung erlaubt sind. Doch dann erhoben Manche Zweifel, was denn von diesem Mandat tatsächlich gedeckt sei – auch, die Rebellen zu unterstützen oder sie zu bewaffnen? Dieses Beispiel zeigt meines Erachtens, dass die *responsibility to protect* eben noch nicht alle Fragen gelöst hat.

Das zweite Beispiel hängt mit der vorhin geführten Debatte über die arabische Welt zusammen: die brutale Unterdrückung der syrischen Opposition durch das Assad-Regime. Die internationale Gemeinschaft wird sich über kurz oder lang die Frage stellen müssen, ob die *responsibility to protect* nicht beherztere Sanktionen verlangt als jene, auf die man sich bisher einigen konnte.

An diesen Beispielen sehen Sie, dass diese Diskussion noch nicht abgeschlossen ist. Wir als Versammlung sollten uns meiner Meinung nach einig sein, dass diese hilfreiche, aber eben nicht abgeschlossene Diskussion um das Recht oder sogar die Pflicht zum Schutz von bedrohten Bevölkerungen unbedingt fortgesetzt werden muss. Auch die Diskussion um objektive Kriterien für die Anerkennung von Staaten und die Art und Weise des Schutzes von nationaler Souveränität und territorialer Integrität muss weitergeführt werden.

Deswegen schlage ich in meinem Bericht vor, eine Nachfolgekonferenz zur ICISS-Konferenz ins Leben zu rufen. Es war ja die ICISS-Konferenz, die mit den Eindrücken von Ruanda und Srebrenica die *responsibility to protect* erarbeitet hat. Ich glaube, als dem politischen Motor des Europarates steht es uns gut an, die Initiative zur Fortsetzung dieser Debatte zu ergreifen. Bei dieser Konferenz können dann führende Praktiker, aber auch Akademiker des Völkerrechts weiter über dieses Konzept debattieren und Lösungen erarbeiten.

Der letzte Punkt, den ich in meinem Statement gleich zu Beginn erwähnen möchte: Ich verweise in meinem Bericht auf ein Petikum, das an vielen Stellen in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates erwähnt wurde, nämlich die Rechte von nationalen Minderheiten. Es ist äußerst wichtig, dass die Rechte von nationalen Minderheiten in erster Linie so verwirklicht werden, wie es in der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten vorgesehen ist.

Deshalb gilt mein herzlicher Appell an die Mitgliedstaaten, diese Konvention zu ratifizieren und vollständig umzusetzen, denn sie ist bisher noch nicht von allen in jeder Einzelheit umgesetzt worden.

Deswegen freue ich mich auf Ihre Beiträge und danke sehr für die Unterstützung für dieses wichtige Thema der Parlamentarischen Versammlung.

Vielen Dank.

Andrej HUNKO, Deutschland, UEL

Vielen Dank Herr Präsident!

Auch ich möchte Frau Schuster für diesen hervorragenden Bericht gratulieren. Es ist ein sehr schwieriges und komplexes Thema, wie Sie auch angesprochen haben.

Wer die politischen Verhältnisse in Deutschland kennt, weiß, dass es nicht selbstverständlich ist, wenn ein Linker einer Liberalen gratuliert, aber das ist wirklich ein ausgezeichnete Bericht.

Ich möchte auch ausdrücklich begrüßen, dass in dem Bericht kritisch auf die militärische Intervention in Zypern 1974, auf die militärische Intervention der Nato gegen Jugoslawien 1999 sowie die Intervention von Russland in Georgien 2008 eingegangen wird. Ich finde auch, dass der Kontext richtig ist, das so zu benennen.

Für uns als Linksfraktion im Europarat war die kritische Betrachtung des Krieges gegen Jugoslawien 1999 eines der konstitutiven Elemente.

Die Frage der *responsibility to protect* und deren eventueller Missbrauch bzw. das Überschreiten des Mandates in Libyen wurde von Frau Schuster mündlich vorgetragen, wird aber im Bericht nicht weiter ausgearbeitet. Es ist eine sehr umstrittene Diskussion. Ich begrüße es, dass durch diesen Bericht mehr Klarheit geschaffen wird, denn meiner Meinung nach darf *responsibility to protect* nicht zur Legitimierung von Militärinterventionen führen, die dann zu viel Weiterem führen, wie das m. E. in Libyen der Fall ist.

Ich begrüße die Änderungsanträge des politischen Ausschusses und denke, sie führen zu mehr Klarheit in dem Bericht. In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Moriau danken.

Zusammengefasst möchte ich sagen, dass es sich um einen sehr guten Bericht handelt, der den Prozess anstößt, mehr Klarheit in die sehr schwierige und komplexe Frage der nationalen Souveränität und Staatlichkeit zu bringen. Das finde ich begrüßenswert und unterstütze insofern den Bericht.

Herzlichen Glückwunsch Frau Schuster für diese exzellente Arbeit.

Marina SCHUSTER, Deutschland, ALDE

(Dok. 12689 – 2. Redebeitrag)

Vielen Dank, Herr Präsident!

Ich versuche, einige wichtige Punkte hier aufzunehmen:

Herr Haratyunyan aus Armenien hat das IGH-Urteil zum Kosovo erwähnt. Das Problem hierbei ist, dass das Urteil ja nur die Unabhängigkeitserklärung als solche betrifft. Es wurde die Frage vorgelegt, ob die einseitige Unabhängigkeitserklärung der provisorischen Selbstverwaltungsorgane des Kosovo mit dem Völkerrecht vereinbar sei. Der IGH hat diese Frage wörtlich genommen und auch nur sie beantwortet.

Er hat eben ausdrücklich – ich sage leider – nicht dazu Stellung genommen, ob Kosovo Staatsqualität aufweist oder ob die Anerkennungserklärungen anderer Staaten gültig waren und welche Rechtswirkung sie hatten; das erwähne ich ja gerade in meinem Memorandum, denn wir hätten uns erhofft, dass durch dieses Urteil vielleicht strittige Fragen geklärt werden. Das Urteil bezog sich jedoch nur auf die Erklärung als solche. Für diese Diskussion heute ist das zwar eine Ergänzung, aber löst wichtige Probleme nicht.

Noch einmal zur *responsibility to protect*, die mehrere Redner angesprochen haben. Dieses Konzept, das die Generalversammlung 2005 beschlossen hat, greift für 4 Tatbestände: Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen. Die Fragen, die sich aber im Nachgang einer *responsibility to protect* stellen, wie bei dem Fall Libyen, sind leider noch nicht abschließend geklärt. Das heißt nicht, dass das Konzept falsch oder richtig ist, sondern einfach, dass Klärungsbedarf für die Auslegung besteht. Deswegen ist meines Erachtens diese Folgekonferenz auch so wichtig. Ich halte es für einen Meilenstein der Weiterentwicklung des Völkerrechts, aber es gibt eben offene Fragen.

Nun haben sich eine Reihe von Rednern der türkischen Delegation gemeldet, um die Situation in Zypern anzusprechen. Die türkische Delegation hat mir bei der Paris-Sitzung eine Reihe von Papieren überreicht, die ich geprüft habe.

Ich möchte darauf verweisen, was Professor Herdigen bei der Anhörung im Dezember angemerkt hat: nämlich, dass die Gültigkeit des Garantievertrages für Zypern von 1960 zweifelhaft sei, da sie nach dem Grundsatz des Wegfalls der Geschäftsgrundlage oder wegen einer materiell rechtlichen Vertragsverletzung durch eine der Parteien – nämlich in Form dieser einseitigen militärischen Intervention - hinfällig geworden sein könnte.

Ich weise nur der Vollständigkeit halber darauf hin, dass hier eine Verletzung der UN-Charta vorliegt; diese schreibt in Art. 2 Absatz 4 ja das Gewaltverbot vor. Es heißt hier: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Ich weise auch darauf hin, dass sowohl die Resolution 541 aus dem Jahr 1983 klar konstatiert, dass der Versuch, eine türkische Republik Nordzypern zu gründen, ungültig ist, und die Resolution 550 aus dem Jahr 1984 den Appell an die Staaten mit einschließt, die türkische Republik Nordzypern nicht anzuerkennen. So ist die rechtliche Grundlage. Ich habe das nur der Vollständigkeit halber dargestellt, weil es auch im Memorandum erwähnt ist.

Außerdem gab es eine Reihe von Wortmeldungen, die sozusagen über das Konzept der Staaten hinaus gingen und, wie Andreas Gross es erwähnt hat, feststellten: Die Bürgersouveränität muss in den Mittelpunkt gestellt werden. Ich glaube, gerade in der Schweiz, aber auch in Deutschland und vielen anderen Ländern gibt es eine aktuelle Diskussion um die Frage, wie man Bürger besser beteiligen und von Anfang an in die Prozesse mit einbeziehen kann. Gerade bei europäischen Entscheidungen, wie wir sie in hitzigen Debatten erlebt haben, haben die Menschen das Gefühl, sie seien manchmal zu weit von den Entscheidungen entfernt. Insofern ist dies ein sehr wichtiger Punkt.

Herr Moriau hat einen Punkt angesprochen, der, glaube ich, in der Außenpolitik ein sehr viel höheres Gewicht erhalten muss, nämlich die zivile Krisenprävention. Ich glaube, die Fähigkeit, Konflikte früher zu erkennen und vielleicht auf friedlichem Wege zu verhindern, ist sowohl bei den Vereinten Nationen als auch bei unseren Mitgliedstaaten eine besonders große Herausforderung. Denn meistens wird erst dann reagiert, wenn Gewalt schon eskaliert ist. Dies ist also unsere Hausaufgabe – wir sollten im Rahmen unserer außenpolitischen Instrumente diese zivile Konfliktverhütung nach vorne stellen.

Zu Herrn Hunko: Hier möchte ich gerne auf das Memorandum verweisen. Da müssen wir uns wohl noch einmal politisch über die Intervention in Jugoslawien unterhalten. Mir geht es vor allem um die Rechtsfragen, die auch im Nachgang damit verbunden sind; das ist der Kern des Berichts. Da gibt es sehr wohl Spannungen.

Leider konnte ich, wie üblich bei solchen Debatten, nicht auf alle eingehen, bin jedoch dankbar für Ihre Anregungen. Ich glaube, dass die Debatte auch zeigt, wie wichtig es ist, dass wir diese Nachfolgekonzferenz von ICISS bekommen, damit strittige Fragen geklärt werden können. Es steht uns als Europarat gut an, hierfür der Motor zu sein.

Vielen Dank.

Die Aktivitäten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2010-2011 (Dok. 12683)

Erich Georg FRITZ, Deutschland, EPP/CD

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Herr Generalsekretär Gurría!

Im 50. Jahr ihres Bestehens sieht sich die OECD mit ihren Mitgliedsländern einer wirtschaftlichen Situation gegenüber, die die internationale Ordnung vor große Herausforderungen stellt.

Zunächst aber möchte ich die Vertreter der OECD-Staaten herzlich in unseren Reihen begrüßen, die nicht Mitglieder des Europarates sind. Ich finde es großartig, wie sich in den Ausschüssen bei der Diskussion des Berichtes der OECD auf der Grundlage gemeinsamer Werte von Demokratie und Recht die Zusammenarbeit völlig normal entfalten konnte, ganz so, als sei die Parlamentarische Versammlung regelmäßig in dieser Konstellation zusammen. Das ist ein ermutigendes Zeichen für die gewachsene Kooperationsfähigkeit der OECD-Länder, die sich in den nächsten Jahren bewähren muss.

Als wir vor einem Jahr den Bericht der OECD diskutiert haben, schien die Finanz- und Wirtschaftskrise in eine Wachstumsphase überzugehen. Damals sprachen wir auch über die notwendige Regulierung der Finanzmärkte und Strategien gegen die zu hohe Verschuldung der Staaten nach einer expansiven Konjunkturstützung mit öffentlichen Mitteln.

In diesem Jahr haben sich die Probleme nun erneut verschärft. Im 50. Jahr der OECD steht die Organisation in einer rasanten Veränderung. Ich sehe mit Freude, dass das Spektrum der OECD, in dem sie Benchmarks setzt und zu konsequentem Handeln auffordert, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und offene Märkte ebenso im Blick hat wie soziale Sicherheit, ökologische Zukunftsfähigkeit und finanzpolitische Stabilität, dass sie also genau die Säulen einer Ordnung beschreibt, die ich internationale soziale Marktwirtschaft nenne und die ich für

eine hoffnungsvolle Orientierung für eine gerechte und wirkungsvolle Ordnung einer freiheitlichen Ordnung dieser Welt halte.

Ein besseres Leben für viele Menschen in einer Welt mit 7 Milliarden Menschen braucht Freiheit *und* Verantwortung. Die Bürger erwarten von den Nationalstaaten wie von den internationalen Organisationen und regionalen Integrationsverbänden, dass sie Probleme nicht nur analysieren und beschreiben, sondern auch konsensfähige und durchsetzbare Vorschläge für ihre Lösung entwickeln.

Deshalb wünsche ich Frankreich bei der Umsetzung seiner Tagesordnung für die G20-Präsidentschaft viel Erfolg. Es ist ganz offensichtlich, dass ohne weitere Fortschritte bei der Gestaltung der Finanzmärkte und ihrer Kontrolle die Priorität demokratischer Politik über die Finanzmärkte nicht wiederhergestellt werden kann.

Ihnen, Herr Gurría, wünsche ich gute Ergebnisse am Donnerstag in Berlin, wenn Sie zusammen mit der Präsidentin des Internationalen Währungsfonds, mit Bob Zoellick von der Weltbank und der Europäischen Zentralbank und anderen Experten mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel über den Umgang mit den Risiken des Weltwährungssystems beraten. Die Menschen verfolgen dieses Bestreben mit großen Hoffnungen, deshalb gilt unsere ganze Unterstützung Ihrem Bemühen.

Für die politische Gestaltung der Globalisierung haben wir nur möglichst kooperative Nationalstaaten, die Europäische Union und die internationalen Organisationen. Und innerhalb dieses Gefüges kommt es vor allem auf diejenigen an, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Initiative zu zeigen. Sie, Herr Gurría, gehören dazu, dafür herzlichen Dank.

Die Bekämpfung von "Darstellungen von Kindesmissbrauch" mithilfe entschlossener, bereichsübergreifender und international abgestimmter Maßnahmen (Dok. 12720)

und

Brutale und extreme Pornografie (Dok. 12719)

Marlene RUPPRECHT, Deutschland, SOC

Vielen Dank, Frau Präsidentin,

Ich möchte zuerst im Namen der sozialistischen Fraktion den Berichterstatern bzw. deren Vertretern für die Behandlung dieses heiklen und intensiven Themas danken. Sie haben es mit sehr viel Sachverstand und Engagement vorgebracht.

Jedes Kind hat ein Recht auf ein Aufwachsen in Wohlbefinden, auf Schutz vor Gewalt, auch vor sexualisierter Gewalt. Der Europarat ist die Institution, die das sicherstellen muss, denn wir sind die Hüter und Hüterinnen der Menschenrechte. Der Europarat hat viele Beschlüsse dazu gefasst, die heute Morgen alle genannt wurden, und Konventionen verabschiedet.

Warum kämpfen wir immer noch damit? Ich denke, weil die Problematik sowohl bei der extrem brutalen Pornographie wie auch beim Missbrauch von Kindern in Darstellungen in den modernen Medien mehrere Seiten hat.

Eine ist natürlich die, über die wir immer reden: die Kinder als Opfer, für die wir auch alle unser Mitgefühl parat haben.

Die zweite sprechen wir fast nie an: In diesem Markt wird viel Geld verdient, mehr als mit Drogenkriminalität weltweit. Es handelt sich um organisierte Kriminalität.

Am wenigsten angesprochen wird der dritte Punkt: Es gibt Menschen, die solche Inhalte konsumieren und dadurch diesen Markt am Laufen halten. Rein statistisch gesehen – und ich will hier niemandem zu nahe treten – haben wir auch hier im Saal Konsumenten dieser Produkte. Ich will damit nur noch einmal verdeutlichen, dass die Konsumenten alle unter uns leben.

Was müssen wir tun? Kinder und Erwachsene haben das Recht, geschützt zu werden. Ich will hier nicht moralisieren, sondern ich habe als Parlamentarierin eindeutig den Auftrag, mich zu vergewissern, dass unsere Rahmenbedingungen den Schutz der Menschen ermöglichen. Dazu müssen wir sowohl unsere Strafgesetzgebung als auch die Finanzwirtschaft betreffenden Gesetze anschauen. Die Finanzwirtschaft muss aufgefordert werden, Konten zu sperren, wenn mit Kreditkarten solche Produkte bezahlt werden.

Wir müssen vor allem die internationale Zusammenarbeit stärken, wenn es um Darstellungen im Internet geht, weil diese Straftaten sehr häufig im Ausland begangen werden und wir kaum Zugriff darauf haben – es handelt sich um grenzüberschreitende Kriminalität.

Wir haben in Deutschland damit begonnen. Nachdem wir in Deutschland zum Beispiel Fehler gemacht haben, müssen wir darauf achten, dass wir letztendlich dafür sorgen, dass diese Produkte ein für alle Mal gelöscht werden und damit vom Markt verschwinden.

Wir müssen endlich die Augen öffnen und so vorgehen wie bei Wikileaks, wo man den Verantwortlichen innerhalb von Stunden festgesetzt hatte. Ich wünsche mir, dass wir genauso handeln, wenn es um Kinder geht: hinschauen, handeln, helfen. Das ist unsere Aufforderung an uns alle in unseren Staaten.

Danke.

Marina SCHUSTER, Deutschland, ALDE

Vielen Dank, Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch ich möchte den Berichterstattern für ihre Berichte danken.

Auf den ersten Bericht von Herrn Conde Bajén möchte ich besonders eingehen, denn er hat darin sehr viel Wahres gesagt. Kinderpornographie ist ein abscheuliches, grauenhaftes Verbrechen, und es liegt an unseren Mitgliedstaaten und an uns allen, die Anstrengungen im Kampf gegen Kinderpornographie deutlich zu erhöhen.

Wie die Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen ja zu Recht erwähnt hat, ist es ganz besonders schwierig, an die Täter zu kommen - an die, die solche Inhalte im Internet weiterverbreiten, wie an die, die sie sich anschauen. Deswegen ist es wichtig, dass wir verschiedene Instrumente einsetzen, um an diese Personen zu kommen.

Der erste Bereich ist der des qualifizierten, ausgebildeten Personals. Wir brauchen Ermittlungsbehörden, die mit den technischen Ressourcen und dem Fachwissen ausgestattet sind, um das Internet systematisch nach diesen Inhalten durchsuchen zu können.

Der zweite Punkt: Man muss sich bei diesen Ermittlungsbehörden international besser vernetzen. Es reicht nicht, wenn jeder in seinem Mitgliedstaat etwas tut. Es handelt sich um ein weltweites Phänomen, daher müssen wir diese organisierte Kriminalität auch weltweit bekämpfen. Dieser Punkt der besseren Koordinierung des Kampfs gegen Kinderpornographie, den viele schon in ihren Reden angesprochen haben, ist deshalb besonders wichtig.

Der dritte Punkt, der mir besonders am Herzen liegt: Es muss der Grundsatz „löschen statt sperren“ herrschen, denn im Interesse der Opfer müssen diese Darstellungen konsequent aus dem Internet genommen, also quasi direkt an der Quelle gelöscht werden.

Wir wissen alle, dass das Sperren oft nur eine Scheinlösung ist. Es reicht eben nicht, ein Stoppschild aufzubauen, wenn man es technisch ganz leicht umgehen kann, sodass die Bilder trotzdem weiter verbreitet werden, ohne dass man etwas dagegen tun kann. Im Interesse der Opfer müssen die Bilder also endgültig gelöscht werden.

Was wir als Europarat immer wieder beachten müssen, ist, dass wir bei all diesen Maßnahmen auch die Rechtsstaatlichkeit wahren müssen. Maßnahmen, die eine komplette Sperr-Infrastruktur vorsehen, sind daher auch immer zu hinterfragen, denn wir wissen alle, dass Sperrgesetze auch missbraucht werden können. Dies ist meines Erachtens ein sehr schwieriger Abwägungsprozess. Wir haben einerseits den Wunsch nach Informations- und Kommunikationsfreiheit, aber diese darf andererseits nicht missbraucht werden.

Daher ist es sehr wichtig, dass wir uns an unsere Instrumente halten und nicht alle Bürger unter Tatverdacht stellen. Wir dürfen keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung vornehmen, sondern müssen uns auf die Personen fokussieren, die solche Inhalte verbreiten bzw. sie sich anschauen, und versuchen, sie vor Gericht zu bringen.

Wir müssen also diese Instrumente beachten und gemeinsam über die Länder hinweg zusammenarbeiten.

Vielen Dank.

Das Funktionieren der demokratischen Institutionen in Armenien (Dok. 12710, Bericht)**Axel E. FISCHER, Deutschland, EPP/CD**

Danke Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren!

Ich kann die Worte des Kollegen Prescott nur unterstreichen. Auch möchte ich die Gelegenheit benutzen, mich bei ihm sowie beim Büro und bei allen, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben, herzlich zu bedanken.

Nur zwei Punkte möchte ich kurz ansprechen, weil sie in der Diskussion im Vorfeld immer wieder für etwas Aufregung gesorgt haben.

Der erste Punkt, wie Kollege Prescott schon gesagt hat, ist das Thema März 2008. Dieses ist natürlich nicht gänzlich erledigt, sondern wird selbstverständlich im Land weiter bearbeitet werden. Wir als Monitoring-Team sind dort und schauen, wie sich das Land weiter entwickelt hat, natürlich auch nach den Wahlen. Das Monitoring-Verfahren geht weiter.

Der zweite Punkt, nach dem ebenfalls ab und zu gefragt wurde: Berg-Karabach hat mit unserem Auftrag nichts zu tun. Deshalb steht zu diesem Land auch nichts in unserem Bericht; das muss jedem klar sein. Wir haben einen klaren Auftrag, dem wir nachgekommen sind. Wie Kollege Prescott gesagt hat, ist es nun am armenischen Volk, Demokratie zu leben und dieses Leben entsprechend zu gestalten.

Herzlichen Dank.

Axel E. FISCHER, Deutschland, EPP/CD**(Dok. 12710, 2. Redebeitrag)**

Ich komme mit ein paar wenigen Bemerkungen wieder zurück zum Thema Monitoring Armenien. Ich bin sehr dankbar, dass unter anderem unser Kollege Lord Boswell und Kollegin Lundgren darauf hingewiesen haben, dass die wichtigste nächste Etappe die Wahl im nächsten Jahr in Armenien ist, und dass es wichtig ist, wie das Wahlgesetz umgesetzt und ob es auch eingehalten wird. Darauf müssen wir als Nächstes achten, damit dort Demokratie gelebt werden kann.

Es ist natürlich auch völlig richtig, wenn Kollege Kox sagt, dass man die Frage stellen muss, ob diese Veränderungen, die sich da abzeichnen, auch nachhaltig sind. Dafür sind wir ja im Monitoring-Committee und fahren auch wieder in das Land, um es uns anzuschauen.

Die Weichen sind gestellt und jetzt muss auf diesen Geleisen gefahren werden. Die Frage ist völlig berechtigt, aber man kann dazu im Augenblick noch wenig sagen.

Der Hinweis des Kollegen Vareikis, dass Amnestie ein positives Zeichen, aber keine Lösung ist, ist natürlich vollkommen zutreffend. Wir sehen dieses positive Zeichen, aber die Probleme sind noch nicht gelöst. Der Bericht bringt dies meines Erachtens in seinen Ausführungen auch eindeutig auf den Punkt und enthält die entsprechenden Empfehlungen.

Monsieur Rouquet hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Verbesserung des Medienumfelds ein wichtiger Punkt ist, um den wir uns künftig kümmern müssen.

Darüber hinaus ist das Thema Korruptionsbekämpfung sehr wichtig; auch dort ist nicht alles so, wie es sein müsste, aber auch hierauf werden wir achten.

Ich freue mich sehr, dass Sie den Bericht so intensiv gelesen haben, dass sie zu Bemerkungen angeregt wurden. Im Großen und Ganzen habe ich überwiegend Zustimmung feststellen können, was mich besonders freut.

Ich glaube, wir können jetzt in die Abstimmung über den Bericht gehen.

Herzlichen Dank.

Der Missbrauch des Staatsgeheimnisses und der nationalen Sicherheit: Hindernisse für die parlamentarische und gerichtliche Kontrolle von Menschenrechtsverletzungen (Dok. 12714)**Marieluise BECK, Deutschland, ALDE / ADLE**

Schönen Dank, Herr Präsident!

Lieber Kollege Dick Marty,

Ihre Kompetenz und vor allem auch Ihre Beharrlichkeit wird diesem Parlament sehr fehlen. Es ist sehr schade, dass Sie ausscheiden und ich glaube, wir müssen uns alle sehr anstrengen, um in diese Schuhe zu steigen.

Der 10. Jahrestag des 11. Septembers gibt Anlass, über ein Jahrzehnt nachzudenken, das sowohl von zahlreichen grausamen Terroranschlägen als auch von einem weltweiten Kampf gegen den Terrorismus geprägt wurde.

Die Terroristen hatten es bei ihren brutalen Anschlägen, egal ob in Madrid, London, New York, Djerba oder Moskau, nicht nur auf die Ermordung Unschuldiger, sondern auch auf die Erschütterung unserer politischen Grundbegriffe abgesehen. Die Angriffe der Terroristen waren damit auch Angriffe auf unsere Freiheit, unsere Demokratien und unsere rechtsstaatlichen Prinzipien, und um die geht es in diesem Bericht.

Deshalb dürfen wir niemals unsere Prinzipien verändern oder vergessen. So wie wir auch die Gewalt von Extremisten nicht tolerieren können. Der 11. September stellt bis heute ein großes Trauma für die westliche Welt dar. Es ist verständlich, dass dieser Tag Angst und Wut hervorrief. Auch in Deutschland führte dies dazu, dass wir entgegen unseren Idealen und Traditionen gehandelt haben.

Viele Entscheidungen wurden getroffen, die mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht vereinbar sind. Deren Konsequenzen bleiben in ihrem Ausmaß zum Teil bis heute ungewiss. Die Antiterrorgesetze, die als Reaktion auf die Anschläge in Deutschland verabschiedet worden sind, haben zum Teil zur Abschottung und Einschränkung von Bürgerrechten geführt. Wenn es also um das Spannungsfeld von staatlicher Geheimhaltung und Rechtsstaatlichkeit geht, brauchen wir umso dringender starke Parlamente, deren Kontrolle und die „checks of balance“, die Balance, von der Dick Marty gesprochen hat, sowie gute Verfassungsgerichte.

Die letzten Jahre haben uns gelehrt, dass wir mehr Transparenz im Sicherheitsbereich benötigen statt weniger. Etwa starke Auskunftsrechte der Betroffenen gegenüber Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden sowie eine effiziente richterliche Kontrolle zum Schutz des Privaten. In diesem Zusammenhang müssen auch die Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in ihrer Arbeit unterstützt und gestärkt werden.

Stärkere Kontrollmöglichkeiten gegenüber den Geheimdiensten durch eine schnelle und vollständige Unterrichtung des Parlaments sind dabei unerlässlich. Das ist der notwendige und auch vertretbare Zwischenschritt zwischen der Öffentlichkeit allgemein, was unter Sicherheitsgesichtspunkten nicht opportun sein kann, aber parlamentarische Kontrollgremien müssen einbezogen sein.

Die Grund- und Menschenrechte sind unser Kompass für eine moderne Politik der inneren Sicherheit, die echte Sicherheitslücken konsequent schließt. Panikmache und grenzenlose Überwachung dürfen die Freiheit jedoch nicht gefährden, denn dann hätten die Terroristen in ihren Zielen gesiegt.

Noch eine kurze Anmerkung: Es wird positiv auf die Wikileaks-Veröffentlichungen Bezug genommen. Das ist in Teilen richtig, doch haben diese durch die – zwar nicht geplante – Öffentlichmachung von Passwörtern auch dazu geführt, dass in verschiedenen Ländern Whistleblower gefährdet worden sind. Auch das müssen wir benennen und die, die sich das Recht der Veröffentlichung nehmen, dazu verpflichten, auch die Verantwortung dafür zu übernehmen, jene zu schützen, deren Geheimnisse sie über das Internet weltweit veröffentlichen. Wir dürfen keine Menschen und damit Whistleblower gefährden, die wir in unserem Europarat schützen wollen, weil wir wissen, wie wichtig sie gerade in diktatorischen Regimes sind.

Zum Zweiten: Kollege Dick Marty hat bei der Verletzung von rechtsstaatlichen Prinzipien insbesondere die USA hervorgehoben. Das ist insoweit richtig, als die alten Demokratien sich einer besonderen Herausforderung stellen müssen, rechtsstaatliche Prinzipien einzuhalten, denn wir haben Vorbildcharakter. Nur dann können wir in Transformationsländern, in denen der Weg bis zum Einhalten von rechtsstaatlichen Prinzipien oft noch recht weit ist, diese Einhaltung auch einklagen.

Schönen Dank.

Dringlichkeitsdebatte: Die politische Lage auf dem Balkan (Dok. 12747)**Marieluise BECK, Deutschland, ALDE**

Dankeschön, Herr Präsident!

Lieber Herr von Sydow, ich danke Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese solide Arbeit, die Sie in so kurzer Zeit geleistet haben.

Als ich am 11. Juli dieses Jahres nach der Grablegung von etwas mehr als 600 identifizierten Körpern Srebrenica verlassen habe, hat der dortige EUFOR-General, ein Österreicher, mich als deutsche Parlamentarierin dringend aufgefordert, die Truppen nicht weiter zu reduzieren. Denn nach seinen Beobachtungen vor Ort ist die Situation unter der Decke angespannter als wir sehen und sehen wollen.

Der Grund dafür ist eine gewisse Müdigkeit bei vielen Parlamenten und Bevölkerungen, nach so vielen Jahren noch Truppen dort zu stationieren. Wir werden gefragt: „Gibt es denn auch Missionen, in die ihr nicht nur rein, sondern aus denen ihr auch wieder rausgeht?“

Ich würde trotzdem sagen, so lange es noch eine Krise gibt, ist es besser, Soldaten vor Ort zu haben, bevor sie wieder offen ausbrechen kann, denn wir alle haben das Drama des gewaltsamen Zerfalls von Jugoslawien noch in Erinnerung.

Der politische Analytiker Veton Surroi spricht von den „vier unvollendeten Staaten“ auf dem Balkan und nennt dabei Serbien, weil es noch immer mit dem „Amputationsschmerz“ nach dem Verlust des Kosovo beschäftigt ist. Ich als deutsche Bürgerin kann sagen, wie lange solche „Amputationsschmerzen“ dauern; wir haben in den sechziger und siebziger Jahren selber erlebt, wie schwer sich die deutsche Bevölkerung und die Politik getan haben, anzuerkennen, dass durch eigenes Verschulden und eigene Aggression Teile des Landes verloren gegangen sind und dass wir das akzeptieren müssen.

Surroi nennt Bosnien, weil dort immer noch mit dem Gedanken der ethnischen Trennung gespielt wird – Andreas Gross hat darauf hingewiesen. Dabei wird verschwiegen, dass gerade Bosnien eine Bevölkerung mit einer sehr hohen ethnischen Verschränkung hatte: Fast 40% der bosnischen Familien waren multireligiös und multiethnisch. Bis zum Ausbruch des Krieges war ihnen das gar nicht bewusst, sondern sie wurden dadurch erst in eine Identifikation hineingetrieben, die sie selbst so gar nicht vornehmen wollten.

Das Ergebnis ist bis zum heutigen Tage ein geteiltes Land, in dem unterschiedliche politische Kräfte mit unterschiedlichen Motiven dafür sorgen, dass das Land keine wirklich funktionsfähige Zentralregierung hat und sich auch bisher nicht wirklich ernsthaft auf den Weg gemacht hat, um eine nach-Daytonsche Verfassung zu schaffen, die dieses Land regierbar und dann auch beitriffsfähig für die Europäische Union machen würde.

Mazedonien mit seiner albanischen Minderheit, das in großer Sorge ist, dass, wenn es irgendwo noch einmal Grenzverschiebungen geben sollte, dies die Lunte an das eigene Land legen könnte, und das Kosovo, das nachbarschaftlich immer noch keine geklärten Verhältnisse hat und wo wir gerade wieder den Konflikt im Norden erlebt haben.

Hierbei möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die UN-Resolution 1244, die Sie, Herr von Sydow, eben erwähnt haben, die KFOR ganz eindeutig dazu auffordert, die Durchsetzung der Neutralität in dem Sinne zu gewähren, dass es keine serbischen Kontroll- und Verwaltungsstrukturen auf dem Boden des nördlichen Kosovo gibt, und EULEX dort auch unter dem Dach des UNMIC statusneutral agieren muss.

Wichtig ist etwas, das Andreas Gross eben hervorgehoben hat, und das ich aus den Schilderungen vor Ort weiß: Der Norden Kosovos ist mindestens ebenso sehr eine Frage von organisierter Kriminalität wie von ethnischer Politik und Grenzstreitigkeiten, und die Menschen, die sich multiethnisch bewegen wollen, geraten unter massiven Druck. Es gibt dort Bürger- und Fraueninitiativen, die fordern, den Nationalismus zu überwinden. Sie werden bedroht, weil eben der Deckmantel des vermeintlich ethnischen Konflikts die Möglichkeit gibt, organisierte Kriminalitätsstrukturen aufrecht zu erhalten.

Wir sollten dem nicht auf den Leim gehen. Europa bedeutet multiethnische Strukturen. Die Türen für Europa müssen für alle diese Länder offen bleiben, aber sie sollten auch wissen: EU bedeutet Aufgabe von Souveränität, und deswegen muss man nicht bis auf den letzten Millimeter Souveränität kämpfen.

VI. Mitgliedsländer des Europarates (47)

Albanien	Moldau
Andorra	Monaco
Armenien	Montenegro
Aserbaidshan	Niederlande
Belgien	Norwegen
Bosnien und Herzegowina	Österreich
Bulgarien	Polen
Dänemark	Portugal
Deutschland	Rumänien
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	Russland
Estland	San Marino
Finnland	Schweden
Frankreich	Schweiz
Georgien	Serbien
Griechenland	Slowakische Republik
Irland	Slowenien
Island	Spanien
Italien	Tschechische Republik
Kroatien	Türkei
Lettland	Ukraine
Liechtenstein	Ungarn
Litauen	Vereinigtes Königreich
Luxemburg	Zypern
Malta	

Länder mit Sondergaststatus

- zur Mitwirkung in der Parlamentarischen Versammlung ohne Stimmrecht berechtigt

Der Sondergaststatus von Belarus wurde am 13. Januar 1997 ausgesetzt.

Beobachterstatus in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates: Israel, Kanada, Mexiko

Partnerschaft für Demokratie: Parlament von Marokko, Palästinensischer Nationalrat

Beobachterstatus beim Europarat: Heiliger Stuhl, USA, Japan

VII. Funktionsträger der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Präsident	Mevlüt ÇAVUŞOĞLU (Türkei – AKP)
Vizepräsidenten	20, darunter Joachim Hörster (Deutschland – CDU/CSU / EPP/CD)
Generalsekretär	Mateo Sorinas (Spanien)

Politischer Ausschuss

Vorsitzender	Björn von Sydow (Schweden – SOC)
Stv. Vorsitzende	Dariusz Lipiński (Polen – EPP/CD)
	Konstantin Kosachev (Russland – EDG)
	Michael Aastrup Jensen (Dänemark – ALDE)

Ausschuss für Recht und Menschenrechte

Vorsitzende	Christos Pourgourides (Zypern – EPP/CD)
Stv. Vorsitzende	Dmitry Vyatkin (EDG) (Russland – EDG)
	Christoph Strässer (Deutschland – SOC)
	Serhiy Holovaty (Ukraine – ALDE)

Ausschuss für Wirtschaft und Entwicklung

Vorsitzender	Hermine Naghdalyan (Armenien – ALDE)
Stv. Vorsitzende	Ertuğrul Kumcuoğlu (Türkei – EDG)
	Konstantinos Vrettos (Griechenland – SOC)
	Giuseppe Galati (Italien – EPP/CD)

Ausschuss für Sozialordnung, Gesundheit und Familie

Vorsitzende	Liliane Maury Pasquier (Schweiz – SOC)
Stv. Vorsitzende	Pernille Frahm (Dänemark – UEL)
	Bernard Marquet (Monaco – ALDE)
	Pieter Omtzigt (Niederlande – EPP/CD)

Ausschuss für Kultur, Wissenschaft und Bildung

Vorsitzende	Gvozden Srećko Flego (Kroatien – SOC)
Stv. Vorsitzende	Muriel Marland-Militello (Frankreich - EPP/CD)
	Morgan Johansson (Schweden - SOC)
	Elvira Kovács (Serbien – EPP/CD)

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und kommunale und regionale Angelegenheiten

Vorsitzender	Dimitrios Papadimoulis (Griechenland - UEL)
Stv. Vorsitzende	John Prescott (Vereinigtes Königreich – SOC)
	Elsa Papadimitriou (Griechenland – EPP/CD)
	Ruhi Açıkgöz (Türkei – EDG)

Ausschuss für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen

Vorsitzende Christopher Chope (Vereinigtes Königreich – EDG)
Stv. Vorsitzende Giacomo Santini (Italien – EPP/CD)
Tadeusz Iwiński (Polen – SOC)
Andrej Zernovski (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien – ALDE)

Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunitäten

Vorsitzender Egidijus Vareikis (Litauen – EPP/CD)
Stv. Vorsitzende André Bugnon (Schweiz – ALDE)
Indrek Saar (Estland – SOC)

Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Vorsitzender José Mendes Bota (Portugal – PPE/DC)
Stv. Vorsitzende Gisèle Gautier (Frankreich – EPP/CD)
Mirjana Ferić-Vac (Kroatien – SOC)
Doris Stump (Schweiz – SOC)

Ausschuss für die Einhaltung der von den Mitgliedstaaten des Europarates eingegangenen Pflichten und Verpflichtungen (Monitoring-Ausschuss)

Vorsitzender Dick Marty (Schweiz – ADLE)
Stv. Vorsitzende Josette Durrieu (Frankreich – SOC)
Pedro Agramunt Font De Mora (Spanien – EPP/CD)
Karin S. Woldseth (Norwegen – EDG)

SOC Sozialistische Gruppe
EPP/CD Gruppe der Europäischen Volkspartei
EDG Gruppe der Europäischen Demokraten
ALDE Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer
UEL Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken